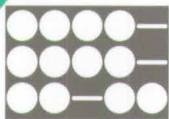


02. 02.



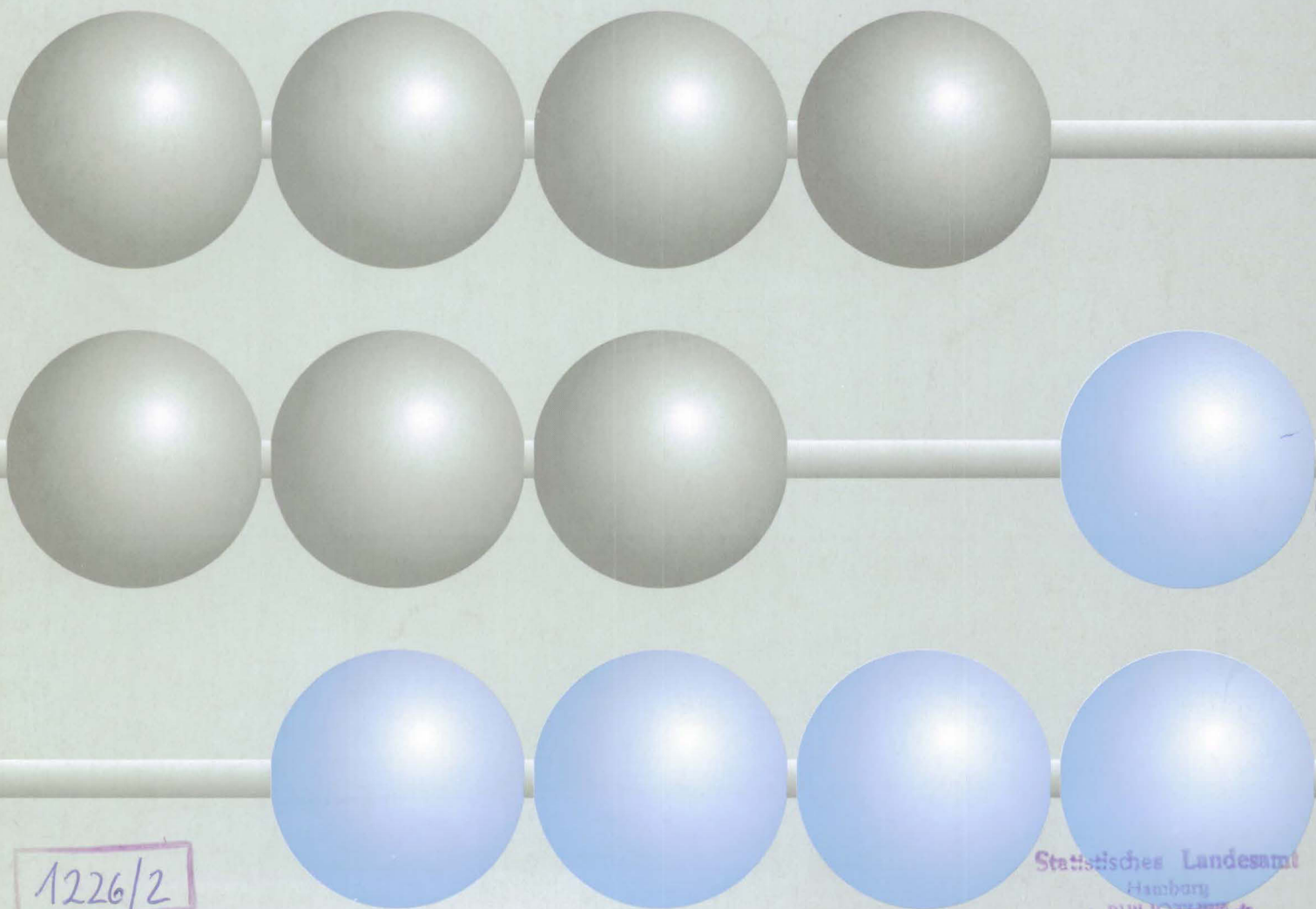
Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

54. Jahrgang, Heft 4/5, April/Mai 2002

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein



1226/2

Statistisches Landesamt
Hamburg
+ BIBLIOTHEK

Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Postfach 7130
24171 Kiel

Telefon: (0431) 6895-0
Telefax: (0431) 6895-498
E-Mail: info@statistik-sh.de
Internet: www.statistik-sh.de

Redaktion:
Fritz Wormeck
Tel.: (0431) 6895-246

Vertrieb:
Tel.: (0431) 6895-280/-122
E-Mail: vertrieb@statistik-sh.de

Druck:
Schmidt & Klaunig, Kiel
Erste Kieler Druckerei
mit Umwelt-Zertifikat

Emissionsarm gedruckt
auf chlorfrei gebleichtem
Papier

Erscheinungsfolge:
monatlich (max. 10 Hefte im Jahr)

Auflage: 500

Einzelheft 2,05 €

Erfüllungsort und
Gerichtsstand Kiel

© Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein,
Kiel, 2002
Für nichtgewerbliche
Zwecke sind Vervielfälti-
gung und unentgeltliche
Verbreitung, auch
auszugsweise, mit
Quellenangabe gestattet.
Die Verbreitung, auch
auszugsweise, über
elektronische Systeme/
Datenträger bedarf der
vorherigen Zustimmung.
Alle übrigen Rechte
bleiben vorbehalten.

ISSN 0947 – 7373

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

54. Jahrgang • Heft 4/5

April/Mai 2002

Schleswig-Holstein im Jahre 2001

Bevölkerung	57	Verkehr	
Schulen und Hochschulen		Kraftfahrzeuge	88
Schülerinnen und Schüler		Unfälle im Straßenverkehr	90
an allgemein bildenden Schulen	59	Personenverkehr	91
Schülerinnen und Schüler		Öffentlicher Straßenpersonenverkehr	
an berufsbildenden Schulen	60	mit Kraftomnibussen	91
Lehrerinnen und Lehrer		Eisenbahnverkehr	93
an allgemein bildenden und berufsbildenden		Luftverkehr	93
Schulen im Schuljahr 2001/2002	61	Schiffsverkehr	94
Hochschulen	62	Insolvenzen	95
Arbeitsmarkt	62	Gemeindesteuern	96
Landwirtschaft		Preisentwicklung	97
Betriebe und Beschäftigte	64	Verdienste	100
Flächennutzung	66	Bruttoinlandsprodukt	102
Bodennutzung, Erträge, Ernten	66	Land und Bund im Vergleich	104
Tierbestände und tierische Erzeugung	70		
Verarbeitendes Gewerbe	74		
Beschäftigte	75		
Umsatz	78		
Auftragseingang	79		
Bauen und Wohnen			
Bauhauptgewerbe	80		
Ausbaugewerbe	82		
Baugenehmigungen	83		
Fremdenverkehr	83	Kurz gefasst	54
Vorsorge- und Rehabilitations-Kliniken	84	Bevölkerungszahl, Einbürgerungen, Ausländerzahl,	
Nachfrage induzierter Tourismus	85	Schwangerschaftsabbrüche, Gewerbeanmeldungen,	
Haupt- und Nebensaison	85	Verarbeitendes Gewerbe, berufsbildende Schulen,	
Saison bei		Süßkirschen, Gemeindeverzeichnis	
Vorsorge- und Rehabilitations-Kliniken	85		
Saison im		Entwicklung im Bild	105
Nachfrage induzierten Tourismus	85	Veröffentlichungen	107
Gesamtergebnis im Kalenderjahr	86	Beilage	
Vergleich mit anderen Bundesländern	86	Zahlenbeilage	
Reisegebiete	87		
Campingtourismus	87		

Schleswig-Holstein hat jetzt mehr als 2,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner

Im dritten Quartal 2001 ist die Bevölkerungszahl in Schleswig-Holstein um 6 100 (0,2 %) auf 2 800 970 Personen gestiegen. Dieser Zuwachs ergibt sich aus einem Wanderungsgewinn von 6 124 Personen einerseits und einem Gestorbenenüberschuss von lediglich 24 Personen andererseits, d. h. ohne den Gewinn aus den Wanderungen wäre die schleswig-holsteinische Bevölkerungszahl nahezu gleich geblieben. Im Berichtszeitraum zogen 23 756 Personen nach Schleswig-Holstein, während 17 632 das Land verließen. Den 6 764 lebend geborenen Kindern standen 6 788 Gestorbene gegenüber.

Im Vergleich dazu hatte es im dritten Vierteljahr 2000 einen Geborenenüberschuss von 373 Personen und einen Wanderungsgewinn von 5 294 Einwohnerinnen und Einwohnern gegeben.

Gegenüber dem 30. September 2000 erhöhte sich die Bevölkerungszahl um 14 315 Personen (0,5 %). Nach einem Rückgang der Wachstumsrate im Jahreszeitraum auf 0,3 % in der zweiten Hälfte 1998, nimmt die schleswig-holsteinische Bevölkerungszahl nun wieder schneller zu.

Einbürgerungen im Jahr 2001 nochmals zurück gegangen

In Schleswig-Holstein erwarben im Jahr 2001 5 123 Personen durch Einbürgerung die deutsche Staatsbürgerschaft und damit 516 (9 %) weniger als 2000. Ein Jahr zuvor war die Zahl der Verfahren ebenfalls zurück gegangen. Einen Einbruch gab es bei den Einbürgerungen aus der türkischen Staatsangehörigkeit heraus, die Zahl der ausgehändigten Urkunden reduzierte sich gegenüber 2000 auf 1 848 und damit um ein gutes Viertel (- 26 %).

Bei der Beurteilung der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass Einbürgerungen von Spätaussiedlern sowie deren Ehegatten und Abkömmlinge mit Wirkung vom 1. August 1999 nicht mehr erfolgen, da diese die deutsche Staatsangehörigkeit nunmehr ohne ein Einbürgerungsverfahren bereits mit der Ausstellung der Bescheinigung nach § 15 des Bundesvertriebenenförderungsgesetzes (BVFG) erhalten. Darüber hinaus hat die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts weitere für die Einbürgerungsstatistik relevante Änderungen mit Beginn des Jahres 2000 gebracht, so zum Beispiel bei den erleichterten Einbürgerungen nach dem Ausländergesetz, für die die Mindestaufenthaltssdauer in Deutschland von fünfzehn auf nun acht Jahre reduziert wurde.

3 811 Verfahren (74 %) waren so erleichterte Einbürgerungen nach dem Ausländergesetz. Davon erfolgten 3 015 (79 %) nach dem ab 1. Januar 2000 geltenden Recht, und 796 (21 %) Personen erhielten ihre Urkunde im Jahr 2001 noch auf Grundlage des alten Rechts ausgehändigt. Von den erleichterten Einbürgerungen nach neuem Recht waren 1 928 Personen, bei denen die Mindestaufenthaltssdauer in Deutschland von acht Jahren erfüllt war, und 1 087 Ehegatten oder minderjährige Kinder, die sich weniger als acht Jahre in Deutschland aufhielten. 2000 erhielten insgesamt noch 4 560 Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit im Wege der erleichterten Einbürgerung.

2 445 der im Jahre 2001 eingebürgerten Personen waren weiblichen und 2 678 männlichen Geschlechts. 1 460 waren unter 15 Jahre, 3 619 von 15 bis unter 65 Jahre alt und 44 der neuen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger waren 65 Jahre und älter.

63 % der Einbürgerungen erfolgten aus einer europäischen Staatsbürgerschaft heraus. Darunter waren 1 848 mit türkischer, 588 mit jugoslawischer (Serbien, Montenegro), 183 mit russischer, 149 mit ukrainischer und 82 mit polnischer Staatsangehörigkeit. Des Weiteren wurden 1 312 asiatische Staatsbürger eingebürgert, darunter 67 % aus den Staaten Afghanistan (106), Irak (195), Iran (300), Libanon (136) und Pakistan (146). Ferner gab es 330 Einbürgerungen aus einer afrikanischen und 94 aus einer amerikanischen Staatsbürgerschaft. 143 Personen waren vor ihrer Einbürgerung staatenlos oder ihre Staatsangehörigkeit konnte nicht geklärt werden.

2 776 (54 %) der eingebürgerten Personen behalten neben der neu erworbenen deutschen ihre bisherige Staatsangehörigkeit bei, darunter sind 985 (35 %) Personen mit türkischer, 548 (20 %) mit jugoslawischer und 300 (11 %) mit iranischer Abstammung.

Ausländerzahl leicht gestiegen

Nach den Ergebnissen des Ausländerzentralregisters (AZR) lebten in Schleswig-Holstein Ende 2001 142 200 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, davon 67 900 Frauen (47,8 %) und 74 300 (52,2 %) Männer.

Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer stieg damit wieder an, und zwar um gut 800 oder 0,6 % gegenüber dem Vorjahr. Im Jahr 2000 hatte das Land noch einen Rückgang von rund 800 Personen (0,6 %) zu verzeichnen.

Gegenüber Ende 2000 wuchs die Ausländerzahl mit Ausnahme in den Kreisen Herzogtum-Lauenburg, Nordfriesland und Pinneberg sowie in den kreisfreien Städten Flensburg, Lübeck und Neumünster in allen

anderen Kreisen sowie in der Landeshauptstadt Kiel an. Die relativ größte Zunahme fand im Kreis Ostholstein (6,5 %) statt, gefolgt von Kiel (4,4 %) und dem Kreis Steinburg (4,2 %). Den relativ größten Rückgang wiesen Neumünster (- 9,2 %), Lübeck (- 3,9 %) und der Kreis Nordfriesland (- 2,2 %) auf.

Unter den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern Ende 2001 besaßen 31 300 (22 %) die Staatsangehörigkeit eines Staates der Europäischen Union, darunter 6 200 Dänen als die wiederholt größte Gruppe. Aus Europa insgesamt stammten 108 200 (76 %) Personen, darunter 39 500 mit der türkischen, 9 800 mit der polnischen und 8 400 mit der jugoslawischen Staatsangehörigkeit (Serbien, Montenegro).

Zahl der Schwangerschaftsabbrüche zurückgegangen

Im Jahr 2001 wurden insgesamt 3 820 Schwangerschaftsabbrüche bei schleswig-holsteinischen Frauen vorgenommen, dies sind 129 oder 3 % weniger als im Vorjahr. Statistisch beendeten somit 0,7 % der Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren eine Schwangerschaft vorzeitig durch einen medizinischen Eingriff.

Die vom Statistischen Bundesamt ermittelten Zahlen zeigen, dass 98 % der Abbrüche nach der Beratungsregelung erfolgten und 2 % aufgrund von medizinischen oder kriminologischen Indikationen.

Gut ein Viertel der Frauen (29 %) war zum Zeitpunkt des Abbruchs zwischen 18 und 25 Jahre alt, 6 % der Eingriffe wurden bei Minderjährigen vorgenommen.

Die Eingriffe erfolgten vorwiegend ambulant (90 %), davon etwas weniger als die Hälfte ambulant in Krankenhäusern und der Rest in gynäkologischen Praxen.

27 000 Gewerbeanmeldungen – Handel bildet weiterhin den Schwerpunkt

Im Jahr 2001 bearbeiteten die Gewerbeämter in Schleswig-Holstein 55 500 Gewerbe-, -um- und -abmeldungen. Das sind 2,2 % weniger Fälle als 2000. Die Zahl der Anmeldungen (27 100) überwog zwar weiterhin die der Abmeldungen (23 700), jedoch in einem geringeren Umfang als im Jahr 2000, da der Rückgang der Anmeldungen mit - 3,5 % stärker ausfiel als der der Abmeldungen (- 1,0 %).

Von den Anmeldungen entfielen 22 100 auf Neuerichtungen, 1 300 auf Zuzüge aus anderen Meldebezirken innerhalb und ausserhalb Schleswig-Holsteins und 3 600 auf Übernahmen bereits bestehender Betriebe durch Kauf, Pacht oder Rechtsformänderungen.

Drei von zehn Anmeldungen kamen aus dem Bereich des Handels (einschließlich Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern), wobei sich der Rückgang um 3,7 % im Rahmen der Gesamtentwicklung bewegte. Weitere 27 % der Gewerbeanmeldungen entfielen auf den Bereich der Dienstleistungen, zu denen u. a. das Grundstücks- und Wohnungswesen, die Datenverarbeitung und die Forschung und Entwicklung zählen. Nach starker Dynamik in den Jahren bis 1999 ging hier die Zahl der Anmeldungen bereits im Jahr 2000 um 2,4 % zurück und verringerte sich im Berichtsjahr um weitere 4,8 %. Dies könnte ein Hinweis auf eine beginnende Stagnation und damit Marktsättigung in diesem Bereich sein.

Die kritische Lage der Bauwirtschaft konnte noch nicht überwunden werden. So lag die Zahl der Anmeldungen im Baugewerbe um 2,4 % unter dem Vorjahresniveau bei gleichzeitig – wie bereits im Vorjahr – gestiegenen Abmeldungen (+ 3,6 %).

Verarbeitendes Gewerbe im Jahr 2001 hinter Bundesentwicklung zurück

Die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins blieb im Jahr 2001 hinter der Bundesentwicklung zurück.

Die Zahl der Beschäftigten lag in Schleswig-Holstein im Durchschnitt des Jahres 2001 um 1 600 Personen oder 1,2 % unter dem Wert des Vorjahres. Für das Bundesgebiet errechnete sich dagegen – insbesondere aufgrund der Zuwächse in den neuen Bundesländern – noch ein leichtes Plus von 0,2 %.

Ein ähnliches Bild wies die Umsatzentwicklung auf. Während das nördlichste Bundesland den Vorjahreswert um 0,7 % verfehlte, meldete der Bund für das gesamte Jahr einen Umsatzzuwachs von 2,8 %, der vor allem aus dem gegenüber Schleswig-Holstein (- 0,5 %) deutlich besseren Exportergebnis (+ 5,0 %) resultierte. Die bundesdeutschen Exportzuwächse basieren allein zur Hälfte auf den guten Absatzergebnissen der deutschen Kraftfahrzeughersteller, von denen Schleswig-Holstein aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur nur bedingt profitieren kann. Allerdings könnten die im Bund für die beiden letzten Monate des Jahres 2001 registrierten Exportrückgänge im Verarbeitenden Gewerbe ein erstes Anzeichen für ein Nachlassen dieses positiven Exporteffekts infolge der weltweiten Konjunkturlage sein.

Für eine sich wieder leicht erholende und sich damit der Bundesentwicklung weiter annähernde Umsatzentwicklung in Schleswig-Holstein sprechen zudem die zuletzt wieder deutlich gestiegenen Umsatzzahlen im Bereich der Nachrichtentechnik, die in den ersten neun Monaten noch erhebliche Umsatzeinbußen er-



Bevölkerung

In den ersten neun Monaten des Jahres 2001 wurden vor den schleswig-holsteinischen Standesämtern 12 429 Ehen geschlossen, das sind 1 418 oder rund 10 % weniger als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Dabei war auch diesmal nicht der traditionelle „Heiratsmonat“ Mai der mit den meisten Eheschließungen, sondern wiederum der August. 2 339 Paare gaben sich in diesem Monat vor den Standesbeamtinnen und -beamten das Jawort, dies waren 3 % mehr als im August des Jahres 2000.

Auch die Zahl der lebend geborenen Kinder verringerte sich in den ersten drei Quartalen des Jahres 2001 gegenüber dem Vorjahreszeitraum, und zwar um 757 oder 4 % auf 19 112.

Für die Geburtenstatistik ist seit Beginn des Jahres 2000 eine wesentliche Rechtsänderung zu beachten, die sich unmittelbar auf die Staatsangehörigkeit der geborenen Kinder auswirkt. Auf Grund des Gesetzes zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15. Juli 1999 (BGBl. I, S. 1618) erwirbt ein Kind ausländischer Eltern durch die Geburt im Inland seit dem 1. Januar 2000 die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil seit acht Jahren seinen rechtmäßigen Aufenthalt im Inland hat und eine Aufenthaltsberechtigung oder seit drei Jahren eine unbefristete

Aufenthaltsgenehmigung besitzt. Statistisch ausgewiesen wird ein „Kind ausländischer Eltern“, wenn beide Elternteile die ausländische Staatsangehörigkeit besitzen oder wenn die unverheiratete Mutter Ausländerin ist und zum Vater des Kindes keine Angaben vorliegen.

Vor diesem Hintergrund kamen in den ersten neun Monaten des letzten Jahres 1 111 Erdenbürger als Kinder ausländischer Eltern zur Welt, 8 % weniger als im gleichen Zeitraum des Jahres 2000. Von diesen Kindern wurden 514 mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren, das sind 46 % aller von ausländischen Eltern geborenen 1 111 Kinder. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2000 betrug dieser Anteil lediglich 39 %. Da die 514 Kinder neben der deutschen Staatsangehörigkeit mit der Geburt auch eine ausländische Staatsangehörigkeit erwerben können, müssen sie bei Erreichen der Volljährigkeit erklären, welche der Staatsangehörigkeiten sie zukünftig behalten wollen. 597 der 1 111 Kinder ausländischer Eltern erhielten mit ihrer Geburt eine ausländische Staatsangehörigkeit, im Vorjahresvergleich ist dies ein Rückgang von 19 %.

Zurückgegangen ist die Zahl mit deutscher Staatsangehörigkeit geborenen Kinder. In den ersten neun Monaten des Jahres 2001 waren es 18 515 Kinder, 619 weniger als im Vorjahreszeitraum. Ohne die 514

Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein vom 01.01.2001 bis 30.09.2001

	Insgesamt			Deutsche			Ausländer und Staatenlose		
	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Bevölkerung am 01.01.2001	2 789 761	1 363 617	1 426 144	2 637 978	1 284 938	1 353 040	151 783	78 679	73 104
+ Geborene	19 112	9 709	9 403	18 515	9 400	9 115	597	309	288
- Gestorbene	21 530	9 906	11 624	21 287	9 767	11 520	243	139	104
Überschuss der Gestorbenen	- 2 418	- 197	- 2 221	- 2 772	- 367	- 2 405	354	170	184
+ Zuzüge	60 143	30 666	29 477	45 296	22 105	23 191	14 847	8 561	6 286
- Fortzüge	46 516	24 890	21 626	36 281	18 437	17 844	10 235	6 453	3 782
Wanderungssaldo	13 627	5 776	7 851	9 015	3 668	5 347	4 612	2 108	2 504
Saldo ¹	11 209	5 579	5 630	6 243	3 301	2 942	4 966	2 278	2 688
Staatsangehörigkeitswechsel	x	x	x	4 062	2 141	1 921	- 4 062	- 2 141	- 1 921
Bevölkerung am 30.09.2001	2 800 970	1 369 196	1 431 774	2 648 283	1 290 380	1 357 903	152 687	78 816	73 871

¹ aus natürlicher und räumlicher Bevölkerungsbewegung

deutschen Kinder ausländischer Eltern wären es sogar nur rund 18 000, damit hätte die Abnahme 4 % betragen.

Die Zahl der Kinder, deren Eltern zum Zeitpunkt der Geburt nicht miteinander verheiratet waren, hat sich in den ersten drei Quartalen 2001 gegenüber dem Vorjahreszeitraum weiter erhöht, und zwar um mehr als 1 % auf 4 892. Damit stieg ihr Anteil an allen Lebendgeborenen um über einen Prozentpunkt auf knapp 26 % an.

In den ersten neun Monaten des Jahres 2001 starben 21 530 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, das sind 422 oder 2 % weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von den verstorbenen Personen waren 9 906 männlichen und 11 624 weiblichen Geschlechts, 21 287 besaßen die deutsche und 243 eine ausländische Staatsangehörigkeit.

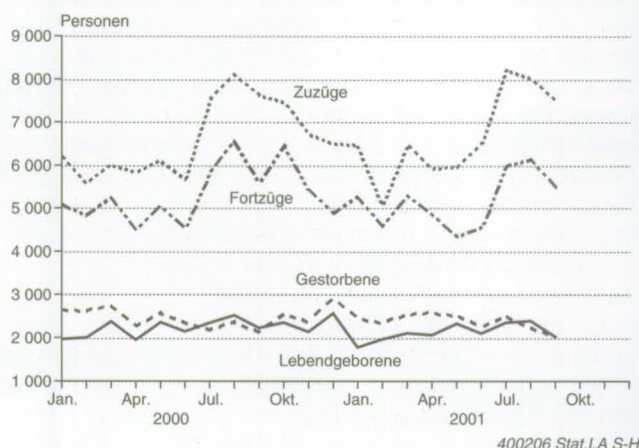
Auf Grund der dargestellten Entwicklung ergab sich für Januar bis September 2001 ein Überschuss der Gestorbenen über die Geborenen in Höhe von 2 418 Personen. Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum entspricht dies einer Zunahme von 16 %.

Bei der deutschen Bevölkerung Schleswig-Holsteins war in den ersten drei Quartalen des Jahres 2001 eine Erhöhung des Sterbeüberschusses zu beobachten, nämlich um 7 % auf 2 772 gestorbene Personen. Dagegen verringerte sich bei den Ausländern der Geburtenüberschuss, nämlich um 32 % von 518 auf 354 mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit geborene Kinder. Dabei wirkte sich sowohl beim Sterbeüberschuss der deutschen Bevölkerung als auch beim Geburtenüberschuss der ausländischen Bevölkerung das veränderte Staatsangehörigkeitsrecht aus: Durch den rechtlich bedingten Zuwachs bei Geburten deutscher Kinder sinkt der Sterbeüberschuss bei der deutschen Bevölkerung, während sich bei der ausländischen Bevölkerung der Geburtenüberschuss vermindert.

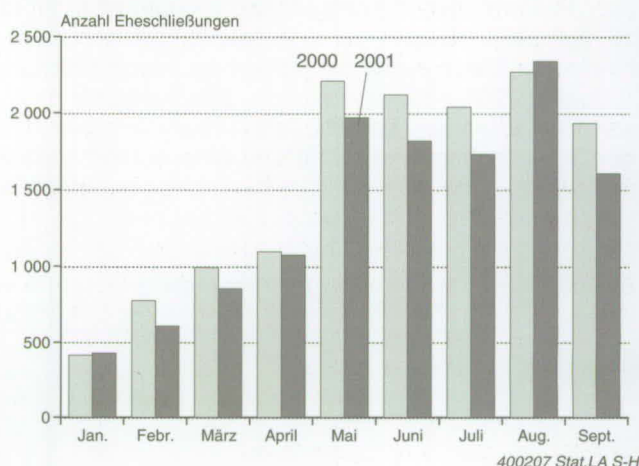
Häufigste Todesursache waren in den ersten neun Monaten des Jahres 2001 abermals die Kreislauferkrankungen, und zwar mit einem Anteil von 46 % an allen Todesursachen gefolgt von den bösartigen Neubildungen mit einem Anteil von 25 %. An Verletzungen, Vergiftungen und bestimmten anderen Folgen äußerer Ursachen starben 1 014 Personen, darunter 314 an vorsätzlicher Selbstbeschädigung und 16 nach einem tätlichen Angriff.

Von Januar bis September 2001 zogen 60 143 Personen nach Schleswig-Holstein und 46 516 Personen verließen das Land. Damit erhöhte sich die Zahl der Zuzüge im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1 444 oder 2 %, die Zahl der Fortzüge verringerte sich hingegen um 720 oder ebenfalls 2 %. In den ersten

Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein 2000 und 2001



Eheschließungen in Schleswig-Holstein 2000 und 2001



neun Monaten des Jahres 2001 verblieb Schleswig-Holstein somit ein Wanderungsgewinn von 13 627 Personen, das sind 19 % oder 2 164 Personen mehr als im Vergleichszeitraum 2000. Der Wanderungsgewinn setzte sich aus 9 015 Deutschen sowie 4 612 Ausländern und Staatenlosen zusammen. Vorsichtig geschätzt dürfte für das Jahr 2001 ein Wanderungsgewinn von 18 000 Personen zu erwarten sein, das wären dann etwa 3 000 Personen mehr als im Jahr 2000.

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2001 verzeichnete Schleswig-Holstein gegenüber dem Ausland einen Wanderungsgewinn von 4 285 Personen, dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einer Steigerung um 1 674 Personen oder 64 %. Dabei stellte sich erneut ein positiver Saldo bei Ausländern von jetzt 4 180 Personen ein, im gleichem Zeitraum des Jahres 2000 war dieser Saldo mit 2 667 Personen noch wesentlich geringer ausgefallen.

Gegenüber den anderen Bundesländern konnte Schleswig-Holstein einen Wanderungsgewinn in Höhe von 9 342 Personen aufweisen, davon 4 651 gegenüber den alten und 4 609 gegenüber den neuen Bundesländern (ohne Berlin). Die größten Wanderungsgewinne hatte Schleswig-Holstein gegenüber den Nachbarn Mecklenburg-Vorpommern (+ 2 721 Personen), Hamburg (+ 2 132 Personen) und Niedersachsen (+ 1 942 Personen) sowie gegenüber Brandenburg (+ 713 Personen) und Nordrhein-Westfalen (+ 632 Personen). Nennenswerte Wanderungsverluste gab es nach Baden-Württemberg (- 364 Personen) und Bayern (- 159 Personen).

Am 30. September 2001 lebten in Schleswig-Holstein 2 800 970 Personen. Davon waren 1 431 774 (51,1 %) weiblichen und 1 369 196 (48,9 %) männlichen Geschlechts, 2 648 283 (94,5 %) besaßen die deutsche und 152 687 (5,5 %) eine ausländische Staatsangehörigkeit oder zählten zur Gruppe der „Staatenlosen“. In den ersten drei Quartalen 2001 hatten insgesamt 4 062 Personen unter anderem durch eine Einbürgerung ihre Staatsangehörigkeit gewechselt, davon 2 141 mit männlichem und 1 921 mit weiblichem Geschlecht.

Im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. September 2001 vergrößerte sich die schleswig-holsteinische Bevölkerung somit um 11 209 Personen. Diese positive Veränderung ist wiederum auf Wanderungsgewinne zurückzuführen. So zogen in den ersten neun Monaten des Jahres 2001 – wie bereits erwähnt – insgesamt 13 627 Personen mehr nach als aus Schleswig-Holstein. Diesem Gewinn stand ein Sterbeüberschuss von 2 418 Personen entgegen.

Schulen und Hochschulen

Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen

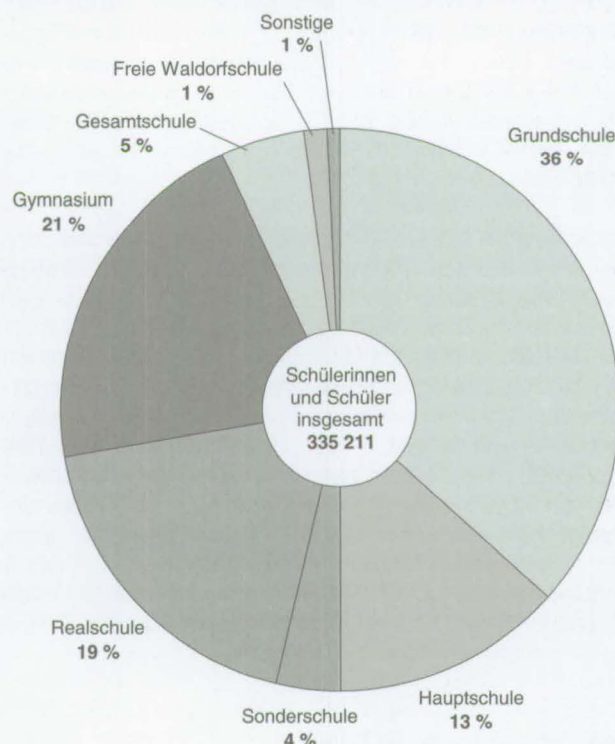
Im Schuljahr 2001/2002 werden an den öffentlichen und privaten allgemein bildenden Schulen des Landes Schleswig-Holstein 335 211 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Dies sind 3 304 oder 1 % mehr als im vergangenen Schuljahr, womit die Zuwachsrates nahezu auf dem Niveau des Vorjahres liegt. Insgesamt werden 18 098 Kinder und Jugendliche beschult, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.

An den Grundschulen sind 28 415 Kinder eingeschult worden. Dem Trend sinkender Einschulungen folgend, sind dies 1 045 weniger als im vorigen Schuljahr, was eine deutlich höhere Abnahmerate bedeutet (- 3,5 %). Die Grundschulen bereiten somit nur noch 122 769 Schülerinnen und Schüler auf den Besuch einer weiterführenden Schule vor, 2,4 % weniger als im Schuljahr davor.

Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen Schleswig-Holsteins im Schuljahr 2001/2002

Schulart	Schuljahr		Veränderung	
	2000/2001	2001/2002	Anzahl	%
Grundschule	125 759	122 769	- 2 990	- 2,4
Hauptschule	42 982	44 638	1 656	3,9
Sonderschule	12 501	12 526	25	0,2
Realschule	59 786	62 444	2 658	4,4
Gymnasium	67 573	69 593	2 020	3,0
Gesamtschule	16 017	16 255	238	1,5
Sonstige	7 289	6 986	- 303	- 4,2
Insgesamt	331 907	335 211	3 304	1,0

Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die allgemein bildenden Schulen in Schleswig-Holstein im Schuljahr 2001/2002



430203 Stat.LA S-H

Von den weiterführenden Schulen verzeichnen die Hauptschulen in diesem Schuljahr einen Zuwachs von 3,9 % (1 656), es werden 44 638 Jugendliche in einer solchen Einrichtung geführt. Die Realschulen müssen in diesem Schuljahr zusätzliche Kapazitäten für nunmehr 62 444 Schülerinnen und Schüler bereithalten,

das sind 2 658 (+ 4,4 %) mehr als noch 2000/2001 und somit in diesem Schuljahr der höchste Anstieg aller Schularten. Die Gesamtschulen können diese hohen Steigerungsraten – wie im Vorjahr – nicht verzeichnen, 16 255 Schülerinnen und Schüler besuchen diese Schulart, dies sind lediglich 1,5 % mehr als im vorigen Schuljahr. Für die Gymnasien fällt die Zuwachsrate wieder etwas höher als im Vorjahr aus, sie werden von 3,0 % mehr Jugendlichen besucht. Durch den längeren Verbleib der Schülerinnen und Schüler sind die Gymnasien weiterhin die Schulart mit der höchsten Schülerzahl (69 593). Betrachtet man von den weiterführenden Schularten nur die Kinder der Klassenstufe 5 bis 9, so fällt die Anzahl der Realschülerinnen und Realschüler am höchsten aus (54 035), gefolgt von der der Gymnasiasten (45 345) und der der Hauptschülerinnen und Hauptschüler (43 263). Dies zeigt, dass das Anstreben des Real schulabschlusses im Bereich der allgemein bildenden Schulen der Regelfall bleibt.

Im Schuljahr 2001/2002 werden die Sonderschulen von 12 526 Schülerinnen und Schülern besucht, das sind 0,2 % mehr als im Jahr davor. Die Freien Waldorfschulen meldeten 4 455 (- 1,9 %), die Abendreal schulen 726 (- 1,1 %) und die Abendgymnasien 449 (+ 5,9 %) Schülerinnen und Schüler. Schulkindergärten bereiteten 1 356 (- 14,8 %) schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder auf den Besuch der Schule vor.

Im Schuljahr 2000/2001 verließen 28 043 Schülerinnen und Schüler die allgemein bildenden Schulen nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht, ohne Berücksichtigung der Sonderschüler (1 391) haben hiervon jedoch 1 654 Schülerinnen und Schüler keinen qualifizierenden Abschluss erlangen können, was nahezu den Vorjahreswerten entspricht. Der Hauptschulabschluss wurde von 9 802, der Realschulabschluss von 8 699 Jugendlichen erreicht. Die Fachhochschul reife erlangten insgesamt 461 junge Erwachsene, die allgemeine Hochschulreife 6 009. Auffällig ist, dass der Anteil der Ausländer an den Entlassenen ohne Schulabschluss mit 10,7 % mehr als doppelt so hoch ist, wie ihr Anteil an den Gesamtentlassenen (4,5 %).

Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen

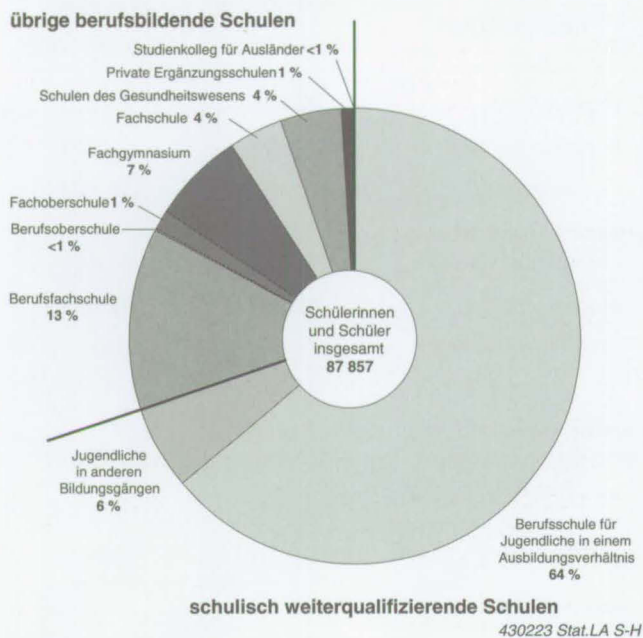
Im Schuljahr 2001/2002 werden im Bereich der berufsbildenden Schulen 87 857 Schülerinnen und Schüler ausgebildet, dies ist ein Zuwachs von lediglich 0,1 %. Mittelfristig werden sich die steigenden Schülerzahlen in den weiterführenden Schulen auch auf die berufsbildenden Schulen auswirken, sodass die Schulen mehr Kapazitäten für die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler vorhalten müssen.

Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen Schleswig-Holsteins 2001/2002

Schulart	Anzahl	Veränderung gegenüber 1999/2000	
		Anzahl	%
Berufsschule für Jugendliche in einem Ausbildungsverhältnis	56 095	- 1 183	- 2,1
dar. im Berufsgrundbildungsjahr/kooperativ	591	- 238	- 28,7
Jugendliche in anderen Bildungsgängen	5 260	501	10,5
davon			
im Berufsgrundbildungsjahr/schulisch	392	- 30	- 7,1
im ausbildungsvorbereitenden Jahr	970	92	10,5
in berufsvorbereitenden Maßnahmen	3 073	244	8,6
ohne Ausbildung/Berufsvorbereitung	825	195	31,0
Berufsschule zusammen	61 355	- 682	- 1,1
Berufsfachschule	11 329	511	4,7
Berufsoberschule	130	39	42,9
Fachoberschule	1 227	236	23,8
Fachgymnasium	5 757	23	0,4
Fachschule	3 396	23	0,7
Schulen des Gesundheitswesens	3 842	- 105	- 2,7
Private Ergänzungsschulen	733	25	3,5
Studienkolleg für Ausländer	98	13	15,3
Übrige berufsbildende Schulen zusammen	26 502	765	3,0
Berufsbildende Schulen insgesamt	87 857	83	0,1

Der weitaus größte Anteil der Schülerinnen und Schüler an den berufsbildenden Schulen, nämlich 64 %, besucht die Berufsschule, die fachbezogene Kenntnisse und Fertigkeiten für die angestrebte Berufsausbildung vermittelt. Von diesen 61 355 jungen Erwachsenen der Berufsschule – gegenüber 2000/2001 sind das 1,1 % weniger – haben 56 095 einen Ausbildungsvertrag (91,4 %), darunter 591 im kooperativen Berufsgrundbildungsjahr. In „anderen Ausbildungs-

Verteilung der Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein im Schuljahr 2001/2002



gängen“ sind 5 260 Schülerinnen und Schüler registriert, 2,8 % mehr als im Vorjahr. Ohne Ausbildungsvertrag oder Berufsvorbereitung erfüllen 825 Jugendliche ihre Schulpflicht.

Eine erste berufliche Bildung in bestimmten Fachrichtungen durch Vollzeitunterricht vermittelt die Berufsfachschule. Im Schuljahr 2001/2002 nehmen dieses Angebot 11 329 Schülerinnen und Schüler wahr, dies sind 4,7 % mehr als im Vorjahr. In der im letzten Jahr neu eingeführten Schulart der Berufsoberschule, in der sich in bestimmten Fachrichtungen Schülerinnen und Schüler mit Realschulabschluss und einer erfolgreichen Berufsausbildung vertiefte Kenntnisse und Fähigkeiten aneignen, lassen sich 130 Personen unterrichten. Der dort erreichbare Abschluss ermöglicht die Aufnahme eines fachgebundenen Hochschulstudiums. Die Fachoberschule wird von 1 227 Schülerinnen und Schülern besucht, damit streben 23,8 % mehr als im Vorjahr einen Abschluss an, der zum Studium an einer Fachhochschule berechtigt. Am Fachgymnasium wollen 5 757 Jugendliche die allgemeine Hochschulreife erwerben. Die Fachschule verzeichnet in diesem Jahr mit 0,7 % eine leichte Zunahme der Schülerzahl, 3 396 Schülerinnen und Schüler haben sich für diese Schulart entschieden. Eine Schule des Gesundheitswesens besuchen 3 842 Schülerinnen und Schüler. An privaten Ergänzungsschulen lernen 733 Jugendliche, und am Studienkolleg Schleswig-Holstein werden 98 ausschließlich ausländische Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

Viele Jugendliche nutzen den Besuch berufsbildender Schulen, um einen Schulabschluss zu erwerben oder um ihren abgelegten Schulabschluss zu verbessern. Im Schuljahr 2000/2001 verließen insgesamt 30 794 Schülerinnen und Schüler die berufsbildenden Schulen, hiervon 25 736 mit einem qualifizierenden Abschluss. Von diesen erwarben 1 814 einen Hauptschulabschluss und 4 288 den Realschulabschluss. Die Zugangsberechtigung zur Fachhochschule erlangten in diesem Schuljahr 2 159, die Voraussetzung zum Studium an einer anderen Hochschule 1 295 Schülerinnen und Schüler. Ohne Abschluss beendeten 5 056 junge Erwachsene den Besuch einer berufsbildenden Schule.

Lehrerinnen und Lehrer an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2001/2002

Im Schuljahr 2001/2002 unterrichten an den allgemein bildenden Schulen 23 508 Lehrerinnen und Lehrer, etwa 1 % mehr als im vorigen Schuljahr. Eine ähnliche Steigerungsrate ist bei den von diesen Lehrkräften erteilten Unterrichtsstunden zu verzeichnen (0,6 %), es wurden zur Stichwoche der Erhebung 468 397 erteilte Unterrichtsstunden gezählt.

Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen Schleswig-Holsteins 2001/2002

Schulart	Anzahl		Veränderung zum Vorjahr in %	
	Lehrer	Stunden	Lehrer	Stunden
Allgemeinbildende Schulen	23 281	468 397	1,0	0,6
darunter				
Grundschule	7 233	145 273	- 0,7	- 1,2
Hauptschule	3 095	68 164	4,0	2,7
Sonderschule	1 973	37 849	1,4	- 0,2
Realschule	4 030	81 643	2,5	2,8
Gymnasium	5 304	98 598	0,9	1,1
Gesamtschule	1 335	26 119	- 0,1	0,1
Berufsbildende Schulen	4 183	76 726	1,6	1,6
darunter				
Berufsschule	2 252	41 353	2,1	0,8
Berufsfachschule	879	17 159	3,4	4,3
Berufsoberschule	5	211	- 28,6	13,4
Fachoberschule	38	1 666	8,6	9,7
Fachgymnasium	557	9 590	5,1	2,4
Fachschule	354	5 572	9,2	- 3,5
Insgesamt	27 691	545 123	1,1	0,8

Hiervon wurden 145 273 Stunden an Grundschulen erteilt, was einem Rückgang gegenüber dem vorigen Schuljahr um 0,7 % entspricht. Dies korrespondiert mit der an dieser Schulart festgestellten Abnahme der Schülerzahlen. An den Realschulen ist ein Stundenanstieg um 2,8 % auf 81 643 Stunden festzustellen und das, obwohl die Schülerzahl gleichzeitig um 4,4 % zugenommen hat.

An den berufsbildenden Schulen Schleswig-Holsteins unterrichten in diesem Schuljahr 4 183 Lehrkräfte, die zusammen 76 726 Stunden Unterricht in der Woche erteilen. Dies sind etwa 1,6 % mehr als im vorigen Schuljahr.

Hochschulen

Im Wintersemester 2001/2002 sind nach vorläufigen Ergebnissen 42 462 Studentinnen und Studenten an den Hochschulen des Landes eingeschrieben. Dies ist gegenüber dem Vorjahressemester ein Anstieg von 2,6 %.

An den Universitäten hatten sich im Wintersemester 2001/2002 nach vorläufigen Angaben 24 531 Studierende eingeschrieben und damit 2,4 % mehr als im vorhergegangenen Wintersemester. An der Christian-Albrechts-Universität in Kiel waren mit 19 224 Studentinnen und Studenten 0,3 % weniger immatrikuliert, während an der Medizinischen Universität Lübeck die Zahl der Studierenden um 11,0 % und an der Universität Flensburg um 15,3 % anstieg.

An der Musikhochschule Lübeck ist die Zahl der Studierenden im Wintersemester 2001/2002 wie im Vorjahr leicht (2,8 %) angestiegen. Die Gesamtzahl der an Fachhochschulen Eingeschriebenen erhöhte sich erneut um 3,9 % auf 16 022. Die Zahl der Studentinnen und Studenten an den Verwaltungsfachhochschulen hat sich gegenüber dem Wintersemester 2000/2001 um 6,8 % verringert, nachdem sie im Vorjahr schon um 10,1 % gegenüber dem Wintersemester 1999/2000 zurückgegangen war.

Der Anteil der Frauen, die im Wintersemester 2001/2002 an den Fachhochschulen studieren, war mit 31 % im Vergleich zu den übrigen Hochschulen des Landes am geringsten. An den Universitäten liegt der Anteil der Studentinnen bei durchschnittlich 54 %, an der Musikhochschule Lübeck bei knapp 60 %. Die Universität Flensburg hat mit 68 % den mit Abstand höchsten Anteil studierender Frauen. An den Verwaltungsfachhochschulen sind 39 % der Studierenden weiblich.

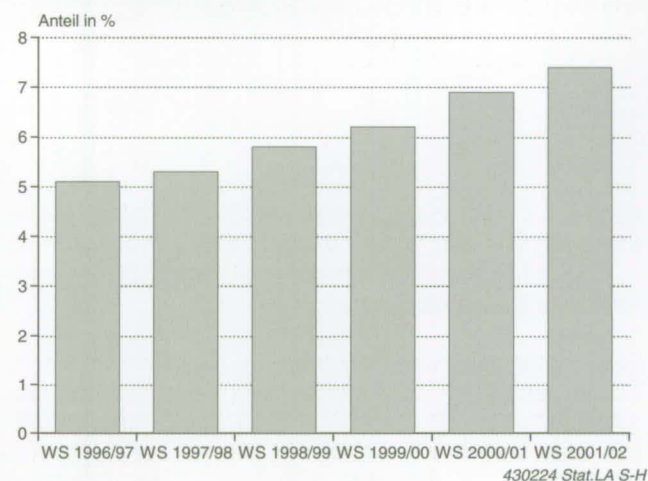
Die Zahl der ausländischen Studentinnen und Studenten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein ist auch im Wintersemester 2001/2002 erneut weiter an

Studentinnen und Studenten an den Hochschulen Schleswig-Holsteins 2001/2002

Hochschulart	Studentinnen und Studenten	
	WS 2000/2001	WS 2001/2002 ^a
Universitäten	23 966	24 531
Kunsthochschulen	422	434
Fachhochschulen	15 417	16 022
Verwaltungsfachhochschulen	1 582	1 475
Insgesamt	41 387	42 462

^a vorläufige Ergebnisse

Anteil der ausländischen Studentinnen und Studenten an den Studierenden insgesamt in Schleswig-Holstein

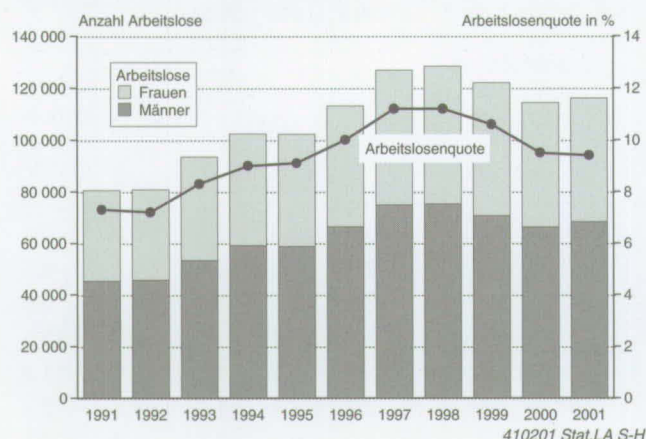


gestiegen und setzt somit den Trend der vergangenen Jahre konstant fort. Lag der Anteil der Studierenden anderer Nationalität an der Studentenschaft Schleswig-Holsteins insgesamt im Wintersemester 1996/1997 noch bei 5,1 %, so hat er sich bis zum Wintersemester 2001/2002 auf 7,4 % erhöht. Mit einem Ausländeranteil von knapp 31 % liegt die Musikhochschule Lübeck weit über dem Durchschnitt.

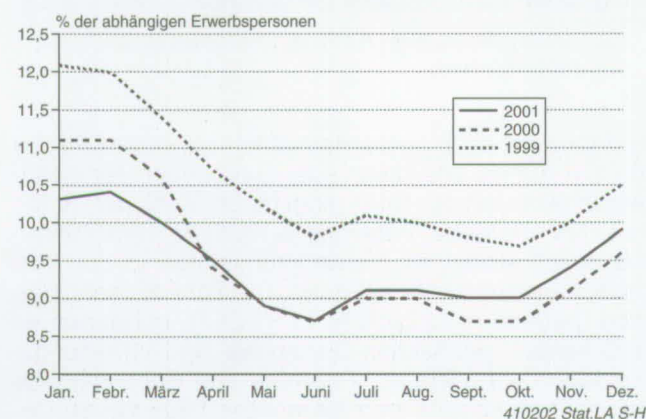
Arbeitsmarkt

Die Zahl der Arbeitslosen in Schleswig-Holstein belief sich im Durchschnitt des Jahres 2001 auf 116 100 Personen, das sind 1 800 Arbeitslose oder 1,6 % mehr als ein Jahr davor. Im gleichen Zeitraum ging die Arbeitslosenquote um 0,1 Prozentpunkte auf 9,4 % zurück. Die Arbeitslosenquote ist hier definiert als der Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen zivilen

Arbeitslose und Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt in Schleswig-Holstein 1991 bis 2001



Saisonaler Verlauf der monatlichen Arbeitslosenquoten in Schleswig-Holstein 1999 bis 2001



Erwerbspersonen, wozu sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte und Arbeitslose zählen. Die für 2001 beobachtete gegenläufige Entwicklung von Arbeitslosenzahl und Arbeitslosenquote erklärt sich dadurch, dass die Zahl der abhängigen zivilen Erwerbspersonen als Bezugsgröße der Arbeitslosenquote 2001 gegenüber dem Vorjahr um 29 200 Personen angestiegen war.

Im Saisonverlauf 2001 wurde der Höchststand mit 126 600 Arbeitslosen im Februar und einer Quote von 10,4 % erreicht, während im Juni mit 107 900 Arbeitslosen und einer Quote von 8,7 % der niedrigste Stand registriert wurde. Die so für 2001 gezeichnete Saisonfigur zeigt im Vergleich zu den beiden Vorjahren ein ähnliches Profil. Allerdings lagen zum Jahresbeginn die Werte für das Jahr 2001 auf einem niedrigeren Niveau als 1999 und 2000, während ab Jahresmitte für 2001 Werte zwischen den vergleichbaren Größen der Jahre 2000 und 1999 verzeichnet wurden.

Die Situation im westlichen Bundesgebiet war im Jahr 2001 mit einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote von 8,3 % günstiger als in Schleswig-Holstein. Auch der Rückgang der Arbeitslosenquote gegenüber dem Jahr 2000 fiel mit 0,4 Prozentpunkten im westlichen Bundesgebiet deutlicher aus als im nördlichsten Bundesland (- 0,1 Prozentpunkte).

Von den jahresdurchschnittlich 116 100 Arbeitslosen des Jahres 2001 waren 58,2 % Männer und 41,2 % Frauen. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit war für diese beiden Gruppen im Vergleich zum Jahr 2000 gegenläufig. Während die Zahl der arbeitslosen Männer jahresdurchschnittlich um 2 000 zunahm und die entsprechende Arbeitslosenquote von 10,3 % auf 10,5 % anstieg, ging die Zahl der arbeitslosen Frauen leicht um 200 Personen und ihre Arbeitslosenquote von 8,6 % auf 8,2 % zurück.

Die Gliederung nach dem Beschäftigungsverhältnis hat sich nur geringfügig verändert. Die Zahl der arbeitslosen Angestellten erhöhte sich durchschnittlich um rund 200 auf 44 900 Personen, die der Arbeiterinnen und Arbeiter etwas kräftiger um 1 600 auf 71 200.

Im Durchschnitt des Jahres 2001 waren 20 400 oder 17,6 % der 116 100 arbeitslosen Menschen 55 bis unter 65 Jahre alt, das ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 2 900 Personen. 14 800 oder 12,7 % aller Arbeitslosen dagegen waren jünger als 25 Jahre, ihre Zahl stieg gegenüber dem Jahr 2000 um rund 900 Personen an. Die Arbeitslosenquote für diese niedrige Altersgruppe blieb mit 9,8 % nahezu auf dem Niveau des Vorjahres (9,9 %) und lag damit unverändert 0,4 Prozentpunkte über der Gesamtquote Schleswig-Holsteins von 9,4 %. Zu den arbeitslosen Schwerbehinderten zählten mit 5 300 Personen 400 weniger als im Jahr 2000, das sind 4,6 % der Arbeitslosen insgesamt. 11 000 oder 9,5 % aller Arbeitslosen waren Ausländer, das ist ein leichter Rückgang um knapp 100 Personen. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote lag für Ausländer mit 22,4 % um 0,5 Prozentpunkte über dem Vorjahresergebnis und damit weit über der Arbeitslosenquote Schleswig-Holsteins insgesamt. Deutlich abgebaut werden konnte dagegen der Bestand an Personen, die ununterbrochen ein Jahr und länger arbeitslos gemeldet sind. Die Zahl der so genannten Langzeitarbeitslosen ist seit 1998 kontinuierlich auf 33 600 Personen im Jahre 2001 zurückgegangen, das sind 8,9 % weniger als im Jahr 2000. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen lag damit im Jahr 2001 bei 29,0 % nach 32,3 % im Vorjahr.

Die Arbeitslosenquote des Jahres 2001 war in den vier kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins mit 12,8 % um gut 4 Prozentpunkte höher als die für die Gesamtheit der Landkreise. Am höchsten war die Arbeitslosigkeit in der Hansestadt Lübeck mit einem

Durchschnittswert von 13,4 % und in Flensburg mit 13,2 %. Unter den Landkreisen hatten Dithmarschen mit 10,6 % und Ostholstein mit 10,0 % die höchsten Arbeitslosenquoten. Die geringsten Quoten konnten für die Kreise Stormarn mit 6,5 % und Segeberg mit 7,3 % registriert werden.

Im Laufe des Jahres 2001 wurden 231 500 Arbeitslosenmeldungen (Zugänge) festgestellt, das sind 3,5 % mehr als ein Jahr davor. Der größte Teil von ihnen (50,8 %) kam aus vorheriger Erwerbstätigkeit, 9,1 % kamen unmittelbar nach einer schulischen, betrieblichen oder außerbetrieblichen Ausbildung. Die Zahl der Spätaussiedler unter den zusätzlichen Arbeitslosen fiel im Jahr 2001 mit nunmehr 4 700 Personen auf den niedrigsten Stand der letzten 10 Jahre. Den Zugängen standen 225 600 Abmeldungen von Arbeitslosen gegenüber, 1,2 % mehr als im Jahr 2000.

Die Kurzarbeit hat im Jahr 2001 in Schleswig-Holstein deutlich zugenommen. Die Zahl der Betriebe, in denen Kurzarbeit unterschiedlichen Umfangs betrieben wurde, stieg von 208 im Jahr 2000 auf 300 im Jahr 2001, im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der Kurzarbeiter jahresdurchschnittlich um 45 % auf 4 700 Personen zu.

Nachdem sich die Zahl der den Arbeitsämtern in Schleswig-Holstein gemeldeten offenen Stellen im Durchschnitt der Jahre 1999 auf 2000 um nahezu 13 % erhöht hatte, fiel sie in 2001 um 3,4 % auf nunmehr 15 100 Stellen. Rein rechnerisch entfielen damit im vergangenen Jahr 7,7 Arbeitslose auf eine offene Stelle, im Jahre 2000 betrug diese Relation 7,3. Ein Drittel der in 2001 gemeldeten 15 100 offenen Stellen waren dabei nur für befristete Arbeitsverhältnisse vorgesehen.

Landwirtschaft

Betriebe und Beschäftigte

Nach einer Novellierung des Agrarstatistikgesetzes vom 30.06.1998 wurde die Periodizität für die Feststellung betrieblicher Einheiten in der Land- und Forstwirtschaft von einem bis 1999 jährlichen auf einen zweijährlichen Erhebungsturnus umgestellt, d. h. im Jahr 2000 wurde keine, sondern erst wieder 2001 eine Größenstruktur der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe erstellt. Seit 1949, der ersten Landwirtschaftszählung nach dem Zweiten Weltkrieg, hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ab 2 ha LF von damals 54 226 um nahezu zwei Drittel verringert. In den zurückliegenden zwei Jahren hat sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft mit einer weiteren Konzentration auf weniger, aber größere Betriebe intensiv fortgesetzt. Die Agrarstrukturerhebung im Mai 2001 wies in Schleswig-Holstein insgesamt 19 241

Landwirtschaftliche Betriebe¹ ab 2 ha LF

Größenklasse von ... bis unter ... ha	1980	1999	2001	Veränderung in %	
	1 000			1980 bis 1999 pro Jahr	2001 gegen- über 1999
2 - 5	3,2	3,4	3,4	0,3	- 0,1
5 - 10	2,4	2,3	2,3	- 0,2	- 3,5
10 - 20	3,9	2,0	2,0	- 3,4	0,9
20 - 30	5,2	1,4	1,3	- 6,5	- 13,1
30 - 40	5,0	1,3	1,2	- 6,7	- 11,4
40 - 50	3,7	1,4	1,3	- 4,9	- 12,4
50 - 75	4,2	3,2	3,0	- 1,4	- 8,3
75 - 100	1,2	2,3	2,2	3,3	- 3,6
100 - 200	0,8	2,2	2,3	5,2	4,5
200 und mehr	0,2	0,5	0,5	3,5	11,3
Insgesamt	29,9	20,0	19,2	- 2,1	- 3,9

¹ Hauptproduktionsrichtung (HPR) Landwirtschaft einschl. Gartenbaubetriebe

Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von 2 ha und mehr aus. Gegenüber der Landwirtschaftszählung 1999 ging deren Zahl per Saldo um 787 Betriebe oder 3,9 % zurück. Sehr unterschiedlich waren die Veränderungsraten in den einzelnen Betriebsgrößenklassen. Die Zahl der sehr kleinen Betriebe mit 2 bis 5 ha LF (3 357), bei denen es sich neben spezifischen Gartenbau- und Veredlungsbetrieben vor allem um Resthöfe und Hobbybetriebe handelt, verringerte sich gegenüber 1999 kaum. Unwesentlich verändert blieb weiterhin auch die Zahl der Betriebe mit 5 bis 20 ha LF (4 307), bei denen besonders der Nebenerwerbscharakter dominiert. In dem Größenbereich von 20 bis 50 ha LF wurde eine Abnahme um 12 % auf 3 674 Betriebe und in dem von 50 bis 100 ha LF um 6 % auf 5 143 Betriebe festgestellt. Demgegenüber hat die Zahl der Betriebe ab 100 ha LF um 6 % auf 2 760 – darunter die ab 200 ha LF um 12 % auf 502 – zugenommen. Ihre Zahl stieg in den letzten zwei Jahrzehnten auf gut das Zweieinhalbfache an. Während zahlreiche Marktfuchtbetriebe seit Jahren auf Betriebsgrößen von mehr als 200 ha LF aufstocken, wachsen auch die arbeitsintensiveren Futterbaubetriebe zunehmend in einem Größenbereich von über 100 ha LF.

Insgesamt bewirtschafteten die landwirtschaftlichen Betriebe 1,02 Mill. ha LF, das sind knapp zwei Drittel der Gebietsfläche Schleswig-Holsteins. 45 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche – drei Prozentpunkte mehr als 1999 – wurden inzwischen von Betrieben in Größenklassen ab 100 ha LF bewirtschaftet, dem-

gegenüber entfielen weniger als 6 % auf Betriebe unter 20 ha LF, 13 % und 36 % betrug die Anteile der Betriebe von 20 bis 50 ha LF und 50 bis 100 ha LF.

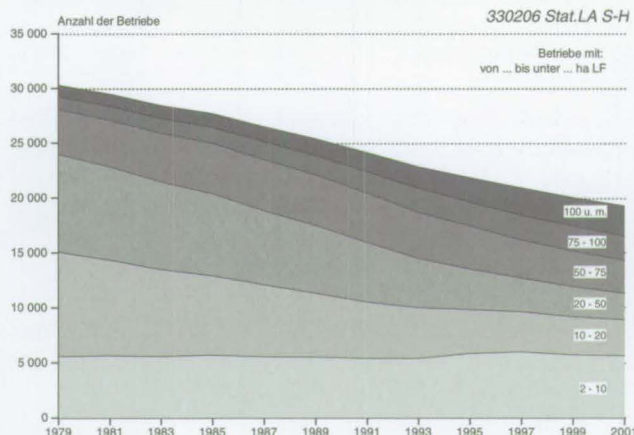
Das Größenwachstum der Betriebe vollzieht sich im Wesentlichen über die Pacht von Flächen, die durch abstockende oder die Landwirtschaft vollständig aufgebende Betriebe freigesetzt werden. Nur jeweils 0,6 % der LF des Landes wechselten in den Jahren 2000 und 2001 durch Verkauf den Besitzer. Bei seit 1994 wieder stetig steigenden Kaufwerten für landwirtschaftliche Grundstücke, die 2001 nach vorläufiger Auswertung im Landesmittel 11 800 EUR je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdLN) betrugen, hat die Bereitschaft zur Veräußerung von Flächen im letzten Jahrzehnt nahezu stetig abgenommen. Inzwischen sind knapp die Hälfte (48 %) der von landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschafteten LF gepachtet. Die durchschnittlichen Pachtentgelte für landwirtschaftliche Grundstücke (Alt- und Neupachtungen) betrugen im Landesdurchschnitt 260 EUR je ha LF – darunter 293 EUR je ha Ackerland und 212 EUR je ha Grünland – mit wie bei den Kaufwerten je nach Bodengüte, Nutzungsart sowie ihrer Lage zu den Besiedlungsräumen großen regionalen Unterschieden.

Hinsichtlich der Rechtsform dominieren bei den landwirtschaftlichen Betrieben mit einem Anteil von 97 % die Einzelunternehmen. Auf diese 18 648 Familienbetriebe im engeren Sinne (1999: 19 488) entfielen 93 % der LF im Lande. Sechs Zehntel der Einzelunternehmen waren Haupterwerbsbetriebe, die 80 % der gesamten LF bewirtschafteten, während nur knapp 10 % der LF auf die Nebenerwerbsbetriebe entfielen. Die Rechtsform einer Personengesellschaft hatten 434 Betriebe (1999: 382) und die einer juristischen Person 159 Betriebe (1999: 158), diese bewirtschafteten gut 5 % und 1 % der LF in Schleswig-Holstein.

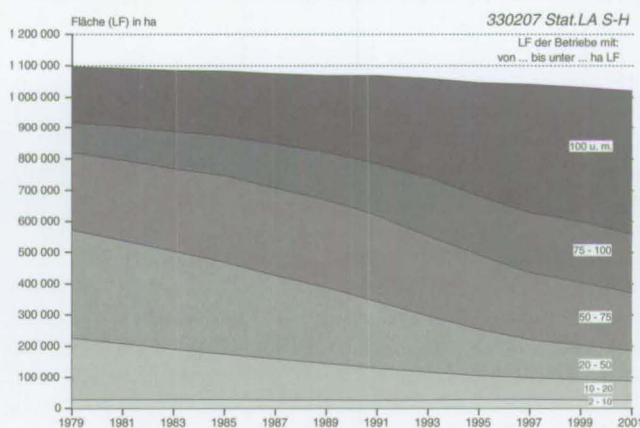
Eine Waldfläche (WF) von 10 ha und mehr hatten 331 Forstbetriebe, auf diese entfielen mit 100 000 ha zwei Drittel der WF des Landes. Das übrige Drittel entfällt auf zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe und Besitzer kleiner Waldflächen. Allein 32 Forstbetriebe mit 500 ha und mehr Waldfläche – darunter 23 in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (Staats- und Körperschaftsforsten) – bewirtschafteten 83 000 ha WF und damit mehr als die Hälfte der Forsten in Schleswig-Holstein.

Mit der rückläufigen Zahl landwirtschaftlicher Betriebe hat sich auch die Zahl der im April 2001 in den landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen gegenüber der vorhergehenden Erhebung im Jahre 1999 weiter verringert. In den Betrieben ab 2 ha landwirtschaftlich genutzter Flächen waren 31 800 Familienarbeitskräfte tätig, gut ein Zehntel weniger als vor

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche¹ 1979 bis 2001



Landwirtschaftlich genutzte Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche¹ 1979 bis 2001



zwei Jahren. Darunter waren 17 900 Betriebsinhaber und 13 900 mithelfende Familienangehörige. Gut die Hälfte der Betriebsinhaber und nur knapp 18 % der mithelfenden Familienangehörigen waren auf den landwirtschaftlichen Betrieben vollbeschäftigt. Nahezu jeder dritte Betriebsinhaber war gleichzeitig anderweitig erwerbstätig. Die Zahl der ständig beschäftigten familienfremden Arbeitskräfte hat nach einem Tiefpunkt im Jahre 1995 (6 700 Personen) auf nunmehr 7 300 weiter zugenommen. Sich stetig vergrößernde landwirtschaftliche Betriebe und der intensive Gartenbau mit seinen zahlreichen Baumschul- und Zierpflanzenbetrieben haben einen hohen Bedarf an Lohnarbeitskräften. Neben den ständigen Arbeitskräften waren im Zeitraum Mai 2000 bis April 2001 insgesamt 10 400 nichtständige Arbeitskräfte, die

Arbeitskräfte¹ in den landwirtschaftlichen Betrieben²

Personenkreis	April			
	1980	1990	1999	2001
	1 000			
Betriebsinhaber	32,0	27,1	19,3	17,9
davon				
vollbeschäftigt	21,6	16,0	10,7	9,9
darunter				
55 Jahre und älter ³	4,0	4,3	2,4	2,1
teilbeschäftigt	10,4	11,1	8,6	8,0
darunter				
55 Jahre und älter ³	3,5	4,0	2,9	2,9
Familienarbeitskräfte	33,6	23,4	15,8	13,9
davon				
vollbeschäftigt	6,7	5,4	3,0	2,4
teilbeschäftigt	26,9	18,1	12,9	11,5
Ständig familienfremde Arbeitskräfte	8,8	7,5	7,2	7,3
davon				
vollbeschäftigt	7,5	5,7	5,5	5,5
teilbeschäftigt	1,3	1,9	1,7	1,8

¹ mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt (ohne Berücksichtigung der Haushaltstätigkeit)

² HPR Landwirtschaft ab 1 ha LF einschließlich Gartenbau, seit 1999 ab 2 ha LF

³ einschl. Betriebe unter 1 ha LF, seit 1999 unter 2 ha LF

nicht zur Familie des Betriebsinhabers gehörten, auf den landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt. Zur Ernte werden im Obst-, Gemüse- und Marktfruchtbaubereich Saisonarbeitskräfte eingesetzt. Der durchschnittliche Arbeitskräftebesatz in Arbeitskräfteeinheiten (AKE) je 100 ha LF verringerte sich auf 2,6 weiter gegenüber 2,7 im Jahr 1999 und 2,9 im Jahr 1997. In Betrieben ab 100 ha LF blieb der AKE-Besatz unverändert bei 1,5.

Flächennutzung

2001 wurden die Bodenflächen entsprechend einer vierjährigen Erhebungsperiodizität wieder nach ihrer tatsächlichen – im Liegenschaftskataster eingetragenen – Nutzungsart erhoben. Die Nutzungsdaten wurden von den Katasterämtern einerseits in bisheriger Weise nach dem herkömmlichen Liegenschaftsbuch, andererseits für etwa die Hälfte der Gemeinden des Landes dem neuen, noch im Aufbau befindlichen automatisierten Liegenschaftsbuch (ALB) entnommen. Die dort eingespeicherten Flächen der einzelnen Flur-

stücke wurden nach einem vorherigen Feldvergleich teilweise anderen Nutzungsarten zugeordnet, sodass die Ergebnisse mit den Vorerhebungen – insbesondere auf kleinregionaler Ebene – nicht immer voll vergleichbar sind. Am Erhebungsstichtag 31.12.2000 betrug die Katasterfläche Schleswig-Holsteins 15 763 km². Davon entfielen auf die Hauptnutzungsarten:

– Landwirtschaftsfläche	11 379 km ²	(72 %)
– Siedlungs- und Verkehrsfläche ¹	1 760 km ²	(11 %)
– Waldfläche	1 499 km ²	(10 %)
– Wasserfläche	765 km ²	(5 %)
– Sonstige Fläche ²	360 km ²	(2 %)

¹ Gebäude- u. Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbau- und Erholungsfläche, Verkehrsfläche, Friedhofsfläche)

² Abbau- und Unland, Übungsgelände, Schutzflächen, historische Anlagen

Wie in den vorhergehenden Vierjahreszeiträumen nahm die Waldfläche durch intensivierte Neuaufforstungen um 3 200 ha weiter zu und hat sich im Zeitraum der letzten beiden Jahrzehnte um fast ein Zehntel vergrößert. Auch die Wasserfläche stieg in den zurückliegenden vier Jahren durch Eingemeindungen an der Nord- und Ostseeküste um 1 300 ha. Neben der Zunahme dieser naturnahen Flächen erhöhte sich durch den Wohnungs-, Wirtschafts- und Wegebau besonders die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 6 000 ha. Dieser Zuwachs entspricht etwa der durchschnittlichen Gebietsfläche von vier der 1 132 Gemeinden des Landes Schleswig-Holstein. Abgenommen hat in diesem Zeitraum allein die Landwirtschaftsfläche, und zwar um insgesamt 12 700 ha.

Aus regionaler Sicht erreicht die Landwirtschaftsfläche in den bevölkerungs- und waldarmen Landkreisen Dithmarschen, Nordfriesland und Schleswig-Flensburg mit knapp 80 % ihre höchsten Anteile. Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil des Waldes an der Gesamtfläche der Kreise Herzogtum Lauenburg (25 %) und Segeberg (15 %). Durch die Seen im östlichen Hügelland tritt naturräumlich bedingt der Wasserflächenanteil im Kreis Plön (11 %) stärker hervor. In enger Beziehung zur Bevölkerungsdichte ist der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche in den kreisfreien Städten (33 - 53 %) sowie – mit der größten räumlichen Ausweitung – im Hamburger Ring (28 %) besonders hoch.

Bodennutzung, Erträge, Ernten

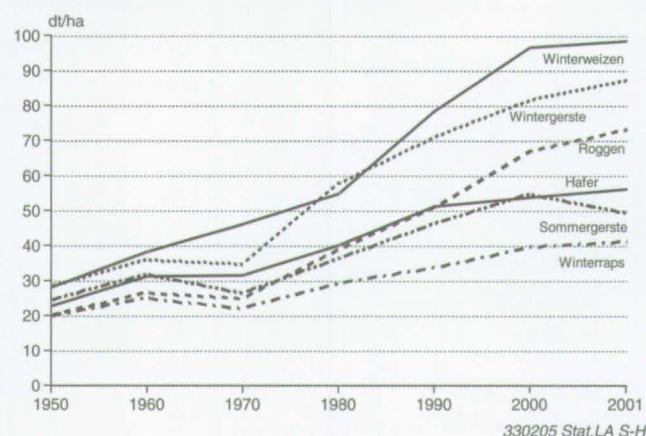
Im Mai 2001 bewirtschafteten die landwirtschaftlichen Betriebe (einschl. Gartenbau) eine Fläche von insgesamt 1,12 Mill. ha. Diese im Rahmen der Bodennutzungshaupterhebung erfasste Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe, d. h. ohne Forstbetriebe, setzte sich zusammen aus 91 % landwirtschaftlich genutzter

Fläche (LF), 4 % Waldfläche und 5 % anderen Flächen (u. a. Öd- und Unland, Gewässer und Gräben, Gebäude-, Hof- und Wegeflächen). Von der gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich kleineren landwirtschaftlich genutzten Fläche (1,022 Mill. ha) entfielen 617 000 ha (60 %) auf das Ackerland und 396 000 (39 %) auf das Dauergrünland sowie 9 000 ha (1 %) auf sonstige Flächen wie Obstanlagen, Baumschulen, Weihnachtsbaumkulturen sowie Haus- und Nutzgärten der landwirtschaftlichen Betriebe. Entsprechend einem langjährigen, seit Inkrafttreten der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Jahre 1993 bestehenden Trend ging die Grünlandfläche auch in Jahresfrist um 2 % oder 7 700 ha weiter zurück, während sich die Ackerfläche gleichzeitig um gut 1 % auf 6 900 ha erhöhte. Wie in den vorhergehenden Jahren waren diese Nutzungsänderungen in den Naturräumen der Geest stärker ausgeprägt als in denen der Marsch und des östlichen Hügellandes.

Auf der Ackerfläche von 617 000 ha wurden im Berichtsjahr 331 000 ha – das sind 54 % der gesamten Ackerfläche – Getreide, 90 000 ha (15 %) Ölfrüchte, 20 000 ha (3 %) Hackfrüchte, 3 000 ha (0,5 %) Hülsenfrüchte, 8 000 ha (1,3 %) Gemüse, Erdbeeren und andere Gartengewächse sowie 125 000 ha (20 %) Ackerfutterpflanzen angebaut. Bei unveränderter EU-Flächenstilllegungsverpflichtung ist die Brachfläche gegenüber dem Vorjahr um 8 % wiederum erheblich zurückgegangen, indem die Möglichkeiten einer freiwilligen Flächenstilllegung weniger und des Anbaus nachwachsender Rohstoffe auf Stilllegungsflächen verstärkt genutzt wurden. Damit verringerte sich der Anteil der Brache an der Ackerfläche von 7 % im Vorjahr auf 6 %. In den vorangegangenen Jahren hatte dieser Anteil 8 % (1999), 6 % (1998), 7 % (1997), 9 % (1996) und sogar 12 % (1995) betragen.

Die Fläche mit Getreide erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um knapp 8 000 ha. Dabei wurde der Anbau von Winterweizen um 3 600 ha ausgeweitet. Mit 1 700 ha ist der Anbau von Sommerweizen von nur geringer Bedeutung. Der Gerstenanbau entsprach mit 76 000 ha annähernd dem vorjährigen Umfang, wobei die Fläche der Sommergerste um 1 200 ha auf 12 000 ha zunahm und die der Wintergerste dagegen um 1 200 ha auf 64 000 ha zurückging. Die mit Roggen bestellte Fläche verringerte sich in Jahresfrist um gut 7 % auf knapp 34 000 ha. Demgegenüber wurde der Anbau von Triticale, einem eiweißreichen Futtergetreide, um mehr als die Hälfte auf knapp 17 000 ha ausgeweitet, womit Schleswig-Holstein dem Anbautrend benachbarter Bundesländer folgte. Nach langjährigem Anbaurückgang nahm die Fläche mit Hafer um nahezu ein Viertel auf 9 000 ha wieder zu. Bei günstigen Aussaatbedingungen im Herbst und milder Witterung im Winter stieg der Anbau von Wintergetreide um 5 500 ha auf 307 000 ha und der von Sommergetreide lediglich um 2 000 ha auf 24 000 ha.

Getreide- und Winterrapsertträge in Schleswig-Holstein 1950 bis 2001



Durch die genannten Anbauveränderungen im Getreideartenspektrum vergrößerte sich die Fläche des Futtergetreides (Gerste, Triticale, Hafer) um 7,5 % auf 103 000 ha, während sich die des Brotgetreides (Weizen, Roggen) mit 228 000 ha gegenüber dem Vorjahr nicht veränderte.

Mit Ölfrüchten war eine dem Vorjahr entsprechende Fläche bestellt, wobei der Anbau der wichtigsten Ölf Frucht Winterraps um 1 500 ha auf 89 000 ha ausgeweitet wurde. Bei den anderen Ölf Früchten, Sommeraps und Rübsen sowie Flachs und Öllein, war ein starker Flächenrückgang, und zwar auf einen Anteil von weniger als 1 % an den Ölf Früchten zu verzeichnen. Offensichtlich haben eine weiter reduzierte EU-Preis ausgleichszahlung für Öllein zu dieser Anbauentwicklung beigetragen. Durch Ausweitung der Flächen mit Ackerbohnen um 6 % auf 900 ha und der mit Futtererbsen um gut ein Drittel auf 1 900 ha war die Hülsenfruchtfläche um 20 % größer als im Jahr 2000.

Der Anbauumfang von Hackfrüchten veränderte sich insgesamt nur unwesentlich, wobei sich die Fläche mit Kartoffeln nach einer Abnahme im Vorjahr in Jahresfrist wieder um 6 % auf 6 000 ha erhöhte und die mit Zuckerrüben um 2 % auf 13 000 ha weiter zurückging. Dagegen stieg die Fläche mit Gemüse, Erdbeeren und anderen Gartengewächsen insgesamt leicht um 3 % auf 8 000 ha. Dabei vergrößerte sich die Erntefläche mit Erdbeeren um gut 8 % auf erstmals über 800 ha. Nach Jahren stetiger Anbausausweitung wurden jedoch im Berichtsjahr weniger Erdbeeren neu angepflanzt als nach der Ernte gerodet. Die Fläche mit Gemüse verringerte sich leicht auf 6 400 ha, wobei sich der Anbau von Kopfkohl (3 400 ha) sowie Möhren, Karotten (1 000 ha) kaum veränderte und die Spargelfläche um ein Zehntel auf 290 ha ausgeweitet wurde. Rückläufig war vor allem der Anbau von Frischerbsen (210 ha) und Buschbohnen (100 ha).

Anbauflächen, Erträge und Ernten in Schleswig-Holstein 2001 nach Art der Frucht und Nutzung

Frucht-/Nutzungsart	Anbauflächen		Erträge		Ernten	
	1 000 ha	Veränderung gegenüber 2000 in %	dt/ha	Veränderung gegenüber 2000 in %	1 000 t	Veränderung gegenüber 2000 in %
Getreide (ohne Körnermais)	331	2	89	3	2 958	5
darunter						
Winterweizen	193	2	98	2	1 898	3
Sommerweizen	2	- 16	71	4	12	- 12
Roggen	34	- 7	73	9	245	0
Wintergerste	64	- 2	87	7	555	4
Sommergerste	13	10	50	- 10	63	0
Hafer	9	23	56	4	51	28
Triticale	17	51	77	8	131	64
Raps und Rübsen	89	1	41	4	366	5
darunter Winterraps	89	2	41	4	366	5
Futtererbsen ¹	2	36	42	12	8	52
Ackerbohnen ¹	1	6	52	- 7	5	- 2
Kartoffeln	6	6	359	- 3	218	3
Zuckerrüben	13	- 2	538	- 3	715	- 5
Runkelrüben	0,5	- 1	827	- 3	39	- 4
Kopfkohl ²	3	1	859	- 6	292	- 5
Möhren/Karotten	1	- 1	905	18	92	17
Grün-/Silomais	82	4	385 ^a	8	3 153 ^a	12
Klee/Kleegras	3	9	93 ^b	9	26 ^b	18
Feldgras	39	- 4	104 ^b	8	406 ^b	3
Dauerwiesen	86	0	95 ^b	12	814 ^b	11
Mähweiden	107	- 0	98 ^b	11	1 050 ^b	12
Äpfel im Marktbobstbau	0,7	–	250	- 25	17	- 25
Erdbeeren	0,8 ^c	8	121	5	10	13

¹ zum Ausreifen² Weißkohl, Rotkohl, Wirsing^a angegeben als Grünmasse^b berechnet als Heu^c abgeerntete Fläche

Der Ackerfutteranbau übertraf den vorjährigen Umfang nur leicht um 1 %. Bei einer weiteren Flächenzunahme des Silomais um 4 % auf erstmals 82 000 ha ging die Fläche mit Gras auf dem Ackerland um 4 % auf 39 000 ha zurück. Im Berichtsjahr standen wie in 2000 auf 20 % der Ackerfläche Futterpflanzen und Futterhackfrüchte und auf 73 % Marktfrüchte. Die Hauptfutterfläche (Dauergrünland, Ackerfutterpflanzen, Futterhackfrüchte) betrug 521 000 ha oder 51 % der 1,022 Mill. ha LF.

Im Herbst 2001 konnten die Winterfeldfrüchte, Winterraps und Wintergetreidearten unter günstigen Witterungs- und Bodenverhältnissen frühzeitig und im geplanten Umfang ausgesät werden. In einem milden Herbst mit ausgeglichener Niederschlagsverteilung liefen die Wintersaaten problemlos und zügig auf, entwickelten sich teilweise – vor allem Winterraps- und Wintergerstenbestände – recht üppig und gingen mit hoher Bestandesdichte in den Winter. Der Winter blieb überwiegend mild, sodass die Bestandesent-

wicklung im Februar einen phänologischen Vorsprung von etwa zwei Wochen erreichte. Die Auswinterungsschäden waren bei allen Winterfruchtarten sehr gering. Spätwinterliche Witterung mit teilweise geschlossener Schneedecke im März bremste das Wachstum erheblich. Bis in den April blieb die Frühjahrswitterung nass und kalt, sodass die Bestellung der Sommerkulturen durch verbreitete Bodennässe erschwert wurde und überwiegend erst in der dritten Aprildekade durchgeführt werden konnte. Durch einen Kälteeinfall in der zweiten Aprildekade setzte die Baumobstblüte verspätet in der Zeit von Anfang bis Mitte Mai ein. Bei hohen Tagestemperaturen und ohne Nachtfröste, geringem Niederschlag sowie zufriedenstellendem Insektenflug blühten die Bäume über einen kurzen Zeitraum ab. Trotz dieser günstigen Bedingungen war der Fruchtansatz zwar insgesamt zufriedenstellend, aber dennoch geringer als in dem besonders ertragreichen Vorjahr (Alternanz). Ausreichende Bodenfeuchte bot günstige Bedingungen für Apfel-Neupflanzungen im Frühjahr. Warmes sonnenreiches Wetter förderte im Mai den Aufgang und das Wachstum aller Kulturen, nur auf extrem leichten Standorten beeinträchtigte Vorsommertrockenheit die Entwicklung des Getreides. Von Ende Mai bis Mitte Juni bremste ein nasskalter Witterungsabschnitt das weitere Wachstum, besonders von Mais, Spargel und Hackfrüchten. Wieder ansteigende Temperaturen und günstige Niederschlagsverhältnisse im letzten Junidrittel waren für die Fruchtausbildung der Erdbeeren und der Kirschen vorteilhaft. Hohe Temperaturen und starke Sonneneinstrahlung im Juli förderten die Kornfüllung von Getreide und Raps. Häufige Regenfälle in der ersten Augushälfte verzögerten und erschwerten – besonders bei Roggen und Triticale – die Erntearbeiten und verursachten hohe Kornfeuchten sowie Qualitätseinbußen beim Erntegut. Überreife Bestände führten teilweise bei der Sommergerste durch Ährenabbruch zu beträchtlichen Ernteverlusten. Die Ernte des Weizens wurde durch eine Hochdruckwetterlage in der letzten Augustdekade begünstigt. Extrem hohe Niederschläge und kühle sonnenscheinarme Witterung führte im September zu einer derartig starken Vernässung der Böden, dass die Äcker nicht mehr befahrbar wurden, Hackfrüchte, Feldgemüse und Silomais in diesem Zeitabschnitt nicht geerntet werden konnten und eine Herbstbestellung für die folgende Ernteperiode entweder erheblich verzögert oder nicht mehr ermöglicht wurde. Ein sehr milder, trockener Oktober bewirkte bei Zuckerrüben, Kopfkohl und den Futterpflanzen noch bedeutende Ertragszuwächse; die anstehende Ernte der späten Kulturen verlief – von Bodensenken abgesehen – weitgehend problemlos, und das Grünland konnte bis in den Spätherbst beweidet werden.

Nach einer langen Vegetationszeit mit milder Witterung und günstig verteilten Niederschlägen wurden im Landesmittel beim Wintergetreide und beim Raps

überdurchschnittlich hohe Hektarerträge erzielt. Beim Winterweizen konnte mit gut 98 dt/ha der Rekordertag aus dem Vorjahr (96 dt/ha) noch übertroffen werden. Auch bei der Wintergerste (89 dt/ha), dem Roggen (73 dt/ha) und der Triticale (77 dt/ha) wurden Höchsterträge erzielt. Hafer (56 dt/ha) und Sommergerste (50 dt/ha) erreichten – auf Grund der verspäteten Aussaat im Frühjahr – nicht das mehrjährige Ertragsmittel. Der Ertragsdurchschnitt des gesamten Getreides übertraf mit 89 dt/ha das vorjährige Ergebnis um 3 % und das mehrjährige Mittel um ein Zehntel. Dabei waren die Ertragszuwächse auf den leichteren Böden der Geest erheblich stärker ausgeprägt als auf den schweren Böden der Marsch und des Hügellandes. Bei einer gleichzeitig ausgeweiteten Anbaufläche errechnete sich für das Jahr 2001 eine Getreideernte von 2,96 Mill. t, die nicht nur die vorhergehende (2,80 Mill. t) um 6 % übertraf, sondern sogar um gut ein Fünftel über dem Durchschnitt der vorhergehenden sechs Jahre lag. Allein 1,91 Mill. t oder 65 % der Getreideernte waren Weizen und 0,25 Mill. t entfielen auf die zweite Brotgetreideart Roggen. Damit war mit 2,16 Mill. t das Aufkommen an Brotgetreide um 3 % größer als im Jahr 2000. Bedingt durch die Ausweitung der Triticale- und Haferflächen stieg das Aufkommen an Futtergetreide sogar um 12 % auf 0,80 Mill. t. Am Jahresende 2001 befanden sich 35 % der Weizenernte und ein Viertel der Wintergerstenernte in der Hand der Landwirte, vor allem in den Marktf Fruchtbetrieben der Marsch und des Hügellandes. Roggen, Triticale und Sommergerste waren bereits zu mehr als 90 % auf den Betrieben verbraucht oder an den Handel abgesetzt, wozu Futterbaubetriebe der Geest auf Grund geringerer Trocknungs- und Lagermöglichkeiten verbreitet unmittelbar während der Ernte gezwungen sind.

Mit gut 41 dt/ha übertraf der Raps den im Jahre 1999 (39,7 dt/ha) erzielten Spitzenertrag. Durch die außerdem ausgeweitete Anbaufläche stieg die Erntemenge an Raps und Rüben um 5 % gegenüber dem Vorjahr und um ein Siebentel gegenüber dem mehrjährigen Mittel auf 0,37 Mill. t. Bei den Hülsenfrüchten waren die Hektarerträge der flächenmäßig dominierenden Futtererbsen mit 42 dt/ha zwar höher als im Vorjahr, erreichten aber nicht das Ertragsniveau der Ackerbohnen (52 dt/ha).

Die Ertragsbildung der Hackfrüchte war durch eine späte Frühjahrsbestellung und eine wachstumshemmende Witterung im Frühsommer, aber nachhaltiges Wachstum bis in den Spätherbst geprägt. Dadurch wurden zwar nicht die hohen Vorjahreserträge erreicht, aber die mehrjährigen Durchschnittswerte übertroffen. Mit 538 dt/ha konnten zum dritten Mal nacheinander mehr als 50 Tonnen Zuckerrüben je Hektar (2000: 555 dt/ha, 1999: 544 dt/ha) bei einem Zuckergehalt von jeweils mehr als 17 % geerntet werden, was einer Erzeugung von brutto über 9 Tonnen

Zucker pro ha Anbaufläche entsprach. Auf Grund der rückläufigen Anbaufläche und Hektarerträge verringerte sich die Zuckerrübenenernte um 5 % auf 715 000 t. Demgegenüber stieg die Kartoffelernte trotz geringerer Hektarerträge durch die Flächenausweitung auf 218 000 t leicht an. Am Jahresende 2001 lagerten knapp die Hälfte der Kartoffeln in landwirtschaftlichen Betrieben; dabei waren die Lagerbestände bei den Erzeugern von Pflanzgut – durch den üblichen Hauptabsatz im Frühjahr bedingt – erheblich größer als bei denen von Konsumware.

Die für leichtere Standorte günstige Niederschlagsverteilung sowie eine insgesamt lange Vegetationszeit bedingten im Landesmittel überdurchschnittlich hohe Rauhfuttererträge auf dem Dauergrünland und im Ackerfutterbau. Bezogen auf die Trockensubstanz des Erntegutes war die Ertragsleistung des Silomaises jedoch um etwa ein Viertel höher als die der Feldgras- und Grünlandflächen. Die gesamte Futterernte war um gut ein Zehntel größer als im Vorjahr.

Im Erwerbsgemüsebau übertrafen die Erträge der frühen Gemüsearten überwiegend das mehrjährige Mittel. Beim Spargel war die Erntephase durch die kühle Witterung im April und ab Ende Mai sehr kurz, sodass mit 35 dt/ha der Höchstertag des Vorjahres (37 dt/ha) nicht erreicht wurde. Die Flächenausweitung ließ die Erntemenge jedoch auf über 1 Mill. kg leicht ansteigen, wodurch rechnerisch 350 kg Spargel pro Einwohner des Landes erzeugt wurden. Nach einem sehr nasskalten September mit stark übernässen Böden und dadurch bedingt erhöhtem Schädlings- und Krankheitsbefall blieben die Erträge des Kopfkohls um 6 % unter denen des Vorjahres und um 11 % unter den Spitzenerträgen des Jahres 1999. Demgegenüber ließ ein milder, trockener Oktober das Ertragsniveau der Möhren in Jahresfrist nochmals erheblich ansteigen. Bei nahezu unveränderter Anbaufläche war die Erntemenge um knapp ein Sechstel größer als im Vorjahr.

Im Marktbobstbau wurden – mit Ausnahme der Kirschen und Erdbeeren – nicht die Erntemengen des Vorjahres erzielt. Mit 250 dt/ha lagen die Apfelerträge um ein Viertel unter denen von 2000 (332 dt/ha), sie waren dennoch die bisher dritthöchsten im Lande. Als Folge der in den 90er Jahren über den Obstbauberatungsring landesweit erstellten Frostschutzberechnungsanlagen übertrafen die Hektarerträge im sechsten Jahr nacheinander die Marke von 200 dt. Nach dem außergewöhnlich ertragreichen Vorjahr wiesen verschiedene Apfelsorten wie Boskop und Elstar einen erheblich geringeren Fruchtansatz auf. Außerdem verursachten Hagelschauer Mitte Juli starke Schäden in den Apfelanlagen der Haseldorfer Elbmarsch. Auf einer Anbaufläche im Lande von 677 ha wurden insgesamt 170 000 dt Äpfel geerntet, darunter allein 100 000 dt in dem Naturraum „Elbmarsch“ mit seinen

für den Marktbobstbau günstigen Boden- und Klimaverhältnissen. Nahezu drei Zehntel der Gesamternte lieferte die an das humide Klima Schleswig-Holsteins angepasste Sorte Holsteiner Cox. Bezogen auf die Bevölkerung des Landes entspricht die Apfelernte einer Menge von 5 kg pro Einwohner. Die Sauerkirschen, zweitstärkste Baumobstart in Schleswig-Holstein, übertrafen mit gut 100 dt/ha das vorjährige Ertragsniveau um gut ein Fünftel. Auf einer Fläche von 122 ha wurden gut 12 000 dt Sauerkirschen geerntet. Beim Beerenobst erbrachten die Erdbeeren – nach einer geringen Auswinterung, einem optimalen Blühverlauf, aber verzögerte Abreife – einen Rekordertag von über 120 dt/ha. Durch die gleichzeitig erheblich ausgeweitete Anbaufläche überstieg die Erntemenge – bei gleichzeitig guter Fruchtqualität – erstmals die Marke von 100 000 dt.

Tierbestände und tierische Erzeugung

Im Mai 2001 wurden die Viehbestände in einer „Integrierten Erhebung“ gemeinsam mit der Bodennutzung und der Agrarstruktur erfasst. Gemäß einer zweijährigen Periodizität erfolgte die Viehbestandserhebung im Berichtsjahr allgemein, im Vorjahr repräsentativ. Damit verbunden ist außerdem, dass in den geraden (Repräsentativ)-Jahren nur die Bestände an Rindern, Schweinen und Schafen und in den ungeraden (Total)-Jahren darüber hinaus auch die Bestände an Pferden und Wirtschaftsgeflügel ermittelt werden. In jährlichen repräsentativen Viehzwischenzählungen werden auch im November die Bestände an Rindern und Schweinen gezählt.

Am 3. Mai 2001 hielten die landwirtschaftlichen Betriebe in Schleswig-Holstein 1,32 Mill. Rinder, 1,38 Mill. Schweine, 2,89 Mill. Stück Geflügel, 366 000 Schafe und 51 000 Pferde. Am 3. November 2001 beliefen sich die Viehbestände auf 1,29 Mill. Rinder und ebenfalls 1,38 Mill. Schweine.

Der Rinderbestand war im Mai 2001 entgegen dem langjährigen Trend um 20 000 Tiere oder 2 % größer als vor Jahresfrist. Dabei war die Zahl der Kälber und der weiblichen Nachzucht (unter 2 Jahre) kleiner als im Vorjahr. Demgegenüber erhöhte sich die Zahl der Ammen- und Mutterkühe in Jahresfrist, ebenso die Zahl der Milchkühe und die der Zucht- und Nutzfärsen (2 Jahre und älter). Auch die Bestände an Schlachtfärsen und Schlachtkühen sowie der männlichen Rinder (ab 1/2 Jahr alt) waren größer als im Mai 2000. In den Bestandsveränderungen der Milchkühe und Färsen sowie der Schlacht- und Mastrinder spiegelten sich die Absatzschwierigkeiten und Transportbeschränkungen aufgrund der BSE- und MKS-Krise in den Winter- und Frühjahrsmonaten wider. Die geringere Zahl an Kälbern und an weiblicher Nachzucht (unter 2 Jahre) folgt dem langfristigen Trend eines

– auf Grund steigender Milchleistungen, aber gleichbleibender Milchgarantiemenge – rückläufigen Milchviehbestandes.

Im November des Berichtsjahres war der Bestand an Rindern insgesamt um 9 000 Tiere oder 1 % geringer als im November 2000, d. h. der letzten Viehbestandserhebung vor Ausbruch der BSE-Krise (24. November 2000). Die Zahl der Milchkühe ging dabei um 2 000 Tiere oder 1 % zurück und auch die für die Reproduktion des Rinderbestandes erforderlichen Zucht- und Nutzfärsen (ab 1 Jahr alt) war um 3 % geringer als vor Jahresfrist. Dementsprechend nahm auch der Bestand an Kälbern und Jungrindern (unter 1 Jahr alt) um 2 % ab. Dagegen war die Zahl der Schlachtrinder insgesamt (Bullen, Ochsen, Schlachtfärsen und Schlachtkühe, ab 1 Jahr alt) um 8 % oder 13 000 Tiere höher. Von dieser Zunahme entfielen 6 000 Tiere auf Bullen im Alter von 1 bis 2 Jahren und 7 000 Tiere auf Schlachtfärsen und Schlachtkühe. Damit hatten die landwirtschaftlichen Betriebe auch im letzten Quartal 2001 absatzbedingt noch einen „Überbestand“ an Schlacht- und Masttieren.

Viehhalter und Viehbestände in Schleswig-Holstein 2001^a

– endgültige Ergebnisse –

	Halter	Tiere	
	1 000	1 000	Veränderung gegenüber 2000 in % ¹
Mai			
Rinder	11,0	1 320	1,8
darunter			
Milchkühe	6,6	362	2,2
Ammen- u. Mutterkühe	2,8	48	3,8
Schafe	2,6	366	1,9
darunter Mutterschafe	2,6	169	- 0,3
Schweine	2,7	1 384	1,2
darunter Zuchtschweine	1,4	128	4,6
Pferde	6,4	51	2,9
Legehennen ²	2,8	1632	- 4,8
November			
Rinder	10,7	1 291	- 0,7
darunter Milchkühe	6,5	373	- 0,5
Schweine	2,7	1 383	1,2
darunter Zuchtschweine	1,4	123	2,5

¹ Pferde und Geflügel: Veränderung gegenüber 1999

² einschließlich Junghennen

^a in landwirtschaftlichen Betrieben

Im Mai 2001 wurden von nur noch knapp 11 000 landwirtschaftlichen Betrieben Rinder, darunter von 6 600 Betrieben noch Milchkühe gehalten. Gegenüber dem gleichen Stichtag des Vorjahres ging die Zahl der Rinder- und Milchkuhhalter um jeweils 2 % zurück. Damit war die Abnahmerate erheblich kleiner als im vorhergehenden Jahr 2000 (Rinderhalter: - 7 %, Milchkuhhalter: - 11 %), aber auch gegenüber dem Jahr 1999 (Rinderhalter: - 5 %, Milchkuhhalter: - 4 %). Dies steht vornehmlich mit einer Änderung der Verkaufsbedingungen von Milchgarantiemengen (Milchquoten) im Zusammenhang. Seit dem 1. April 2000 können Milchquoten nur noch über regional eingerichtete Milchbörsen veräußert werden. Betriebe, die die Aufgabe ihrer Milchkuhhaltungen in absehbarer Zeit beabsichtigten, dürften noch vor dem Termin die Möglichkeit eines freien Verkaufs genutzt haben. Der langjährige Strukturwandel zu weniger, aber größeren rinderhaltenden Betrieben hat sich damit verlangsamt fortgesetzt. Im Landesmittel wurden 120 Rinder und 55 Milchkühe pro Betrieb gehalten, das sind gut doppelt so viele Rinder und nahezu dreimal so viele Milchkühe pro Betrieb wie vor 25 Jahren.

Der Bestand an Schweinen erhöhte sich von Mai 2000 bis Mai 2001 nur geringfügig. Dabei wurde der Bestand an Zuchtsauen um 5 % aufgestockt, wodurch die Zahl der Ferkel (383 000) gegenüber dem Vorjahr um 6 % zunahm. Die Zahl der Mastschweine (ab 50 kg Lebendgewicht), darunter vor allem schwerere Tiere, war mit 574 000 Tieren um 3 % größer als vor Jahresfrist. Dagegen wurden – bei einem nach wie vor übergeordneten Zufuhrbedarf an Ferkeln für die schleswig-holsteinischen Schweinemäster, aber auf Grund der MKS-Gefährdung im Frühjahr 2001 eingeschränkten Tiertransporten – 8 % weniger Jungschweine (299 000) ermittelt.

Im November 2001 war der Gesamtbestand an Schweinen ebenfalls nur geringfügig größer als im Vorjahr. Während sich die Zahl der Mastschweine nicht veränderte, wurde der Bestand an Zuchtsauen leicht aufgestockt. Mit einem durch die BSE-Krise verstärkten Wiederanstieg der Erzeugerpreise für Schweinefleisch hat sich die Strukturentwicklung zu weniger, aber größeren Schweinehaltungen nur unwesentlich fortgesetzt. Im Mai 2001 hielten 2 734 landwirtschaftliche Betriebe Schweine, darunter 1 433 Zuchtschweine (Zuchtsauen, Eber) und 1 948 Mastschweine, wobei sich in 647 Betrieben sowohl Zucht- als auch Mastschweine befanden. Im Landesmittel hielten die Schweinehalter 506 Tiere, die Sauenhalter 89 Zuchtschweine und die Mastschweinehalter 295 Masttiere pro Betrieb. Das sind annähernd siebenmal so viele Tiere wie vor 25 Jahren.

Der Schafbestand entsprach dem Niveau der Vorjahre (2000: 359 000, 1999: 364 000). Auch in den Altersgruppen (169 000 Mutterschafe, 189 000 Scha-

fe unter 1 Jahr alt) waren die Bestandsveränderungen gering. Mit 2 591 Betrieben stabilisierte sich die Zahl der Schafhalter gegenüber dem Vorjahr. Für das Berichtsjahr errechnet sich ein Durchschnittsbestand im Lande von 141 Schafen pro Betrieb, etwa dreimal so viele wie vor 25 Jahren.

Geprägt durch die Zucht sowie den Freizeit- und Turniersport wurden im Mai 2001 in 6 446 landwirtschaftlichen Betrieben 51 230 Pferde gehalten. Nicht erfasst sind darin die in Reitanlagen oder in Kleinhaltungen außerhalb landwirtschaftlicher Betriebe gehaltenen Tiere, sodass sich in den Ergebnissen der Erhebung die tatsächliche Entwicklung der Pferdehaltung im Lande nur zum Teil widerspiegeln kann. Gegenüber der vorhergehenden Erhebung im Mai 1999 erhöhte sich der Pferdebestand – bei rückläufiger Zahl der Pferdehaltungen (- 3 %) – um gut 1 400 Tiere oder 3 %. Während sich der Bestand der Ponys und Kleinpferde (14 430 Tiere) sowie der jüngeren Altersklassen anderer Pferde (8 122 Tiere unter 3 Jahre alt) kaum veränderte, stieg die Zahl der Tiere in der Altersklasse ab 3 Jahren um 5 % auf 28 678.

Die Geflügelhaltung entwickelte sich von Mai 1999 bis Mai 2001 sowohl bei den Legehennen als auch bei allen Mastgeflügelarten rückläufig. So war der Legehennenbestand einschließlich Junghennen mit 1,63 Mill. Tieren um 5 % kleiner als vor zwei Jahren. Die Zahl der Masthühner verringerte sich um 16 % auf 1,15 Mill. Tiere und die der Truthühner sogar um 22 % auf 61 000 Tiere. Der Bestand der Enten belief sich auf 11 000 (- 7 %) und der der Gänse auf 30 000 (- 13 %) Tiere. Wenn auch noch 3 000 landwirtschaftliche Betriebe im Berichtsjahr Legehennen, Junghennen oder Masthühner sowie etwa 1 000 Betriebe Enten, Gänse oder Truthühner hielten, so entfällt der Hauptanteil des Geflügelbestandes auf nur wenige Haltungen. Allein 57 Betriebe, die eine Haltungskapazität von 3 000 und mehr Plätzen hatten, hielten im Mittel des Jahres 2001 1,1 Mill. Legehennen.

Im Jahr 2001 wurden 1,28 Mill. Schweine in- und ausländischer Herkunft in schleswig-holsteinischen Betrieben gewerblich geschlachtet. Die insgesamt nur geringen Lieferungen von Schlachtschweinen aus dem Ausland sanken dabei um drei Viertel auf nunmehr weniger als 1 000 Tiere. Nachdem die Zahl der gewerblichen Schweineschlachtungen bereits im Vorjahr um 6 % abnahm, hat sich der Rückgang im Berichtsjahr (- 13 %) verdoppelt. Da sich die Mastschweinehaltung aber nicht rückläufig entwickelte, wurden vermehrt Tiere in Schlachtstätten benachbarter Bundesländer geliefert. Wie in den beiden Vorjahren betrug das durchschnittliche Schlachtgewicht 90 kg.

Die Zahl der gewerblichen Rinderschlachtungen war mit 383 000 Tieren um 4 % niedriger als im Jahr 2000. Dabei wurden 9 % mehr Bullen, jedoch 6 %

Schlachtungen in Schleswig-Holstein 2001 – vorläufiges Ergebnis –

	2001	Veränderung gegenüber 2000 in %
Schlachtungen ¹ in 1 000	1 809	- 11
Schweine	1 288	- 13
Rinder	385	- 4
davon Ochsen	8	- 1
Bullen	169	9
Kühe	142	- 6
Färsen	65	- 22
Kälber	4	- 69
Schafe	130	- 2
Schlachtmenge ² in t	243 761	- 8
darunter Schweine	115 929	- 13
Rinder	123 136	- 1
Kälber	575	- 68
Schafe	2 548	- 5
Geflügel ³	1 151	13

¹ gewerbliche und Hausschlachtungen von Großvieh in- und ausländischer Herkunft

² gewerbliche Schlachtungen in- und ausländischer Tiere (einschl. Geflügel)

³ geschlachtetes Geflügel in- und ausländischer Herkunft in Geflügelschlachtereien mit einer monatlichen Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

weniger Kühe und sogar 22 % weniger Färsen geschlachtet. Unter dem Einfluss der BSE-Krise wurden im ersten Quartal des Berichtsjahres ein Drittel weniger Rinder geschlachtet als in dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Dabei normalisierte sich die Zahl der Bullenschlachtungen bereits im Januar 2001, während sich die Schlachtungen von Kühen und Färsen etwa halbierten. Bereits ab Mai 2001 stieg die Zahl der Rinderschlachtungen insgesamt wieder auf Vorjahresniveau. Im November und Dezember des gleichen Jahres waren sie sogar erheblich größer als in dem betreffenden Zeitraum des Jahres 2000. Dieser starke Anstieg der Rinderschlachtungen gegenüber dem Vorjahr war darin begründet, dass am 24. November 2000 der erste BSE-Fall in Deutschland festgestellt wurde. Daraufhin hatten die schleswig-holsteinischen Schlachtbetriebe der Landwirtschaft vorerst nur wenige Rinder abgenommen. Tatsächlich entsprach der Umfang der Schlachtungen im November/Dezember 2001 dem Niveau früherer Jahre. Mit nur 270 Tieren sank die Zahl der Schlachtrinder ausländischer Herkunft auf ein Zehntel der vorjährigen Einfuhren. Das durchschnittliche Schlachtgewicht der Rinder erhöhte sich – bedingt durch den vorübergehenden Absatzstau – von 314 kg im Vorjahr auf 322 kg.

Die Schlachtungen von Kälbern nahmen in 2001 um 69 % auf 4 000 Tiere ab. Auch bei diesen erhöhte sich das durchschnittliche Schlachtgewicht auf 142 kg (Vorjahr: 138 kg).

Nach einer Ausweitung der gewerblichen Schafschlachtungen im Vorjahr (+ 4 %) gingen diese im Berichtsjahr wieder um 3 % auf 124 000 zurück. Darunter waren 1 300 Tiere ausländischer Herkunft, ein Drittel mehr als im Jahre 2000. Bei insgesamt stabilen Schafbeständen dürfte nach wie vor ein sehr hoher Anteil des Schlachtieraufkommens in den Lebendversand gegangen sein. Das durchschnittliche Schlachtgewicht lag wie im Vorjahr bei 21 kg.

An den gesamten Schlachtungen hatten die Hausschlachtungen bei den Schafen mit 5 616 geschlachteten Tieren und damit 4 % aller Schlachtungen einen höheren Anteil als bei den Schweinen (4 034 Tiere, 0,3 %), den Rindern (2 006 Tiere, 0,5 %) und Kälbern (62 Tiere, 1,5 %). Während die Hausschlachtungen von Rindern um 7 % und von Schweinen um 8 % in Jahresfrist deutlich zurückgingen, lagen sie bei den Kälbern auf Vorjahresniveau und stiegen bei den Schafen um 26 % erheblich an.

Das gesamte Fleischaufkommen aus gewerblichen Schlachtungen (einschl. Geflügel) hat um 8 % auf 244 000 t weiter abgenommen, wobei den rückläufigen Mengen an Schweine- und Schaffleisch nur geringe Veränderungen beim Rindfleisch und eine Zunahme beim Geflügelfleisch gegenüberstanden. Von den 244 000 t Fleischaufkommen dominierte mit einem Anteil von 50,5 % im Gegensatz zum Vorjahr das Rindfleisch vor dem Schweinefleisch mit 47,6 %, auf Kalb-, Schaf- und Geflügelfleisch entfielen knapp 2 %. Nur zu einem geringen Anteil wird die Bevölkerung Schleswig-Holsteins mit Geflügelfleisch aus hiesiger Schlachtung versorgt, landwirtschaftliche Betriebe im Lande liefern ihr Mast- und Schlachtgeflügel überwiegend an Schlachtereien im benachbarten Niedersachsen.

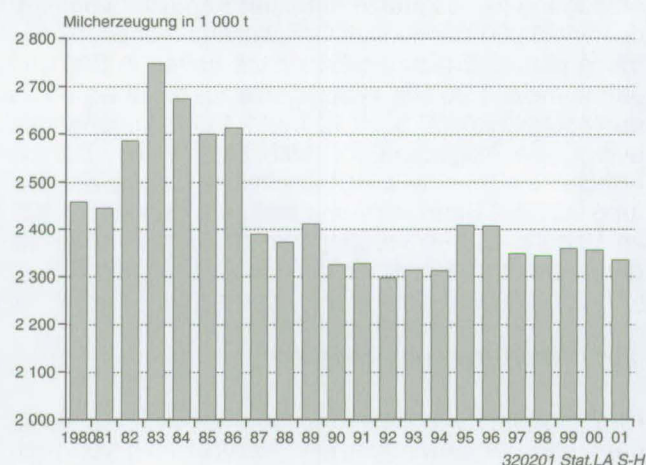
Im Berichtsjahr 2001 verringerte sich der jahresdurchschnittliche Milchkuhbestand um weitere 3 % auf 368 000 Tiere. Die Milcherzeugung nahm um knapp 1 % auf 2,33 Mill. t ab. Daraus errechnet sich ein Jahresmilchertrag je Kuh von im Landesmittel erstmals 6 338 kg, der den bisherigen Spitzenreiter um nochmals 2 % übertrifft. Dabei besteht eine Leistungsspanne von knapp 6 000 kg je Kuh und Jahr in den Landkreisen Steinburg und Dithmarschen bis nahezu 7 000 kg im Landkreis Ostholstein. Dieses ist dadurch bedingt, dass im Südwesten des Landes verbreitet rotbunte Rinder im Doppelnutzungstyp (Milch/Fleisch) und im Osten überwiegend schwarzbunte Tiere gehalten werden, die hinsichtlich des Milchertrages leistungstärker sind. Seit Einführung der Milchquoten im Jahre 1984 hat sich die Milchleis-

Milcherzeugung in Schleswig-Holstein 2001 – endgültiges Ergebnis –

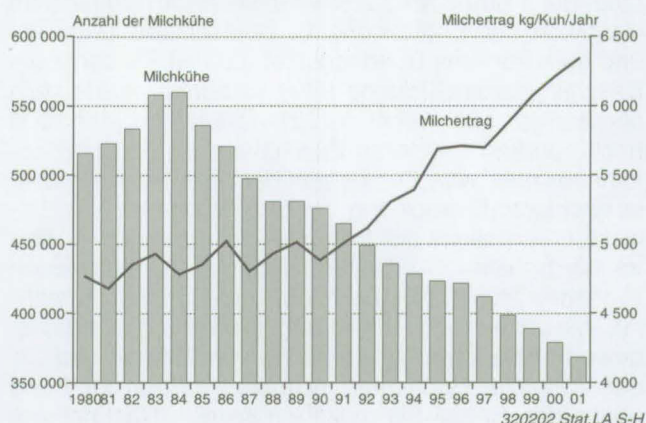
	2001	Veränderung gegenüber 2000 in %
Kühe ¹ in 1 000	368	- 2,8
Milchertrag in kg je Kuh und Jahr	6 338	2,1
Milcherzeugung insgesamt in 1 000 t	2 333	- 0,8
darunter an Meiereien und Händler in 1 000 t	2 252	- 0,7
in % der Erzeugung	96,5	x

¹ Durchschnitt der November-Viehzählungen 2000 und 2001 (je zur Hälfte) sowie der Mai-Viehzählung 2001

Jährliche Milcherzeugung in Schleswig-Holstein 1980 bis 2001



Anzahl der Milchkuhe¹ und durchschnittlicher Milchertrag je Kuh und Jahr in Schleswig-Holstein 1980 bis 2001



¹ Durchschnitt aus den Dezember- bzw. November-Viehzählungen des Nennjahres und des vorherigen Jahres

tung der Kühe von damals 4 780 kg um ein Drittel erhöht, was einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von 1,7 % entspricht. Bei einer während dieses Zeitraumes rückläufigen Milcherzeugung um 13 % im Land hat die Zahl der Milchkühe (1984: 559 000) um 34 % abgenommen, und zwar im Mittel um 2,4 % pro Jahr. Die Milchkuhhalter Schleswig-Holsteins lieferten 2,25 Mill. t oder 96,5 % der insgesamt erzeugten Milch an Meiereien zur weiteren Verarbeitung, und zwar zum größten Teil an Meiereien in Schleswig-Holstein (67 %), aber auch an Meiereien in Niedersachsen (21 %) und Mecklenburg-Vorpommern (12 %). 52 % der Jahresanlieferung entfielen auf das erste Halbjahr und 48 % auf das zweite Halbjahr 2001. Von der auf den landwirtschaftlichen Betrieben verwendeten Milch (81 000 t) wurden 66 000 t verfüttert, 3 000 t auf den Betrieben, vor allem in Hofkäsereien, verarbeitet und 12 000 t frisch verbraucht oder zum weiteren Verbrauch abgegeben.

Monatlich wird der Legehennenbestand und die Eierzeugung in Beständen mit einer Kapazität von mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen erhoben. 57 Betriebe dieses Erfassungsbereiches hatten in 2001 im Jahresmittel 1,26 Mill. Haltungsplätze, diese waren zu durchschnittlich 87 %, d. h. mit 1,1 Mill. Legehennen belegt, die insgesamt 321 Mill. Eier legten. Daraus errechnet sich eine durchschnittliche Jahreslegeleistung von 289 Eiern je Henne und Jahr gegenüber 285 im Vorjahr. In den vergangenen 10 Jahren stieg die durchschnittliche Legeleistung um 21 Eier oder 8 %.

Verarbeitendes Gewerbe

Im Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich des Bergbaus und der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden) Schleswig-Holsteins kam es, nachdem im Vorjahr ein leichtes Plus festgestellt werden konnte, im Jahr 2001 wie in den Jahren seit 1992 wieder zu einem Beschäftigtenabbau. In den Betrieben waren im Jahresdurchschnitt rund 139 300 Personen tätig, gut 1 600 oder 1,2 % weniger als im Vorjahr. Im Vergleich zur Entwicklung in Deutschland (+ 0,2 %) und dem früheren Bundesgebiet (0,0 %) fiel damit die Beschäftigtenentwicklung 2001 in Schleswig-Holstein ungünstiger aus, wobei die Entwicklung im Jahr 2000 noch von leicht höheren Zuwächsen als im Bund gekennzeichnet war. Die gegenüber dem Bundesgebiet schlechtere Entwicklung in Schleswig-Holstein bewirkten vor allem die Personalreduzierungen in den im nördlichsten Bundesland recht stark vertretenen Branchen Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik, Maschinenbau, Ernährungsgewerbe sowie Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden. Die hier genannten Branchen haben im Bund sogar per Saldo Personal eingestellt (Nachrichtentechnik und Maschinenbau) oder in geringerem Maße abgebaut.

Diesen Rückgängen standen nennenswertere Personalausweitungen vor allem im Bereich der Herstellung von Metallerzeugnissen, der Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung sowie den Herstellern von Kunststoffwaren gegenüber, die zwar auch im Bundesgebiet ihren Personalbestand ausweiten konnten, allerdings in geringerem Maße als im nördlichsten Bundesland. Insgesamt betrachtet wurden jedoch die positiven Tendenzen in den oben genannten sowie einigen weiteren, hier nicht erwähnten Wirtschaftsabteilungen durch Branchen mit Personalabbau überkompensiert.

Das Verarbeitende Gewerbe Schleswig-Holsteins verfehlte 2001 erstmals seit 1996 wieder das Umsatzergebnis des Vorjahres. Der Umsatz blieb um 0,7 % unter dem Wert des Jahres 2000, wobei der Rückgang beim Inlandsgeschäft mit 0,8 % geringfügig stärker ausfiel als beim Export (- 0,5 %). Im Gegensatz zu den beiden Vorjahren, als der Auslandsabsatz deutlich stärker als die Inlandsumsätze gestiegen war und damit die konjunkturellen Impulse primär vom Export ausgingen, hat das Geschäft mit der Auslandskundschaft im Berichtsjahr keine stützende Wirkung gehabt. Durch den im Vergleich zu den Inlandsumsätzen minimal schwächeren Rückgang der Auslandsumsätze erhöhte sich die Exportquote – das ist der Anteil der Auslandsumsätze an den Gesamtumsätzen – geringfügig um einen zehntel Prozentpunkt auf den neuen Nachkriegsrekordwert von 31,8 %. Auf Grund der Exportzuwächse im Bundesgebiet (+ 5,0 %), hat sich trotz der leichten Erhöhung der schleswig-holsteinischen Exportquote deren Abstand zur bundesdeutschen Quote, die 2001 bei 37,0 % lag, wieder vergrößert. Sowohl die in Schleswig-Holstein schwächere Exportentwicklung als auch die niedrigere Exportquote sind unter anderem auf das deutlich geringere Gewicht oder das fast völlige Fehlen der stark exportorientierten Branchen zurückzuführen. Hierzu zählen die Herstellung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen sowie Herstellung elektronischer Bauelemente (zum Beispiel Computerchips), die im Berichtsjahr von einer guten Exportkonjunktur profitierten. Verursacht wurde die Entwicklung außerdem durch das nur in geringem Maße expandierende Ernährungsgewerbe, das im Vergleich zu Deutschland in Schleswig-Holstein eine größere wirtschaftliche Bedeutung hat. In Schleswig-Holstein wie auch in der Bundesrepublik erzielte das Ernährungsgewerbe (einschließlich Tabakverarbeitung) im Jahre 2001 jeweils rund 12 % seines Gesamtumsatzes durch den Verkauf an ausländische Kunden. Während jedoch im Bundesgebiet nur knapp 11 % des Gesamtumsatzes des Verarbeitenden Gewerbes auf diese Branche entfielen, lag der entsprechende Anteil in Schleswig-Holstein bei 16 %.

Gedämpfte Erwartungen für den weiteren Konjunkturverlauf im Verarbeitenden Gewerbe sind aus dem In-

Grunddaten zur Wirtschaftsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe 2001

– einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten –

Merkmal	Schleswig-Holstein			Deutschland	Früheres Bundesgebiet
	2000	2001			
	absolut		Veränderung in %		
Betriebe ¹	1 494	1 479	- 1,0	0,4	0,2
Beschäftigte ¹	140 983	139 341	- 1,2	0,2	0,0
davon					
Angestellte ²	54 156	53 880	- 0,5	0,9	0,8
Arbeiter	86 827	85 462	- 1,6	- 0,1	- 0,5
Geleistete Arbeiterstunden in Mill.	139	136	- 2,4	- 1,7	- 2,1
Lohn- und Gehaltssumme in Mill. EUR	4 739	4 785	1,0	2,4	2,2
Umsatz in Mill. EUR	28 121	27 933	- 0,7	2,8	2,6
davon					
Inlandsumsatz	19 195	19 047	- 0,8	1,6	1,4
Auslandsumsatz	8 926	8 885	- 0,5	5,0	4,5
Anteil am Umsatz (Exportquote) in %	31,7	31,8	x	37,0	38,2
Auftragseingang ^{3 4}	.	.	- 13,7	- 1,9	- 2,5
davon					
aus dem Inland	.	.	- 0,4	- 2,6	- 3,1
aus dem Ausland	.	.	- 29,0	- 1,2	- 1,8

¹ Jahresdurchschnitt

² einschließlich tätiger Inhaber und mithelfender Familienangehöriger

³ nicht alle Wirtschaftszweige sind meldepflichtig

⁴ Deutschland und früheres Bundesgebiet: Auftragseingangsindex (Wertindex), Originalwert; Schleswig-Holstein: Veränderungsrate des absoluten Auftragseingangs

dikator Auftragseingänge abzuleiten. Deren Wert lag insgesamt in 2001 gegenüber dem Vorjahr vor allem auf Grund des Einbruchs bei den Auslandsorders um 29 % (2000: + 24 %) um fast 14 % unter dem Vorjahreswert. Aber auch die Auftragsvergabe inländischer Kunden, die 2000 noch um 8,8 % gestiegen war, blieb im Berichtsjahr um 0,4 % unter dem Niveau des Vorjahres. Die hohen Minusraten sind allerdings in starkem Maße durch die Entwicklung im Schiffbau beeinflusst worden. Im Gegensatz zu den beiden Vorjahren fiel das Ergebnis der Auftragseingänge diesmal in Schleswig-Holstein schlechter aus als im Bundesgebiet. Übertraf im Jahr 2000 der Zuwachs der gesamten Auftragseingänge in Schleswig-Holstein (+ 15 %) den in Deutschland (+ 13 %), was sowohl auf das im Bundesgebiet geringfügig schwächere Plus bei den Inlandsaufträgen (+ 7,8 %) als auch die etwas geringere Zunahme bei den Auslandsorders (+ 21 %) zurückzuführen war, fiel der bundesdeutsche Rückgang im Jahr 2001 mit 1,9 % merklich schwächer aus als der im nördlichsten Bundesland. Während die Order-

eingänge aus dem Inland in der Gesamtregion sogar etwas kräftiger im Minus lagen (- 2,6 %) als in Schleswig-Holstein, war das insgesamt positivere Gesamtergebnis im Bundesgebiet auf das vergleichsweise geringfügige Minus von 1,2 % bei den Auslandsorders zurückzuführen.

Beschäftigte

Vom Stellenabbau in Schleswig-Holstein um gut 1 600 Arbeitsplätze (- 1,2 %) war die Gruppe der Arbeiter wie in den Vorjahren – mit Ausnahme des Jahres 2000 – erneut stärker betroffen als die der Angestellten. So verringerte sich die Zahl der Arbeiter um fast 1 365 oder 1,6 %, die der Angestellten um 276 oder 0,5 %. Damit stellten die Angestellten 2001 rund 39 % aller Beschäftigten, die Arbeiter rund 61 %. Seit Beginn der 90er Jahre hatte sich der Anteil der Angestellten relativ kontinuierlich von einem Drittel auf 39 % erhöht. Inwieweit für diese Entwicklung neben

Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein 2001

– einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten –

Ausgewählte Wirtschaftsabteilungen und -gruppen HAUPTGRUPPE	Beschäftigte ¹		Umsatz		Export- quote ²
	Anzahl	Verände- rung zum Vorjahr in %	Mill. EUR	Verände- rung zum Vorjahr in %	%
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	19 235	- 1,6	4 486	3,4	12,4
Textil- und Bekleidungsgewerbe	1 361	- 4,8	142	- 6,2	26,7
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	2 385	- 11,5	289	- 8,7	15,9
Papiergewerbe	4 235	1,0	923	- 1,1	33,9
Verlagsgewerbe	2 825	- 3,8	435	- 1,8	2,2
Druckgewerbe	8 337	- 1,2	1 193	- 1,5	14,8
Mineralölverarbeitung	897	- 0,6	1 799	- 7,9	8,5
Chemische Industrie	13 255	1,0	4 028	1,2	36,4
Herstellung von Gummiwaren	1 362	- 4,5	168	- 15,8	38,5
Herstellung von Kunststoffwaren	5 968	3,2	899	- 5,9	38,7
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	5 859	- 5,2	1 006	- 3,0	14,9
Metallerzeugung und -bearbeitung	1 210	13,1	118	6,2	25,9
Herstellung von Metallerzeugnissen	9 210	3,1	1 133	4,3	23,2
Maschinenbau	22 897	- 0,7	3 709	3,2	52,5
H. von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	4 739	5,5	1 129	43,6	13,0
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	6 056	- 8,6	1 953	- 19,6	.
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	12 125	- 1,3	2 035	3,9	47,0
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	4 278	- 5,2	605	- 8,0	28,5
Schiffbau	7 299	- 0,8	839	- 12,9	67,1
H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren u. sonstigen Erzeugnissen	2 536	1,0	290	- 4,7	22,0
VORLEISTUNGSGÜTERPRODUZENTEN	53 081	- 0,3	10 827	- 1,9	26,8
INVESTITIONSGÜTERPRODUZENTEN	51 604	- 1,9	9 298	- 0,9	49,5
GEBRAUCHSGÜTERPRODUZENTEN	4 768	- 0,1	780	- 1,9	39,8
VERBRAUCHSGÜTERPRODUZENTEN	29 888	- 1,6	7 028	1,7	15,3
VERARBEITENDES GEWERBE, BERGBAU, GEWINNUNG VON STEINEN UND ERDEN	139 341	- 1,2	27 933	- 0,7	31,8

¹ Jahresdurchschnitt

² Anteil des Auslandsumsatzes am Umsatz

einem technologischen Strukturwandel auch die zunehmende Umwidmung von Tätigkeitsfeldern, die bisher der Arbeiterrentenversicherung zugerechnet wurden, in Angestelltenverhältnisse eine Rolle spielt, kann aus den vorliegenden Daten nicht abgelesen werden. Verzeichnete im Jahr 2000 noch etwas mehr als die Hälfte der Wirtschaftsabteilungen einen Beschäftigten-

zuwachs, so konnten dies im Berichtsjahr nur noch gut ein Viertel der Wirtschaftsabteilungen vermelden, es überwogen 2001 also die Branchen mit Stellenabbau. Sorgenkind war dabei der Bereich Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik, zu dem unter anderem auch die Herstellung von Schnurlostelefonen und Handys rechnet, und zwar als Folge der allgemeinen

Nachfrageflaute auf dem Markt für diese Produkte. Nachdem die Firmen dieses Wirtschaftsbereichs ihren Personalbestand 2000 noch um 11 % ausgeweitet hatten, kam es 2001 zu einem jahresdurchschnittlichen Beschäftigtenabbau um 570 Stellen oder 8,6 %. Auch die beiden beschäftigungsstärksten Wirtschaftsabteilungen Maschinenbau und Ernährungsgewerbe (einschließlich Tabakverarbeitung) reduzierten erneut ihren Personalbestand. Allerdings fiel der Stellenabbau im Maschinenbau, der mit nunmehr noch 22 900 Beschäftigten weiterhin beschäftigungsintensivsten Branche des schleswig-holsteinischen Verarbeitenden Gewerbes, mit 170 abgebauten Arbeitsplätzen (- 0,7 %) deutlich schwächer aus als im Vorjahr (- 3,2 %). An zweiter Stelle folgt nach wie vor das Ernährungsgewerbe mit gut 19 200 Beschäftigten, das seinen Personalbestand gegenüber 2000 um 1,6 % reduziert hat, womit der Rückgang stärker ausfiel als 2000 (- 0,6 %). Wie schon in den Vorjahren war auch im Jahr 2001 innerhalb des Ernährungsgewerbes die Getränkeherstellung von einem weiteren Stellenabbau um 12 % betroffen. Seit der Systematikumstellung 1995 verlor die Getränkeherstellung damit über 1 000 Stellen – insbesondere im Bereich der Spirituosenherstellung –, womit sich der damalige Beschäftigtenstand halbiert hat. Auch in der Milchwirtschaft hielt der Personalabbau in 2001 an, mit 5,3 % fiel er kräftiger aus als im Vorjahr (- 4,3 %). Positive Impulse gingen im Ernährungsgewerbe wie in den Vorjahren von der Futtermittelherstellung (+ 4,1 %), der Obst- und Gemüseverarbeitung (+ 2,5 %) und erstmals seit vielen Jahren auch wieder von der Fischverarbeitung (+ 6,4 %) aus. Auch die Hersteller von Backwaren und Dauerbackwaren (+ 2,3 % und + 2,7 %) weiteten ihren Personalbestand aus. Der Beschäftigtenabbau in der Fleischverarbeitung, der in 2000 trotz BSE- und MKS-Diskussion mit einem Plus von 2,4 % vorübergehend gestoppt werden konnte, setzte sich 2001 mit einem Minus von 9,0 % fort. Damit gingen in dieser Branche seit 1995 1 300 Arbeitsplätze (- 30 %) verloren. Noch kräftigere Einbußen als die Fleischverarbeitung verzeichneten zwischen 2000 und 2001 die Schlachthöfe, die ihren Personalbestand um ein Fünftel reduzierten. Offenbar wirkte sich die Verbraucherverunsicherung in Folge der BSE-Krise erst im Jahr 2001 in vollem Umfang aus.

Neben der Nachrichtentechnik, dem Maschinenbau und dem Ernährungsgewerbe verzeichneten noch das Holzgewerbe (- 12 %), der Bereich Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (- 5,2 %) sowie die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (- 5,2 %) absolut und prozentual stärkere Rückgänge. Die beiden erstgenannten Branchen dürften zwar im letzten Jahr in besonderem Maße unter der rückläufigen Bautätigkeit und der damit verbundenen Flaute im Baugewerbe gelitten haben, jedoch sind beide Branchen bereits seit mehreren Jahren durch einen relativ kontinuierlichen Personalab-

bau gekennzeichnet. So arbeiteten im Holzgewerbe im Jahr 2001 mit knapp 2 400 Personen gut 800 Beschäftigte oder rund ein Viertel weniger als 1995. Der Bereich Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden büßte im gleichen Zeitraum fast 1 700 Arbeitsplätze (- 22 %) ein. Im Textil- und Bekleidungsgewerbe wurde im Jahre 2001 der Personalbestand weiter zurückgefahren. Allerdings fiel das Minus mit 4,8 % nicht ganz so hoch aus wie in den letzten beiden Jahren, in denen zusammengekommen allein 30 % der Arbeitsplätze weggefallen waren. In welchem Ausmaß der Strukturwandel in diesem Bereich zu Arbeitsplatzverlusten geführt hat, zeigt ein Blick auf die letzten elf Jahre. Waren 1990 noch rund 3 800 Personen im Textil- und Bekleidungsgewerbe Schleswig-Holsteins tätig, so reduzierte sich diese Zahl bis zum Jahr 2001 um 2 450 Beschäftigte oder 64 %.

Von den beschäftigungsstärksten Branchen konnte 2001 nur die Chemische Industrie per Saldo ein Beschäftigtenplus melden, dass aber mit 130 zusätzlichen Stellen (+ 1,0 %) merklich geringer ausfiel als im Vorjahr (430 zusätzliche Beschäftigte, + 3,4 %). Mit 13 260 Beschäftigten ist die Chemie nach wie vor die drittgrößte Branche in Schleswig-Holstein und eine der beschäftigungsstabilsten des Landes. Seit 1995 ist der Personalbestand in der Chemiebranche relativ kontinuierlich um insgesamt 7,6 % oder 930 Arbeitsplätze ausgeweitet worden. Die prozentual kräftigste Personalaufstockung mit 13 % im Jahr 2001 nahm der von der absoluten Größe her allerdings erheblich kleinere Bereich der Metallerzeugung und -bearbeitung vor. Absolut entsprach dies einer Personalausweitung um 140 Personen. 280 neue Arbeitsplätze (+ 3,1 %) wurden in den Betrieben, die sich mit der Herstellung von Metallerzeugnissen befassen, geschaffen. Positive Impulse für den Arbeitsmarkt gingen auch wieder vom Bereich Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä. aus, der seine Arbeitsplatzzahl um 250 Stellen (+ 5,5 %) ausweitete, was in hohem Maße auf die große Nachfrage nach Windkraftanlagen zurückzuführen ist.

Die Regionen Schleswig-Holsteins waren von der Beschäftigtenentwicklung sehr unterschiedlich betroffen. Neue Arbeitsplätze wurden im Jahr 2001 vor allem in den Landkreisen Pinneberg (+ 280), Rendsburg-Eckernförde (+ 260) sowie Ostholstein (+ 170) geschaffen, was im Landkreis Pinneberg einem prozentualen Plus von 1,7 % und in den beiden anderen Kreisen von 3,4 % und 2,9 % entsprach. Die größten Personalreduzierungen verzeichneten der Hamburger Umlandkreis Stormarn (- 950) und der Kreis Dithmarschen (- 280) sowie die kreisfreien Städte Flensburg (- 830) und Neumünster (- 280), was prozentualen Rückgängen in den beiden Landkreisen von 5,0 % und 4,2 % und in den kreisfreien Städten von 8,5 % und 4,3 % entsprach.

Umsatz

Erstmals seit 1996 wiesen die Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins 2001 gegenüber dem Vorjahr wieder ein Minus (-0,7 %) auf, nachdem die Umsätze in 2000 noch um 3,3 % gestiegen waren. Die verschlechterte Absatzsituation zeigte sich sowohl bei den Inlands- als auch bei den Auslandsumsätzen. So gingen die Umsätze mit inländischen Kunden, die im Jahr 2000 noch um 2,5 % ausgeweitet wurden, um 0,8 % zurück. Im gleichen Zeitraum verringerten sich die Exporte, bei denen 2000 noch ein Plus von 4,9 % verbucht wurde, um 0,5 %. Da die Absatzpreise für Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes im Jahre 2001 um 1,4 % gestiegen waren, ergibt sich in preisbereinigter Rechnung für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt ein Umsatzminus von 2,0 %, das deutlich unter dem minimalen, realen Umsatzzuwachs von 0,1 % in 2000 blieb. Das in Schleswig-Holstein gegenüber der Entwicklung Deutschlands deutlich schwächere Umsatzwachstum – insbesondere im Export – resultiert zum einen aus dem im nördlichsten Bundesland fast völligen Fehlen der Kraftfahrzeughersteller, die im Berichtsjahr stark vom Export profitierten und daher ihren Auslandsumsatz im Bundesgebiet um 11 % steigern konnten. Zum anderen beeinflussten die erheblich schwächeren Absatzergebnisse bei der Mineralölverarbeitung, im Bereich der in Schleswig-Holstein stark von der Handyproduktion geprägten Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik sowie im Schiffbau das insgesamt schwache Umsatzvolumen.

Die mit Abstand kräftigsten positiven Impulse auf die Umsatzentwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein gingen 2001 von dem 44%igen Absatzplus des Bereichs Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung aus. Wie bereits bei der Kommentierung der Beschäftigtenentwicklung angeführt, spielen hier die Absatzerfolge der Windkraftanlagenhersteller eine entscheidende Rolle, wobei das Umsatzwachstum allein aus dem Inlandsgeschäft resultierte. Die umsatzmäßig drittgrößte Wirtschaftsabteilung in Schleswig-Holstein – der Maschinenbau – erzielte nach den rückläufigen Ergebnissen der Jahre 1998 und 1999 und dem Plus von 4,5 % im Jahr 2000 auch im Berichtsjahr wieder einen Umsatzzuwachs, der mit 3,2 % zwar niedriger als im Vorjahr ausfiel, aber über dem positiven Bundesergebnis von +1,8 % lag. Da diese Entwicklung vor allem von dem um 6,3 % gestiegenen Exportgeschäft getragen wurde, erhöhte sich die Exportquote des Maschinenbaus in Schleswig-Holstein auf 52,5 % und lag damit um mehr als drei Prozentpunkte über dem bundesdeutschen Wert.

Nach der kräftigen Umsatzeinbuße von einem Zehntel, die 2000 in der umsatzstärksten Wirtschaftsabteilung des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Hol-

Entwicklung der Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins 1980 bis 2001



stein, dem Ernährungsgewerbe (einschl. Tabakverarbeitung), zu registrieren war, trat im Berichtsjahr eine gewisse Erholung ein. Allerdings reichte der Umsatzzuwachs um 147 Mill. EUR oder 3,4 % bei weitem nicht aus, die in 2000 eingetretene Einbuße von 461 Mill. EUR auszugleichen. Da der Umsatzzuwachs im Ernährungsgewerbe – auch absolut – größer war als der der Chemischen Industrie wuchs der Abstand zur zweitgrößten Branche wieder etwas. Das Ernährungsgewerbe setzte im Jahr 2001 Waren im Wert von 4,486 Mrd. EUR ab, der Umsatz mit Chemieprodukten lag bei 4,028 Mrd. EUR. Das Absatzplus im Ernährungsgewerbe wurde sowohl vom Inlands- als auch vom Auslandsgeschäft getragen. Die für das gesamte Ernährungsgewerbe festgestellte Umsatzausweitung resultierte vor allem aus den Zuwächsen bei den Herstellern von Futtermitteln (+35 %), die damit ihre zweistelligen Einbußen des Vorjahres wieder etwas ausgleichen konnten, der Milchverarbeitung (+4,7 %) und der Fischverarbeitung (+11 %), die beide ebenfalls in 2000 Umsatzrückgänge hatten, sowie der Herstellung von Süßwaren (+15 %). In besonderem Maße negativ auf die Gesamtentwicklung haben sich die Umsatzrückgänge bei den Getränkeherstellern um ein Zehntel und der Schlachthöfe um 15 % ausgewirkt. Während sich damit in der erstgenannten Branche die vor allem durch die starken Einbußen bei den Spirituosenherstellern hervorgerufene rückläufige Tendenz der letzten Jahre weiter fortgesetzt hat, verzeichneten die Schlachthöfe trotz der beginnenden BSE-Krise in 2000 noch ein Umsatzplus von 3,5 %. Offensichtlich hat sich der „BSE-Effekt“ erst in 2001 entscheidend ausgewirkt. Da die Entwicklung in diesen beiden Bereichen in Schleswig-Holstein schlechter ausfiel als in Deutschland, resultiert daraus auch zum überwiegenden Teil das im Vergleich zum Bundesgebiet schwächere Umsatzplus für das gesamte Ernährungsgewerbe. Für Schleswig-Holstein ergab

sich ein Umsatzzuwachs von 3,4 %, während sich in Deutschland insgesamt ein Plus von 4,7 % einstellte.

Die Chemische Industrie als zweitgrößter Bereich des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein weitete auch 2001 – wie in den Vorjahren – ihren Umsatz aus. Allerdings fiel das Plus mit 1,2 % merklich geringer aus als im Vorjahr, als der Umsatz in Folge besonders guter Exportergebnisse um 14 % zulegen konnte. Neben der in Schleswig-Holstein umsatzstärksten Chemiebranche, der pharmazeutischen Industrie, deren Gesamtumsatz mit einem Zuwachs von 2,4 % (Inlandsumsatz: + 1,4 %; Auslandsumsatz: + 6,4 %) ebenfalls deutlich geringer gestiegen war als im Vorjahr, konnten auch die Hersteller chemischer Grundstoffe sowohl auf dem Inlandsmarkt als auch auf den für die schleswig-holsteinischen Betriebe dieser Branche besonders bedeutsamen Auslandsmärkten bei weitem nicht an die im Jahr 2000 erzielte Umsatzsteigerung von einem Viertel anknüpfen. Während der Inlandsumsatz noch um 8,4 % zulegen konnte, wurde beim Export das Vorjahresniveau um 1,0 % verfehlt.

Ebenfalls bedeutsamere positive Auswirkungen auf das Gesamtergebnis im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins hatte der insbesondere von den Exportfolgen der Medizintechnik getragene Umsatzzuwachs von 3,9 % in der Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik. Aufgrund seines Umsatzwachstums und des gleichzeitigen kräftigen Umsatzrückgangs der Nachrichtentechnik verdrängte dieser Bereich – gemessen am Umsatz – die Nachrichtentechnik und schob sich wieder auf den vierten Platz unter allen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein.

Der Schiffbau, der bereits 1999 gegenüber 1998 eine Umsatzeinbuße von 6,5 % und 2000 gegenüber 1999 von 4,3 % zu verzeichnen hatte, verfehlte auch im Berichtsjahr mit einem Rückgang um 13 % das Ergebnis des Vorjahres sehr deutlich. Dabei konnte der Umsatzanstieg von rund einem Zehntel im Inlandsgeschäft den Rückgang um gut ein Fünftel bei den Exporten nicht ausgleichen. Durch diese gegenläufigen Entwicklungen ist die Exportquote im Schiffbau, die binnen zwei Jahren von 39 % auf 74 % gestiegen war, im Jahr 2001 auf 67 % zurückgegangen. Durch den weiteren Umsatzverlust ist der Schiffbau im Ranking der umsatzstärksten Branchen weiter zurückgefallen und liegt jetzt mit seinen 839 Mill. EUR Umsatz hinter Branchen wie dem Druckgewerbe (1,193 Mrd. EUR), der Herstellung von Metallerzeugnissen (1,133 Mrd. EUR) oder dem Bereich Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (1,006 Mrd. EUR). Trotz der kräftigen Umsatzeinbußen wurde der Personalbestand im Schiffbau im Berichtsjahr nur um 0,8 % verringert, was durch personalintensivere Produktionsweisen auf Grund individuellerer Schiffskonstruktionen im Spezialschiffbau oder

einen höheren Anteil von Reparaturarbeiten verursacht sein könnte. Der Umsatzrückgang von 3,0 % in der Wirtschaftsabteilung Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden ist Folge der in Deutschland, speziell aber auch in Schleswig-Holstein schlechten Baukonjunktur, unter der insbesondere die als Zulieferer tätigen Branchen dieser Wirtschaftsabteilung zu leiden hatten.

Auftragseingang

Nachdem es im Jahr 2000 noch zu einem deutlichen Anstieg der Auftragseingänge um 15 % gekommen war, kehrte sich die Entwicklung der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins im Jahr 2001 um. Die zur Auftragseingangsstatistik meldepflichtigen Betriebe, zu denen insbesondere das Ernährungsgewerbe nicht gehört, verzeichneten ein Minus von fast 14 %. Wie im Vorjahr – nur diesmal mit negativem Vorzeichen – ist die Gesamtentwicklung hauptsächlich durch Auftragseingänge aus dem Ausland bestimmt worden. Während sich bei den Inlandsbestellungen das Plus von 8,8 % des Jahres 2000 in ein leichtes Minus von 0,4 % wandelte, kehrte sich der 24%ige Zuwachs der Exportaufträge aus dem Vorjahr im Berichtsjahr in einen Rückgang von 29 % um. Im Gegensatz zum Vorjahr, als vom Schiffbau positive Impulse ausgingen, wurden die kräftigen Einbußen der Auftragseingänge im Jahr 2001 zu einem beträchtlichen Teil von den um 80 % verminderten Ordereingängen im Schiffbau verursacht. Ohne den Schiffbau errechnet verringerten sich die gesamten Auftragseingänge lediglich um 2,2 % (2000 gegenüber 1999: + 4,2 %), wobei die Inlandsaufträge der übrigen Branchen um 0,1 % abnahmen, die Auslandsorders aber statt um 29 % (mit Schiffbau) nur um 5,2 % zurückgingen. Damit zeigt sich, dass der Orderrückgang im Schiffbau weitestgehend auf Einbußen bei den Auslandsaufträgen zurückzuführen war. Hinter den Zahlen für die übrigen Wirtschaftsabteilungen verbirgt sich ein uneinheitliches Bild des Ordereingangs in den einzelnen Branchen.

So setzte sich die bereits im Jahr 2000 speziell von den Auslandsmärkten ausgehende Nachfrageschwäche im Bereich Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik, der bis 1999 mit überproportionalen Raten expandierte, infolge des schwieriger gewordenen Geschäfts auf dem Handymarkt verstärkt fort. Da im Jahr 2001 neben einer weiterhin stark rückläufigen Auslandsnachfrage (- 30 %) auch ein Einbruch um 21 % bei der Inlandsnachfrage, die 2000 mit einem Plus von 35 % noch Nachfrage stützend gewirkt hatte, festzustellen war, ging der gesamte Ordereingang dieser Branche um 26 % (2000 gegenüber 1999: - 8,4 %) zurück. Allerdings weisen die Auftragseingänge seit der Jahresmitte 2001 wieder kräftig nach oben, sodass für 2002 mit einer deutlich verbesserten

Absatzlage zu rechnen ist. Auf Grund starker Einbußen im letzten Quartal des Jahres 2001 fiel das Auftragsplus der – gemessen an den absoluten Auftrags-eingängen – größten Wirtschaftsabteilung Chemie im Berichtsjahr mit 1,4 % erheblich geringer aus als 2000 (+ 11 %). Die zweitgrößte Wirtschaftsabteilung Maschinenbau erhielt im Berichtsjahr 1,2 % mehr Order-eingänge als 2000 und konnte damit ebenfalls nicht an das kräftige Nachfrageplus des Vorjahres von 7,4 % anknüpfen. Im Gegensatz zur Chemischen Industrie verblieben die Zuwächse im Maschinenbau im gesamten Jahresverlauf auf etwa gleichem Niveau. Während sich in der Chemischen Industrie die Veränderung bei den Inlands- und Auslandsauftragseingängen in ähnlichen Größenordnungen bewegten, standen im Maschinenbau den um 3,9 % gestiegenen Auslandsorders um 2,4 % zurückgegangene Bestellungen inländischer Abnehmer gegenüber.

Eine im Vergleich zu den anderen Branchen recht gute, jedoch gegenüber dem Jahr 2000 (+ 15 %) ebenfalls stark abgeschwächte Auftragslage meldeten innerhalb der Wirtschaftsabteilung Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik die Hersteller medizinischer Geräte und orthopädischer Vorrichtungen, deren Auftragseingänge im Jahr 2001 um 5,3 % über dem Vorjahresniveau lagen, wobei in dieser Branche die Impulse im Gegensatz zum Jahr 2000 vor allem vom Auslandsmarkt (+ 29 %) ausgingen, während die inländischen Kunden ihre Nachfrage nach medizintechnischen Erzeugnissen um 12 % reduzierten.

Einen Auftragsboom erlebten vor allem auf Grund der Nachfrage nach Windkraftanlagen die Hersteller von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung. Sie verbuchten hauptsächlich wegen der um über die Hälfte gestiegenen Inlandsnachfrage ein Auftragsplus von 44 %.

Bauen und Wohnen

Bauhauptgewerbe

(Vorbereitende Baustellenarbeiten/Hoch- und Tiefbau)

Um den Konjunkturverlauf im Bauhauptgewerbe darstellen zu können, werden monatlich alle Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten der Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ und „Hoch- und Tiefbau“ nach bestimmten Merkmalen befragt. Mit Hilfe verschiedener Faktoren, die anhand der einmal jährlich zum 30. Juni stattfindenden Totalerhebung zu bilden sind, werden die Ergebnisse der Monatsmelder auf alle Betriebe des Bauhauptgewerbes hochgerechnet und zu einem Jahresergebnis zusammengefasst. Die Indikatoren Auftragseingang und Auftragsbestand werden dagegen nicht hochgerechnet.

Im Durchschnitt der Monate Januar bis Dezember 2001 ergab sich für das Bauhauptgewerbe Schleswig-Holsteins ein Beschäftigtenstand von 31 644 Personen, 9,1 % weniger als im Vorjahr. Damit setzte sich die seit 1996 negative Beschäftigtenentwicklung im Bauhauptgewerbe verstärkt fort. 1996 verringerte sich der Personalbestand gegenüber 1995 um 6,1 %, 1997 gegenüber 1996 um 5,8 %, 1998 wurden im Vergleich zum Vorjahr 5,1 % weniger Personen beschäftigt, 1999 betrug der Rückgang 3,9 % und im Jahr 2000 lag der Personalabbau bei 4,9 %. Auch das in geleisteten Arbeitsstunden gemessene Produktionsvolumen entwickelte sich erneut rückläufig, jedoch fiel der Rückgang deutlich stärker aus als 2000. Nach Auskunft der Betriebe des Bauhauptgewerbes in Schleswig-Holstein wurden auf ihren Baustellen 2001 gut 36 Mill. Stunden gearbeitet, 13 % weniger als ein Jahr davor (2000 gegenüber 1999: - 7,0 %). Wie im Vorjahr ist damit ein Teil der rückläufigen Auftragslage zunächst durch Reduzierung der Arbeitsstunden und nicht durch Personalabbau abgefangen worden. Die drei Teilbereiche des Bauhauptgewerbes waren im Berichtsjahr von der Produktionsentwicklung unterschiedlich betroffen. So wies das Produktionsvolumen im Wohnungsbau – dem an den Arbeitsstunden gemessen größten Bereich – im Berichtsjahr mit 17 % oder entsprechend mit 3,5 Mill. weniger Arbeitsstunden den sowohl relativ als auch absolut stärksten Rückgang auf. Für dieses Segment meldeten die Betriebe im Jahr 2001 nur noch knapp 18 Mill. geleistete Stunden. Ein ähnlich hohes Minus wie im Vorjahr stellte man im öffentlichen und Verkehrsbau fest, hier verringerte sich das Volumen der geleisteten Arbeitsstunden um ein Zehntel auf gut 9 Mill. Stunden. Im Wirtschaftsbau wurden 9 Mill. Stunden gemeldet, 9,0 % weniger als 2000.

Die schleswig-holsteinischen Betriebe des Bauhauptgewerbes erwirtschafteten im Jahre 2001 einen bau-gewerblichen Umsatz von 2,7 Mrd. EUR, das sind 7,1 % weniger als 2000. Für den im Vergleich zum Produktionsvolumen deutlich geringeren Rückgang der Umsätze könnte die Schlussabrechnung von Bauvorhaben aus dem Vorjahr maßgeblich gewesen sein. Von Umsatzeinbußen betroffen waren zwei Bereiche. Im Wohnungsbau verringerten sich die Einnahmen um 15 % auf 1,1 Mrd. EUR. Im öffentlichen und Verkehrsbau gab es eine leichte Einbuße um 0,4 % auf 785 Mill. EUR. Dagegen legten die Umsätze im Wirtschaftsbau sogar geringfügig um 0,4 % auf 738 Mill. EUR zu. Die Betriebe im Bauhauptgewerbe mit 20 und mehr Beschäftigten verbuchten im Jahre 2001 Auftragseingänge in Höhe von knapp 1,3 Mrd. EUR, das sind 11 % weniger als 2000. Auf Grund der damit gegenüber dem Minus von 6,5 % im Jahr 2000 nochmals verschlechterten Auftragslage ist kurzfristig keine bessere Baukonjunktur zu erkennen. Der im Vorjahr noch zweistellig rückläufige Wirtschafts-bau wies im Berichtsjahr als einziger Teilbereich ein

Bauhauptgewerbe in Schleswig-Holstein 2001 (Vorbereitende Baustellenarbeiten/Hoch- und Tiefbau) – monatliche Befragung –

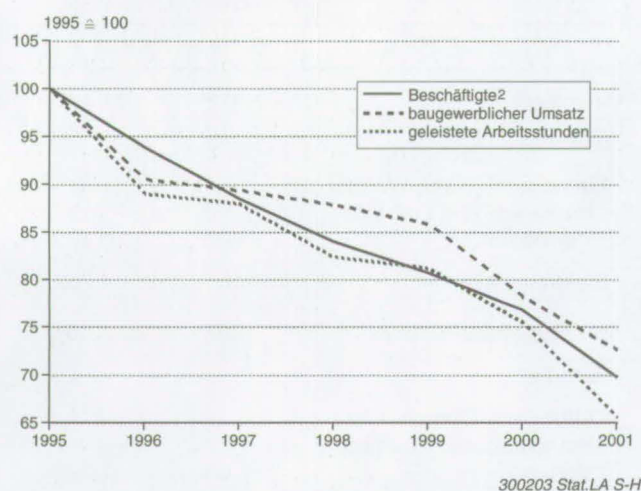
	Wert	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Geleistete Arbeitsstunden ¹ in 1 000	36 167	- 13,2
davon		
Wohnungsbau	17 748	- 16,6
Wirtschaftsbau ²	9 053	- 9,0
öffentl. und Verkehrsbau	9 366	- 10,2
Baugewerbl. Umsatz ¹ in Mill. EUR	2 667	- 7,1
davon		
Wohnungsbau	1 143	- 15,2
Wirtschaftsbau ²	738	0,4
öffentl. und Verkehrsbau	785	- 0,4
Auftragseingänge ³ in Mill. EUR	1 266	- 10,9
Wohnungsbau	346	- 19,6
Wirtschaftsbau ²	435	20,6
öffentl. und Verkehrsbau	484	- 23,1

¹ hochgerechnet auf alle Betriebe

² gewerblicher, industrieller sowie landwirtschaftlicher Bau

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Entwicklung des Bauhauptgewerbes¹ in Schleswig-Holstein 1995 bis 2001



¹ Vorbereitende Baustellenarbeiten/Hoch- und Tiefbau; monatliche Befragung, hochgerechnet auf alle Betriebe

² Jahresdurchschnitt

Plus auf. Die berichtspflichtigen Baufirmen konnten für dieses Segment einen Auftragszuwachs um ein Fünftel auf 435 Mill. EUR melden. Eine gegenläufige Entwicklung war im öffentlichen und Verkehrsbau festzustellen. Nachdem die Auftragseingänge in diesem Bereich im Jahr 2000 noch ein Plus von 5,1 % aufwiesen, reduzierten die Auftraggeber ihr wertmäßiges Auftragsvolumen im Berichtsjahr um 23 % auf 484 Mill. EUR. Ebenfalls stark eingeschränkt wurde infolge des Einbruchs im Einfamilienhausbau die Nachfrage im Wohnungsbau. So registrierte man 2001 in diesem Bereich Auftragsabschlüsse im Umfang von 346 Mill. EUR, das sind gegenüber dem Vorjahr fast ein Fünftel weniger Aufträge. Auch der Auftragsbestand bestätigt die zurückhaltende Nachfrage nach Leistungen des Bauhauptgewerbes. Ende 2001 verfügten die Betriebe in diesem Teil des Bauhauptgewerbes über ein Auftragspolster, das mit einem Volumen von 419 Mill. EUR um 14 % unter dem Stand am Ende des Jahres davor lag.

Neben der monatlichen Erhebung werden einmal im Jahr zum Stichtag 30. Juni alle Betriebe des Hoch- und Tiefbaus sowie der Vorbereitenden Baustellenarbeiten befragt. Die Ergebnisse dieser Totalerhebung vermitteln einen Einblick in die Struktur des Bauhauptgewerbes.

Ende Juni 2001 waren 32 104 Personen in den Betrieben des Bauhauptgewerbes Schleswig-Holsteins beschäftigt, 9,3 % weniger als ein Jahr zuvor. Der Personalabbau vollzog sich dabei in allen Berufsgruppen, mit jedoch unterschiedlicher Intensität. Die zahlenmäßig größte Berufsgruppe bildeten die Facharbeiter, einschließlich der Meister und Poliere. Ihre Zahl ging Ende Juni 2001 gegenüber dem Vorjahr im Vergleich zur Gesamtentwicklung im Bauhauptgewerbe überproportional um knapp 11 % auf 16 503 Personen zurück, das sind aber immer noch 51 % aller Beschäftigten im Bauhauptgewerbe. Innerhalb der Facharbeitergruppe waren diesmal sämtliche Berufsgruppen vom Stellenabbau betroffen. Außer bei der Gruppe der angestelltenversicherungspflichtigen Poliere, Schachtmeister und Meister (- 2,5 %), der Gruppe der Werkpoliere, Bauvorarbeiter, Baumaschinen-Fachmeister und -Vorarbeiter (- 4,4 %) sowie den Maurern (- 8,7 %), deren Personalbestände unterdurchschnittlich verringert wurden, lag der Stellenabbau in den übrigen Gruppen im Bereich zweistelliger Prozentsätze. Die Zahl der Zimmerer, die der übrigen Baufacharbeiter (Dachdecker, Gipser, Isolierer, Maler) sowie die der Baumaschinenführer und geprüften Berufskraftfahrer ging jeweils um 13 % zurück. Bei den Betonbauern wurde der Personalbestand um 14 % reduziert. Außerhalb der Facharbeiterschaft verzeichnete auch die Gruppe der Fachwerker, Baumaschinisten und Arbeiter Arbeitsplatzverluste. Mit 5 084 Personen lag ihre Belegschaft um nahezu 13 % unter dem Beschäftigtenniveau von 2000. Die Gruppe der Betriebsinhaber ein-

schließlich der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen nahm um 4,1 % auf 2 746 Personen ab, die der Angestellten einschließlich der Auszubildenden sank um 5,0 % auf 5 517. Die allgemeine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt des Bauhauptgewerbes schlug auch auf die Ausbildungssituation in der Bauwirtschaft Schleswig-Holsteins durch. Am 30. Juni 2001 zählte man in den Betrieben des Bauhauptgewerbes 2 254 gewerblich Auszubildende, 9,6 % weniger als 2000.

Der Stellenabbau betraf alle Wirtschaftszweige des Bauhauptgewerbes. Im Bereich Vorbereitende Baustellenarbeiten, in dem 2001 etwa 4 % der 32 104 im Bauhauptgewerbe Beschäftigten tätig waren, wurde ein Personalabbau von 11 % festgestellt, im Hoch- und Tiefbau, in dem mit 96 % der weitaus größte Teil der Beschäftigten arbeitete, errechnete sich ein Rückgang von 9,3 %. Innerhalb des Hoch- und Tiefbaus waren die meisten Personen im Hochbau, Brücken- und Tunnelbau tätig. Diese Gruppe der Beschäftigten verringerte sich im Laufe eines Jahres um ein Zehntel auf 14 474 Personen. Der Wirtschaftszweig Dachdeckerei, Abdichtung und Zimmerei beschäftigte 8 328 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, was gegenüber 2000 ebenfalls einer Abnahme der Beschäftigtenzahl um ein Zehntel entspricht, nachdem dieser Bereich im Vorjahr noch eine leichte Zunahme der Beschäftigtenzahl verzeichnen konnte. Etwas geringere Minusraten meldeten die Betriebe des Straßenbaus und des Eisenbahnoberbaus (- 6,8 %) sowie des Spezialbaus und sonstigen Tiefbaus (- 7,4 %). Im erstgenannten Bereich waren am Erhebungstichtag 30. Juni 2001 noch 3 067 Personen beschäftigt, im Spezialbau und sonstigen Tiefbau waren es zum gleichen Zeitpunkt noch 4 840. Im Wasserbau wurden mit 149 Personen 3,9 % weniger beschäftigt als 2000.

Nachdem die Anzahl der bauhauptgewerblichen Betriebe im Jahr 2000 gegenüber 1999 um 2,3 % zurückging, verringerte sich ihre Zahl zum 30. Juni 2001 mit einem Minus von 2,4 % in ähnlicher Größenordnung und erreichte damit einen Stand von 3 294 Betrieben. Da diese Entwicklung vor allem Betriebe mit über 9 Beschäftigten traf, verschob sich die Betriebsgrößenstruktur zu Gunsten der Kleinbetriebe mit bis zu 9 Beschäftigten. 72 % aller Betriebe zählten 2001 zu dieser Größenklasse. Rechnet man zu den Kleinbetrieben auch die mit 19 und weniger Beschäftigten, so erhöht sich der Anteil kleinerer Betriebe auf 90 %. In den Betrieben dieser Größenordnung hatten am 30. Juni 2001 gut 51 % aller Beschäftigten im Bauhauptgewerbe ihren Arbeitsplatz. In den mittleren und großen Betrieben mit einer Mindestbelegschaft von 50 Personen, zu denen am Stichtag 2,6 % der 3 294 Betriebe gehörten, arbeiteten zum gleichen Zeitpunkt knapp 26 % der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe. Am Personalabbau im Bauhauptgewerbe von 3 300 Stellen waren diese Mittel- und Großbetriebe im Berichtsjahr zu 42 % beteiligt.

Ausbaugewerbe

(Bauinstallation/Sonstiges Baugewerbe)

Die Betriebe des Ausbaugewerbes werden sowohl vierteljährlich als auch jährlich zur Berichterstattung herangezogen. Zur vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe werden Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten befragt, zur jährlichen Statistik melden die mit 10 und mehr tätigen Personen. Auf Grund dieses Erhebungskonzepts werden die vielen Kleinbetriebe, die das Ausbaugewerbe noch stärker als das Bauhauptgewerbe prägen, nicht durch diese Statistik belastet. Die Ergebnisse der vierteljährlichen Statistik im Ausbaugewerbe werden im Gegensatz zu der Monatsbefragung im Bauhauptgewerbe nicht hochgerechnet.

Zur vierteljährlich durchgeführten Erhebung bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten waren am Ende des Jahres 290 Betriebe mit 9 810 Beschäftigten berichtspflichtig. Im Berichtsjahr 2001 arbeiteten diese knapp 12,7 Mill. Stunden und erwirtschafteten einen Umsatz von 855 Mill. EUR, wovon fast 95 % durch ausbaugewerbliche Tätigkeiten erzielt wurden. Die restlichen Umsätze entstanden aus Handels- und sonstigen nichtausbaugewerblichen Aktivitäten.

Zur jährlichen Statistik im Ausbaugewerbe wurden am 30. Juni 2001 809 berichtspflichtige Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten gezählt, in denen 16 703 Personen tätig waren, 1,9 % weniger als im Vorjahr. Zwei Drittel von ihnen hatten ihren Arbeitsplatz in einem

Ausbaugewerbe in Schleswig-Holstein am 30.06.2001

(Bauinstallation/sonstiges Baugewerbe)
– Ergebnisse der Jahreserhebung –

Wirtschaftszweig	Betriebe	Beschäftigte
Bauinstallation	512	11 142
darunter		
Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation	302	6 129
Elektroinstallation	186	4 252
Sonstiges Baugewerbe	297	5 561
darunter		
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Raumaussstattung	66	1 228
Maler- und Glasergewerbe	185	3 613
Insgesamt	809	16 703

Wirtschaftszweig der Bauinstallation. 6 129 Personen (- 4,3 %) waren in der Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation beschäftigt, 4 252 Beschäftigte (+ 1,5 %) arbeiteten im Wirtschaftszweig Elektroinstallation. Außerhalb der Bauinstallation, nämlich im sonstigen Baugewerbe, hatten 5 561 Personen (- 2,5 %) ihren Arbeitsplatz, die meisten im Maler- und Glasergerwerbe (3 613) sowie in der Fußboden-, Fliesen-, Plattenlegerei und Raumausstattung (1 228). In den beiden letztgenannten Bereichen betrug der Beschäftigtenabbau zum 30. Juni 2001 gegenüber der Erhebung davor 3,5 % und 2,8 %.

Baugenehmigungen

Im Jahre 2001 genehmigten die Bauämter in Schleswig-Holstein die Errichtung von 7 359 neuen Wohngebäuden mit 10 090 Wohnungen. Damit nahmen die Baugenehmigungen gegenüber 2000 nochmals um 13 % ab, nachdem sie 2000 gegenüber 1999 bereits um ein kräftiges Minus von 30 % zurückgegangen waren. Die Ursache für diese rückläufige Entwicklung lag im Berichtsjahr hauptsächlich im Eigenheimbau, in dem mit 7 507 genehmigten Wohnungen das Vorjahresergebnis um 15 % unterschritten wurde. Gegenüber dem – unter anderem durch die günstigen Zinsverhältnisse begünstigten – Spitzenjahr 1999 lagen die Baugenehmigungen für Wohnungen in Eigenheimen damit sogar um 35 % niedriger. Im Geschosswohnungsbau, das sind Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen, erteilten die Bauämter die Genehmigung für die Errichtung von 2 545 Wohnungen, 8,9 % weniger als im Jahr 2000.

Neben dem geplanten Bau von neuen Wohngebäuden sollten 878 Wohnungen durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden entstehen, ein um 22 % geringeres Genehmigungsvolumen als ein Jahr davor. In Nichtwohngebäuden wurden im Rahmen der Errichtung neuer Gebäude sowie durch Maßnahmen an bestehenden Gebäuden zusammen genommen mit 173 Wohnungen knapp ein Zehntel weniger Einheiten geplant als 2000.

Die Gesamtzahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen betrug in Schleswig-Holstein 2001 11 141, womit die Zahl der 2000 genehmigten Wohnungen um 14 % unterschritten wurde.

Fremdenverkehr

Der Markt für einen Urlaub im Land zwischen den Meeren hat sich in den vergangenen Jahren anhaltend gewandelt. Der früher übliche und einzige Jahresurlaub wurde mit der zunehmenden Flexibilisierung der beruflichen Arbeitszeit durch häufigere und kürzere Urlaubsperioden vielfach abgelöst. Das Bu-

Übernachtungen und Verweildauer in Schleswig-Holstein 2001

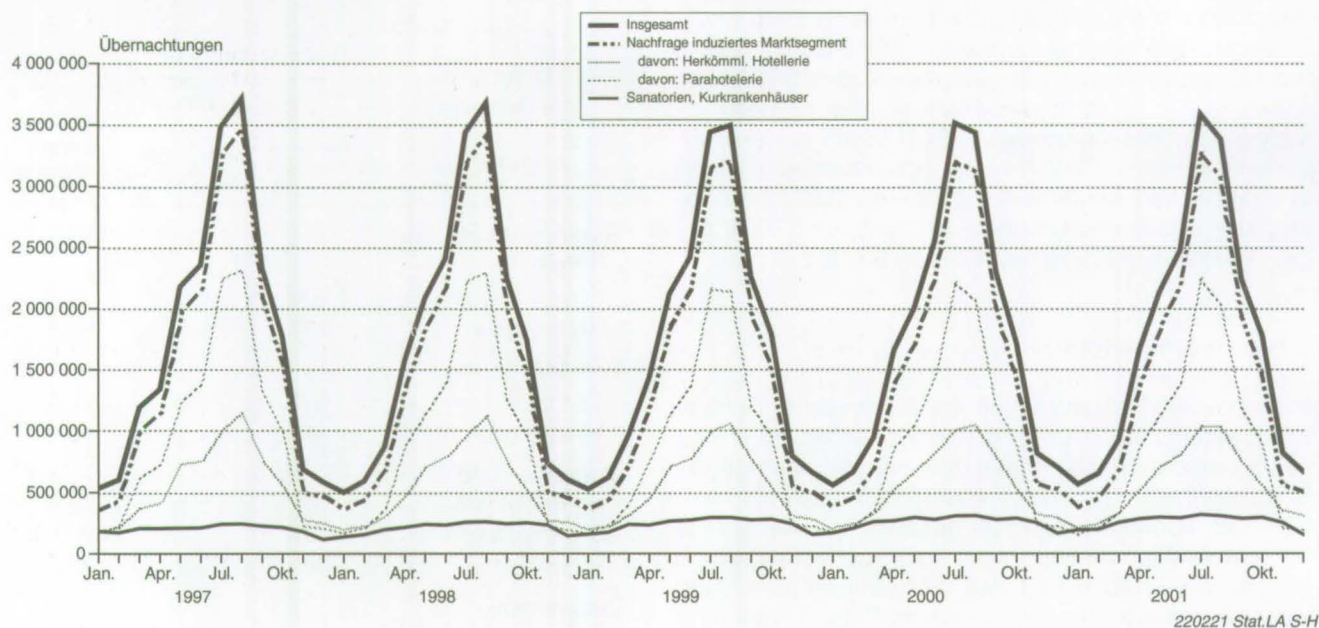
– Betriebe mit 9 und mehr Betten –

Gruppe der Betriebe Saison	Übernachtungen		Durchschnittliche Verweildauer in Tagen
	1 000	Veränderung gegenüber 2000 in %	
Herkömmliche Hotellerie			
Sommersaison	4 906	0,6	2,9
Nebensaison	1 980	2,0	2,1
Parahotellerie			
Sommersaison	8 910	0,2	7,4
Nebensaison	1 993	- 4,5	5,0
Vorsorge- und Reha-Kliniken			
Sommersaison	1 784	2,1	21,5
Nebensaison	1 320	0,6	22,3
Zusammen			
Sommersaison	15 600	0,5	5,3
Nebensaison	5 293	- 0,9	3,8

chungsverhalten der Gäste ist kurzfristiger und spontaner angelegt, und Urlauber sind heute zunehmend globaler ausgerichtet. Sie sind zwischenzeitlich informierte und erfahrene Reisende, die Preis und Leistung kritisch, gegebenenfalls weltweit zu prüfen wissen. Zusätzlich wachsen und schrumpfen Urlaubergruppen demografisch bedingt. Die typische Urlaubergruppe an Nord- und Ostsee, junge Familie mit Kindern, wird kleiner und andere – etwa ältere – Bevölkerungsgruppen mit hohem verfügbarem Einkommen wachsen und suchen ihre angepasste Urlaubsregion. Die Träger des Fremdenverkehrs im Lande passen sich ständig diesen Veränderungen an. Kulturelle Highlights wie museale Sonderausstellungen, Schleswig-Holstein-Musikfestival und jazz baltica oder Gourmet-Wochen in der Nebensaison wie auch angepasste Beauty- und Wellness-Programme werden angeboten und ziehen ihr Publikum an. Traditionelle Zugabe ist ein Land der weiten Horizonte, sofern es nicht von Windmüllern übermäßig verstellt wird.

Neben einem veränderten Urlaubsverhalten hat eine massiv werbende Konkurrenz aus dem In- und Ausland die Fremdenverkehrswirtschaft des Landes schon in den vergangenen Jahren stark bedrängt. Insbesondere verkehrstechnisch erschlossene globale Standortvorteile, die nahezu ganzjährig verfügbare Sonnenurlaube in aller Welt zulassen, bleiben von Urlaubern besonders geschätzt. Dieser Konkurrenz insbesondere aus südlichen, wetterbeständigen

Entwicklung des Übernachtungsaufkommens in Schleswig-Holstein 1997 bis 2000 nach der Betriebsart – Betriebe mit 9 und mehr Betten –



Urlaubsregionen haben sich die professionellen heimischen Anbieter von gastgewerblichen Leistungen gestellt. Nach Anpassung der Angebote in Art, Qualität und Leistungsbreite setzt die Fremdenverkehrswirtschaft des Landes weiterhin auf den hier dominierenden Sommerurlaub an der Küste, auf den Inseln oder im eiszeitlich geformten reizvollen Binnenland. Die unabhängig von der Jahreszeit attraktiven natürlichen Standortvorteile des Landes vermögen zunehmend auch Gästegruppen in der Nebensaison anzuziehen. Dieser Umstand ist unerlässlich, will Schleswig-Holstein am Wachstum des Tourismus teilhaben. Eine meteorologische Hilfestellung ist dabei stets willkommen.

Vorsorge- und Rehabilitations-Kliniken

Das Angebot an Übernachtungen im Lande wird bekanntlich von unterschiedlichen Gruppen nachfragen der Gäste genutzt. Eine spezielle Gruppe nutzt Vorsorge- und Rehabilitations-Kliniken seit vier Jahren wieder verstärkt, nachdem erstmals seit 1997 durch Einsparungen im Gesundheitswesen die Vorsorge- und Reha-Kliniken von einer einschneidend rückläufigen Entwicklung ihrer Gäste- und Übernachtungszahlen betroffen waren. Ihr Übernachtungsaufkommen, das sie noch 1996 erzielt hatten, schmolz 1997 existenzbedrohlich um beachtliche 23 % ab. Die Kliniken mussten sich daraufhin einem Verdrängungswettbewerb stellen, aus dem die Klinikträger im Lande insgesamt gestärkt hervorgingen. Seit 1998 hat sich der jähe Einbruch der Aufkommen wieder in eine an-

haltend gegenläufige Entwicklung auch dank aufgestockter Kurmittel der gesetzlichen Rentenversicherung umgekehrt.

Im Jahre 2001 erarbeitete die Sparte erneut einen – wenn auch vergleichsweise bescheidenen – Zuwachs des Übernachtungsaufkommens von 1,5 % zum Vorjahr. Dennoch ist der aktuelle Zuwachs besonders zu würdigen. Mit ihm gelang es nämlich, die Schwelle des Aufkommens wieder zu überschreiten, die 1996, dem Jahr vor den Einsparungen im Gesundheitswesen, bereits erreicht war. Im Berichtsjahr meldeten die Kliniken 0,3 % mehr Übernachtungen als noch 1996. Betrug die durchschnittliche Verweildauer der Patienten und Gäste 1996 noch gut 28 Tage, so hat sie sich infolge der Verkürzung der Kuraufenthalte auf knapp 22 Tage im Jahr 2001 eingependelt.

Die Erfolge der Klinikträger im Land werden besonders deutlich, wenn Bundesergebnisse vergleichend betrachtet werden. So war 2001 bundesweit noch nicht das Übernachtungsaufkommen des Jahres 1996, dem Zeitraum vor der Gesundheitsreform, wieder erreicht. Die Vorsorge- und Reha-Kliniken meldeten noch 5,5 % weniger Übernachtungen als 1996.

Während sich wirtschaftliche Erfolge der Anbieter in diesem Marktsegment überwiegend aus dem Verhalten der Belegungsträger durch Zuweisungen von Patienten und Kurtagen herleiten, sind die Ergebnisse bei anderen Anbietern von Beherbergungsleistungen durch Urlaubsverhalten und touristische Nachfrage bestimmt.

Nachfrage induzierter Tourismus

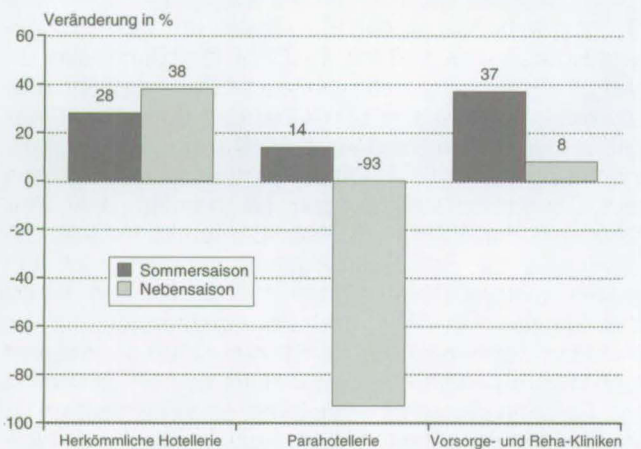
In diesem von Eigennachfrage induzierten Marktsegment hat sich das Gästeaufkommen gegenüber 2000 insgesamt nicht weiterentwickelt (- 0,1 %), auch das Übernachtungsaufkommen stagnierte (- 0,1 %). Dennoch gab es Substitutionseffekte: Bescheidene Aufkommenszuwächse der Hotellerie gingen an anderer Stelle wieder verloren. So konnten etwa die Gastgeber in der herkömmlichen Hotellerie (Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis) 2001 mit abermals behaupteten Gästezahlen (+ 0,9 %) auch wieder Übernachtungszuwächse (+ 1,0 %) gegenüber 2000 erzielen. Rückläufige Übernachtungen (- 0,7 %) meldeten dagegen die Betreiber in der Parahotellerie, die die verbleibende Gruppe von Beherbergungsstätten einschließt. Ihr werden Betriebsarten wie die Erholungs- und Ferienheime, Ferienzentren, Ferienhäuser und -wohnungen sowie die Jugendherbergen zugeordnet.

Haupt- und Nebensaison

Markante Veränderungen spiegeln auch die Ergebnisse für das Sommerhalbjahr, also die Zeit von Mai bis Oktober, einerseits und für die Nebensaison des Jahres andererseits.

So kamen in der Sommersaison 2001 erneut knapp 3,0 Mill. Gäste in den Beherbergungsstätten mit neun und mehr Betten (Betriebe) an und buchten 15,6 Mill. Übernachtungen. Das sind 0,5 % mehr angekommene Gäste (Ankünfte) und 0,5 % mehr Übernachtungen. Die durchschnittliche Verweildauer verharrete nach 5,5 dann 5,4 und 5,3 Tagen in den Vorjahren

Veränderung des Übernachtungsaufkommens in der Sommer- und Nebensaison 2001 zur entsprechenden Vorjahressaison nach der Betriebsart



220222 Stat.LA S-H

jetzt erneut bei 5,3 Tage. Damit scheint der Trend – es wird häufiger und kürzer nach Schleswig-Holstein gereist – zu verschärfen. In der Nebensaison kommen naturgemäß weniger Gäste in den Beherbergungsstätten an als in der Sommersaison. Knapp 1,4 Mill. Gäste buchten in der Nebensaison 2001 5,3 Mill. Übernachtungen. Das sind 0,9 % weniger angekommene Gäste, die auch weniger Übernachtungen (- 0,9 %) buchten als noch in der Nebensaison des Jahres 2000. Die durchschnittliche Verweildauer blieb mit 3,8 Tagen wie in den Vorjahren weiter unverändert.

Saison bei Vorsorge- und Rehabilitations-Kliniken

Stabilisierend auf den Vorjahresvergleich der Nebensaison hat der wieder wachsende Markt für Leistungen in den Vorsorge- und Reha-Kliniken eingewirkt, da gerade sie traditionell in der Nebensaison ein großes Übernachtungsaufkommen stellen. Dies ergibt sich aus der betriebswirtschaftlichen Notwendigkeit, diese personalintensiven Einrichtungen mit hoher ganzjähriger Auslastung zu betreiben. So trugen Vorsorge- und Reha-Kliniken in der Nebensaison 2001 mit 1,3 Mill. Kurtagen einen Anteil von nahezu einem Viertel zum Übernachtungsaufkommen Schleswig-Holsteins bei, während sie in der Sommersaison nur einen Anteil von etwa 11 % stellten. Marktanteil und -wachstum pendelten in der Nebensaison im Reha-Bereich ein Übernachtungsplus von 0,6 % zur Saison des Vorjahres ein.

Einen überdurchschnittlichen Übernachtungszuwachs erbrachte die Sommersaison zusätzlich. Betreiber der Vorsorge- und Reha-Kliniken rechneten knapp 1,8 Mill. Kurtage ab, 2,1 % mehr als in der Sommersaison 2000.

Saison im Nachfrage induzierten Tourismus

Das durch die Nachfrage von Urlaubern und Touristen induzierte Marktsegment ist seit 1995 durch einen Trend abschmelzender Übernachtungsaufkommen geprägt. Im Jahr 2000 hatte sich die Nachfrage von Urlaubern und Touristen zwar wieder leicht befestigt, in 2001 gingen jedoch erneut Aufkommen eher verloren. Das Gästeaufkommen entwickelte sich geringfügig zurück (- 0,1 %), und das Übernachtungsaufkommen verfehlte knapp das Vorjahresergebnis (- 0,1 %). Der Befund scheint einen unbeweglichen Markt zu signalisieren. Dem ist jedoch nicht so, wenn die Betrachtung auf die Saison oder die unterschiedlichen Beherbergungsstätten erweitert wird.

So entwickelte sich etwa das Gäste- und Übernachtungsaufkommen in Sommer- und Nebensaison gegengerichtet in den Betrieben, die von Urlaubern,

Übernachtungen und Verweildauer in Schleswig-Holstein 2001

– Betriebe mit 9 und mehr Betten –

Gruppe prädikatisierter Gemeinden ----- Reisegebiet	Übernachtungen		Durch- schnittliche Verweil- dauer in Tagen
	1 000	Verände- rung gegenüber 2000 in %	
Nordseebäder	6 800	1,5	8,3
Ostseebäder	6 045	- 2,5	5,9
Heilbäder und Kneippkurorte	1 258	3,7	6,0
Erholungsorte	2 139	- 0,9	5,2
Luftkurorte	764	0,9	3,9
Nicht prädikatisierte Gemeinden	3 887	1,6	2,3
darunter Großstädte	1 032	3,2	1,8
Insgesamt	20 893	0,2	4,8
Nordsee	7 718	1,3	7,6
Ostsee	8 734	- 1,5	4,6
Binnenland	4 440	1,4	3,1
darunter Holsteinische Schweiz	815	- 1,6	4,7

Touristen oder Geschäftsleuten aufgesucht werden. Während in der Sommersaison das Übernachtungsaufkommen des Vorjahres noch leicht (+ 0,3 %) übertroffen werden konnte, neigten die Übernachtungszahlen in der Nebensaison zur Schwäche und gaben um 1,4 % binnen Jahresfrist nach.

Es kann nicht am Wetter gelegen haben, dass die Gastgeber, die in der herkömmlichen Hotellerie ihr Geschäftsfeld sehen, 2001 wiederum in der Nebensaison mehr Buchungen für einen Aufenthalt (+ 2,0 %) entgegennehmen konnten. In der Sommersaison selbst gelang ein Zuwachs nur mit bescheidener Rate (+ 0,6 %). Von den 66 000 im Kalenderjahr 2001 mehr fakturierten Übernachtungen wurden damit über die Hälfte (58 %) in der Nebensaison erwirtschaftet.

Anders prägen Aufkommensgewinne in der Sommersaison einerseits und Aufkommensverluste in der Nebensaison andererseits das Marktsegment der Parahotellerie. So meldeten die Betreiber dieser Einrichtungen im touristisch gewichtigen Sommerhalbjahr ein geringfügig erweitertes Übernachtungsvolumen (+ 0,2 %) als noch im Sommer 2000, sie nahmen dann allerdings höhere Einbußen (- 4,5 %) in der Vor- und Nachsaison hin, welche die Zugewinne des Sommer mehr als kompensierten. Die Einbußen ent-

standen markant in Beherbergungsstätten, die als Erholungs- und Ferienheim sowie als Feriencenter geführt werden. Hier haben Umbau- und Renovierungsarbeiten in verschiedenen Einrichtungen die feste Entwicklung des Tourismus vorübergehend umgeleitet. In der Nebensaison Gäste- und Übernachtungsaufkommen zugewonnen haben dagegen die Betreiber von Jugendherbergen sowie die Vermieter von Ferienhäusern und -wohnungen. In der Parahotellerie blieb jeder angekommene Gast im Durchschnitt 7,4 Tage, bevor er wieder abreiste. In der Nebensaison pendelte sich die durchschnittliche Verweildauer je Gast auf 5,0 Tage ein.

Gesamtergebnis im Kalenderjahr

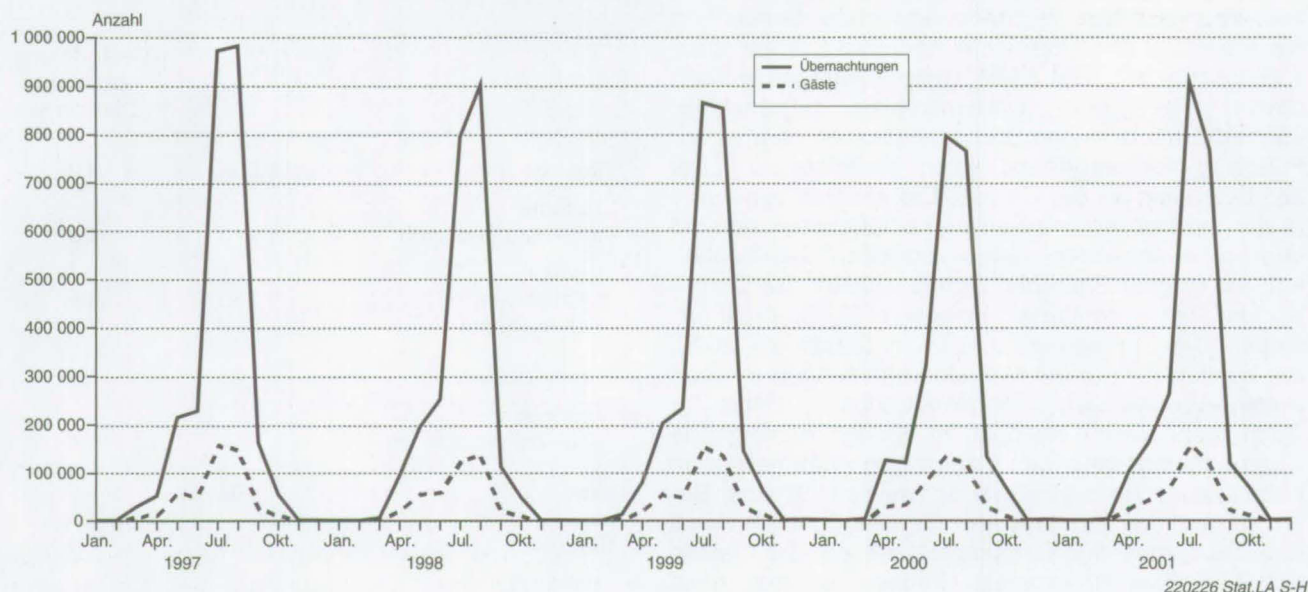
Das Endergebnis für das Kalenderjahr 2001 führt die teilweise gegenläufigen Entwicklungen in der Sommer- und Nebensaison sowie Beherbergungsaufkommen von Einrichtungen mit recht unterschiedlichem Kundenkreis und Leistungsangebot zusammen. Danach wurde in Schleswig-Holstein 2001 bei Übernachtungen der Stand des Vorjahresergebnisses behauptet bzw. nur geringfügig (+ 0,2 %) übertroffen. Der erfreuliche Umstand eines überproportional wachsenden Gästeaufkommens, der die letzten Tourismusjahre noch geschmückt hatte, blieb im Berichtsjahr aus. 2001 suchten nur 0,1 % mehr Übernachtungsgäste Beherbergungsbetriebe auf als ein Jahr zuvor.

Die Betriebe meldeten für das Jahr 2001 20,9 Mill. Übernachtungen, das waren 5,5 % weniger als im bisher besten Fremdenverkehrsjahr 1992, und es waren knapp 33 000 mehr Übernachtungen als 2000. Die Zahl der Gäste in Beherbergungsstätten lag mit über 4,3 Mill. um 0,1 % oder gut 2000 Gästeankünften über dem Stand des Kalenderjahres 2000.

Vergleich mit anderen Bundesländern

Trotz der bescheidenen Zuwächse hat sich Schleswig-Holstein 2001 damit im Chor der Bundesländer vergleichsweise günstig platziert. Sein prozentualer Zuwachs bei Gästen und Übernachtungen war gar größer als der im Bundesgebiet (Gäste: - 0,8 %, Übernachtungen: + 0,1 %). Diese Position geht allerdings auf Sondereinflüsse zurück. So brachte das Jahr 2000 mit der EXPO ein Rekordergebnis im Inlandstourismus für das Bundesgebiet mit den höchsten bisher festgestellten Werten für Gäste und Übernachtungen. Ankünfte und Übernachtungen der im Ausland wohnenden Gäste nahmen 2000 bundesweit gar in zweistelliger Größenordnung binnen Jahresfrist zu. Solch touristischer Höhepunkt und Gästes Schub ist nicht ständig wiederholbar, Anpassungen an die Normalität blieben unvermeidbar. So räumten im Be-

Gäste und Übernachtungen im Durchgangscamping in Schleswig-Holstein 1997 bis 2000



richtsjahr 2001 die von der EXPO besonders begünstigten Flächenländer und Stadtstaaten ihre im EXPO-Jahr eingenommene Spitzenstellung wieder, schrieben negative Zahlen und verhalfen jenen Bundesländern zu höher skalierten Plätzen im Chor der Bundesländer, die von der Weltausstellung touristisch vergleichsweise gering profitiert hatten. Diesem Umstand ist es wohl insbesondere zuzuschreiben, dass Schleswig-Holstein 2001 trotz der gering ausgewiesenen Zuwächse der Beherbergungsleistungen dennoch einen akzeptablen Rang bei Ergebnissen für Bundesländer einnehmen konnte.

Für Mecklenburg-Vorpommern ist die Ausgangssituation vergleichbar. Dort wurden jedoch 2001 markant größere Zuwächse zum Vorjahr erzielt (Gäste: + 6,5 %, Übernachtungen: + 8,3 %). Zwischenzeitlich trennt beide an der Ostsee gelegenen Bundesländer und touristische Konkurrenten ein Aufkommensunterschied von gut 1,1 Mill. Übernachtungen, was hier am ehesten der Übernachtungsanzahl des Monats März entspräche. Noch führt Schleswig-Holstein, auch bleibt es weiterhin das Bundesland mit der längsten durchschnittlichen Verweildauer der Gäste – ein untrügliches Indiz für ein beliebtes Urlaubsland.

Reisegebiete

Zum Übernachtungsaufkommen trugen nicht alle Reisegebiete gleichermaßen bei. Prägend für das Gesamtergebnis ist die Situation an Nord- und Ostsee, da an den Küsten und auf den Inseln nahezu acht von zehn Übernachtungen im Kalenderjahr gebucht werden. Dort ging das Aufkommen geringfügig (- 0,2 %) zurück, die Entwicklung an der See war jedoch wie-

derum unterschiedlich gerichtet (Nordsee: + 1,3 %, Ostsee: - 1,5 %). Betriebe des Binnenlandes haben ihr Übernachtungsergebnis des Vorjahres abermals (+ 1,4 %) aufbessern können. Einrichtungen, sofern sie in der Holsteinischen Schweiz liegen, beherbergten 1,3 % mehr Gäste als im Jahr zuvor, die Übernachtungen waren hingegen rückläufig (- 1,6 %). Getragen wurde daher das Wachstum des Übernachtungsvolumens zwischen den westlichen und östlichen Küstenregionen des Landes daher ausschließlich von Betrieben in den übrigen, nicht in der Holsteinischen Schweiz gelegenen Regionen des Binnenlandes, wo gut 3,6 Mill. Übernachtungen gebucht wurden. Hier stellte sich ein Zuwachs von 2,2 % zum Vorjahr ein. Damit haben Betriebe im Binnenland vom Trend zum Kurzurlaub profitieren können.

Unberücksichtigt blieben bei diesem Befund jene Ankünfte und Übernachtungen in Kleinbetrieben oder Privatquartieren, die weniger als neun Personen gleichzeitig vorübergehend aufnehmen können. Davon gibt es im Land vergleichsweise viele. Sie werden wegen des Aufwandes für Vermieter und erhebende Stellen nicht erfasst. Diese kleineren Beherbergungsstätten, die auch große Teile des Bestandes an Ferienwohnungen und -häuser im Lande betreffen, haben in Schleswig-Holstein traditionell große Bedeutung und wirken insbesondere in der Hauptsaison als Angebotspuffer.

Campingtourismus

Zu den Reisenden und Urlaubern, die in Beherbergungsbetrieben Schleswig-Holsteins schlafen, gesellt sich in Schleswig-Holstein traditionell noch eine große

Zahl von Gästen auf Campingplätzen. So ist für 2001 neben den nahezu 20,9 Mill. Übernachtungen in Beherbergungsstätten mit neun und mehr Betten von weiteren 10,8 Mill. Übernachtungen auf Campingplätzen auszugehen. Gut 8 Mill. Übernachtungen werden davon allein dem Dauercamping zugerechnet. 455 000 Urlaubern und Durchgangscampnern wies der Platzwart vorübergehend einen Stellplatz zu, über 281 000 allein an der Ostsee. Die meisten von ihnen reisten im Hochsommer an und arrangierten sich mit den vorherrschenden meteorologischen Gegebenheiten, mit frischer Brise und Sonnenschein. Die Betreiber der Plätze ermittelten insgesamt 2,1 % mehr Urlauber und Durchgangscamper im Lande als 2000. Sie zahlten für gut 2,4 Mill. Übernachtungen in ihren Zelten, Wohnwagen oder Wohnmobilen, mithin für 2,7 % mehr Nächte als noch im Vorjahr. Ansteigende Übernachtungszahlen im Campinggeschäft gab es in nahezu allen Reisegebieten Schleswig-Holsteins. Bestimmt wird das Ergebnis allerdings maßgeblich durch den Tourismus auf Campingplätzen an der Ostsee (+ 3,3 %). Das Reisegebiet Nordsee, welches nach den Küstenregionen der Ostsee und der Insel Fehmarn ein um etwa zwei Drittel geringeres, jedoch noch umfängliches Segment in diesem regional verteilten Campingmarkt stellt, gewann gleichfalls deutlich (+ 3,6 %).

Verkehr

Kraftfahrzeuge

Der weltweiten Wachstumsschwäche hat sich der Handel mit Kraftfahrzeugen vergleichsweise erfolgreich angepasst. Er konnte seine Exporterlöse von 123 Mrd. EUR im Jahre 2001 um 8,0 % steigern. Hilfreich waren in diesem Zusammenhang verkaufsfördernde Maßnahmen großer Hersteller und Händler auf dem wichtigen amerikanischen Markt, die mit zeitweise günstigen Finanzierungskonditionen die Nachfrage stützten. Auf dem heimischen Binnenmarkt blieb die Nachfrage schwach ausgeprägt. Der Handel mit Kraftfahrzeugen konnte hier sein Vorjahresergebnis nur geringfügig um 0,5 % aufbessern. So ging der Umsatz mit überwiegend gewerblichen Abnehmern in Deutschland (Großhandel: - 3,8 %) zurück, während jener mit privaten Haushalten (Einzelhandel: + 2,4 %) leicht das Vorjahresergebnis übertraf.

Die insgesamt schwache Binnennachfrage prägte auch das Bild der Neuzulassungen und Besitzumschreibungen auf dem deutschen Neuwagen- und Gebrauchtwagenmarkt.

Nachdem schon im Jahr 2000 in Deutschland 10,5 % weniger Kraftfahrzeuge (Kfz) als noch 1999 fabrikneu zum Verkehr zugelassen wurden, waren es im Berichtsjahr 2001 mit nahezu 3,9 Mill. Stück erneut we-

Bestand an Kraftfahrzeugen in Schleswig-Holstein am 1. Januar 2001^a

	Anzahl in 1 000	Veränderung gegenüber 2000 in %
Pkw	1 508	3,2
darunter schadstoffreduziert	1 440	4,5
davon Ottomotor	1 183	3,9
Dieselmotor	257	7,5
Zugmaschinen	72	1,6
darunter Sattelzugmaschinen	7	11,4
Lkw	93	5,8
Krafträder	120	7,4
darunter Leichtkrafträder	18	13,1
Omnibusse	3	- 0,3
Übrige Kraftfahrzeuge	31	4,0
Insgesamt	1 827	3,5
außerdem: Kraftfahrzeuganhänger	201	5,1

^a einschließlich der vorübergehend stillgelegten Fahrzeuge, jedoch ohne Fahrzeuge der Bundeswehr und ohne Fahrzeuge mit Überführungs- oder Ausfuhr-Kennzeichen

niger (- 2,0 %) als im Vorjahr. In Schleswig-Holstein registrierte das Kraftfahrt-Bundesamt – nach einer Abnahme 2000 (- 11,9 %) – nunmehr knapp 1 300 mehr fabrikneu zugelassene Kraftfahrzeuge als noch 2000. Hier wurden 2001 nahezu 119 700 Neufahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen erstmals zum Verkehr zugelassen, das waren 1,1 % mehr als 2000. Darunter befanden sich 84 % Personenkraftwagen (Pkw), 6 % Krafträder und 7 % Lastkraftwagen (Lkw).

Unter fehlenden markttreibenden Anregungen litt auch der Gebrauchtwagenmarkt in Deutschland. So gab es bei den motorbetriebenen Fahrzeugen weniger (- 2,3 %) Umschreibungen als noch 2000. Anhänger gingen dagegen häufiger (+ 1,4 %) auf einen anderen Halter über als noch 2000. In Schleswig-Holstein wechselten gut 306 000 Kraftfahrzeuge den Besitzer, das waren 2,1 % weniger Fahrzeuge als noch 2000. Neben Besitzumschreibungen und Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen bestimmen etwa auch längere Stilllegungen, Ausfuhren von Kraftfahrzeugen und endgültige Außerbetriebsetzungen von Kraftfahrzeugen den Bestand der Kraftfahrzeuge.

Die Anzahl der Kraftfahrzeuge im Lande wächst ständig, auch das Jahr 2001 machte von dieser Regel keine Ausnahme. So wuchs der Bestand an Kraftfahrzeugen mit amtlichem Kennzeichen in Schleswig-Holstein seit Anfang 2000 binnen Jahresfrist um weitere 62 100 Fahrzeuge auf 1,83 Mill. Stück. Der Zuwachs im Jahr 2001 ist mit einer Rate von 3,5 % gegenüber dem Vorjahresbefund doppelt hoch ausgefallen wie 2000. Die Zahl der Kraftfahrzeuganhänger stieg erneut überdurchschnittlich stark um 5,1 %.

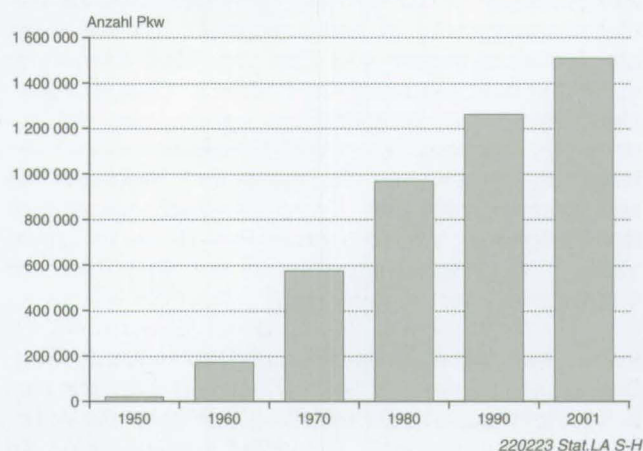
Augenfällig ausgeprägt bleibt in Schleswig-Holstein weiterhin der Bestandszuwachs von Krafträdern. Bei den Leichtkrafträdern geht der Bestandszuwachs auf die im Jahre 1996 geänderte Führerscheinregelung im Rahmen der Harmonisierung in der Europäischen Union zurück, die es auch Inhabern der Führerscheine der Klasse 2, 3 oder 4 unter bestimmten Bedingungen erlaubt, nahezu motorradgleiche 125er Maschinen zu führen. Im gewichtigen Marktsegment der Motorräder über 125 ccm Hubraum hält der Trend zu schweren Maschinen an, um 6,6 % binnen Jahresfrist ist die Zahl der Maschinen hier angewachsen. Auch sind Krafträder schon lange keine reine Männerdomäne mehr. Zwischenzeitlich haben über 17 500 Krafträder in Schleswig-Holstein weibliche Halter. Die Zahl der Halterinnen nahm binnen Jahresfrist um 946 Frauen oder um 5,7 % zu.

Das innere Gefüge des Kraftfahrzeugbestandes ändert sich – wenn überhaupt – nur mittelfristig. So dienten auch 2001 neun von zehn Kraftfahrzeugen mit amtlichem Kennzeichen überwiegend der Personenbeförderung – das sind Krafträder, Busse und insbesondere Personenkraftwagen. 1,51 Mill. Pkw bildeten im Jahre 2001 allein 83 % des gesamten Kfz-Bestandes im Lande.

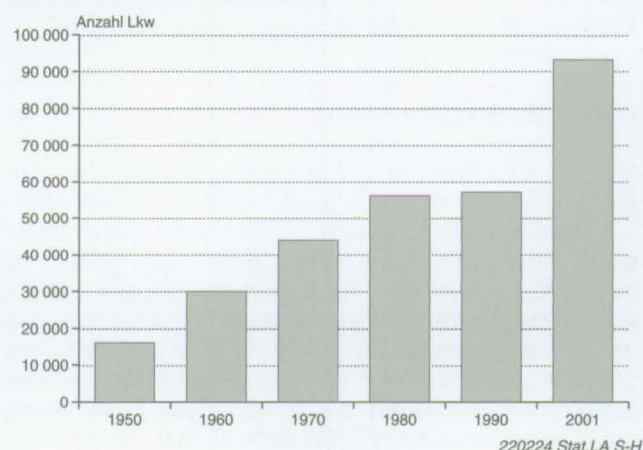
Knapp 11 % der 1,83, Mill. Fahrzeuge in Schleswig-Holstein entfielen im Jahre 2001 auf nunmehr knapp 93 200 Lastkraftwagen, auf gut 71 500 Zugmaschinen, darunter 6 600 Sattelzugmaschinen, und auf 31 100 übrige Kraftfahrzeuge, überwiegend Wohnmobile. 201 500 Kraftfahrzeuganhänger, darunter 71,4 % zur Lastenbeförderung und 12,8 % Wohnwagen, komplettieren im Wesentlichen den Fahrzeugbestand in Schleswig-Holstein. Mit den insgesamt 1,83 Mill. zugelassenen Kraftfahrzeugen – ohne jene der Bundeswehr und ohne die mit Überführungs- oder Ausfuhr-Kennzeichen und abgesehen von den zulassungsfreien Leicht-/Mofas, Mopeds und Mokicks, die nur ein Versicherungskennzeichen tragen – war Anfang 2001 ein Bestand von mehr als 2,03 Mill. Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern in Schleswig-Holstein registriert.

Der Motorisierungsgrad der Bevölkerung Schleswig-Holsteins – vereinfacht nur auf die Pkw bezogen – nahm wie im Vorjahr wiederum zu auf nunmehr 540 Pkw

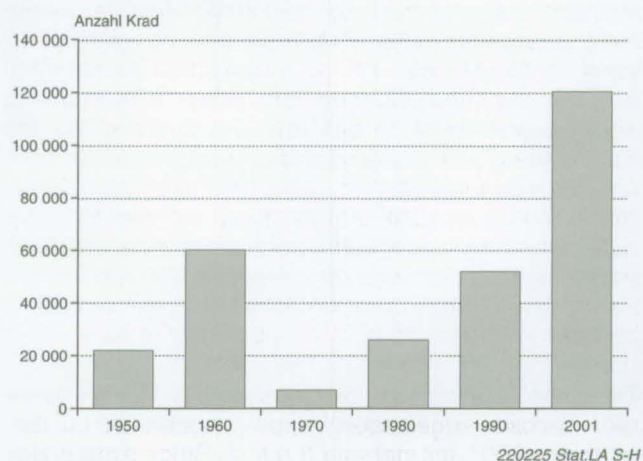
Bestand an Personenkraftwagen in Schleswig-Holstein



Bestand an Lastkraftwagen in Schleswig-Holstein



Bestand an Krafträdern in Schleswig-Holstein



pro 1 000 Einwohner, da die Bevölkerung binnen Jahresfrist weniger stark zunahm (+ 0,4 %) als der Pkw-Bestand (+ 3,2 %). Am geringsten bleibt der Motorisierungsgrad in den kreisfreien Städten – mit Messziffern zwischen 443 Pkw pro 1 000 Einwohner in der Landeshauptstadt Kiel und 513 in Neumünster. Unter den höher motorisierten Landkreisen mit zusammen 564 Pkw pro 1 000 Einwohner führen die Hamburg-Rand-Kreise Segeberg und Stormarn die Motorisierungsskala an. Zwischenzeitlich hat sich im Kreis Segeberg, wo die höchste Pkw-Dichte im Lande vorliegt, der Motorisierungsgrad auf 610 Pkw pro 1 000 Einwohner eingependelt.

Fabrikneue Personenwagen auf Deutschlands Straßen waren in den letzten Jahren fast ausnahmslos schadstoffreduziert. Sie mischten sich unter die Altbestände der ungehindert Schadstoff ausstoßenden Art und verdrängten sie mit der natürlichen Bestandsalterung wie überall auch von Schleswig-Holsteins Straßen. Zwischenzeitlich waren Anfang 2001 von den 1,51 Mill. registrierten Pkw zwischen Nord- und Ostsee 1,44 Mill. Pkw oder 95,5 % als schadstoffreduzierte Fahrzeuge registriert.

Unfälle im Straßenverkehr

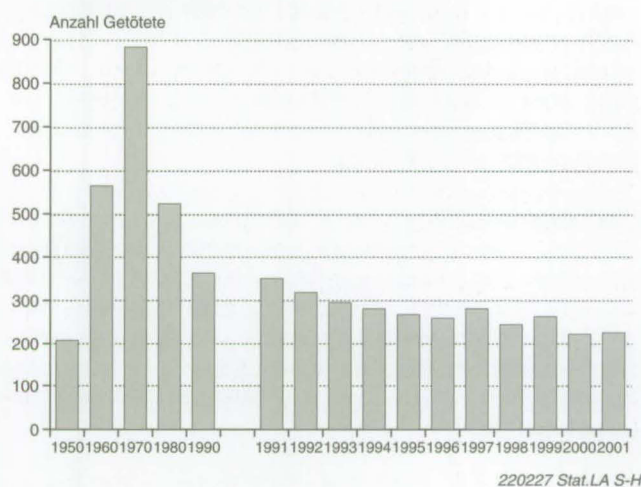
Mit dem Jahr für Jahr aufgestockten Kraftfahrzeugbestand wächst tendenziell auch der Verkehr auf unseren Straßen. Ein Netz von Dauerzählstellen tastet seine Stärke ständig ab. Betreiber dieses Netzes ist die Bundesanstalt für Straßenwesen. Sie gibt – auch auf der Basis einer Kraftstoffverbrauchsrückrechnung – die Jahresfahrleistung auf allen Straßen Deutschlands 2001 mit ca. 615 Mrd. Fahrzeugkilometern an, das entspricht – entgegen der langfristigen Entwicklung und Erwartung – nach 2000 erneut einer Abnahme in Jahresfrist (- 1,3 %). Erstmals seit 1994 ist somit in den letzten beiden Jahren die jährliche Fahrleistung im Kraftfahrzeugverkehr nicht weiter angestiegen. Der aus dem Trend laufende Rückgang wird im Wesentlichen auf die hohen Kraftstoffpreise zurückgeführt, die sich insbesondere auf den PKW-Verkehr dämpfend auswirkten. Die PKW-Fahrleistung ging überdurchschnittlich um 1,9 % zurück. Im Durchschnitt fuhr damit im vergangenen Jahr jeder in Deutschland zugelassene PKW 11 443 km. Die Entwicklung der Fahrleistung war auf Autobahnen und Bundesstraßen erneut gegengerichtet. In zeitlicher Folge um ein weiteres Jahr wuchs die Fahrleistung auf den Bundesautobahnen mit etwa 1,9 % auf nunmehr ca. 209 Mrd. Fahrzeugkilometer an. Die Jahresfahrleistung auf außerörtlichen Bundesstraßen nahm dagegen um 0,7 % ab.

Die hohe Mobilität der Bürgerinnen und Bürger sowie die wachsende Tätigkeit des gewerblichen Güterkraftverkehrs, die sich auch an jährlich wachsenden

Straßenverkehrsunfälle und dabei Verunglückte in Schleswig-Holstein 2001

	2001	Veränderung gegenüber 2000 in %
Unfälle	60 271	+ 0,5
davon mit		
Sachschaden	46 321	+ 1,7
Personenschaden	13 950	- 3,2
Verunglückte	18 521	- 2,2
davon		
Getötete	226	+ 1,3
Verletzte	18 325	- 2,3

Bei Straßenverkehrsunfällen Getötete in Schleswig-Holstein



Fahrzeugbeständen und weiterhin hoher Fahrleistungen nachweisen lässt, vermehrt andererseits latent die Gefahr, in einen Verkehrsunfall verwickelt zu werden und Schäden wie Opfer beklagen zu müssen. Mit über 2,3 Mill. Unfällen war die Polizei in Deutschland 2001 befasst, bei 375 000 Unfällen gab es dabei auch Personenschaden. 6 962 Menschen starben im Straßenverkehr, was der Einwohnerzahl einer Kleinstadt entspricht.

Glücklicherweise hat sich der langfristige Trend rückläufiger Zahlen für Verkehrstote in Deutschland fortgesetzt und den in diesem insgesamt beklagenswerten Zusammenhang noch erfreulichen Umstand erhalten, dass 2001 erneut die niedrigste Zahl von Verkehrstoten ermittelt wurden, die jemals in der Bundesrepublik vorgekommen war.

In Schleswig-Holstein war 1998 die Zahl der im Verkehr Getöteten auf 245 Opfer zurückgedrängt worden, und damit konnte hier ein Stand erreicht werden, der letztmalig vor 1953 ermittelt worden war. Die Unfallentwicklung 1999 unterbrach den Trend rückläufiger Zahlen von Verkehrstoten vorübergehend, und im Jahr 2000 reihte sich die Entwicklung wieder in den langfristig rückläufigen Pfad ein. Nach einer ausgeprägten Rückführung der Opferzahlen im Jahr 2000 um 40 auf 223 im Verkehr getötete Personen, brachte das vergangene Jahr wieder leicht ansteigende Opferzahlen – allerdings auf nunmehr vergleichsweise geringem Ausgangsstand. Die Gesamtzahl der auf Schleswig-Holsteins Straßen 2001 getöteten Verkehrsteilnehmer betrug 226 Verkehrsoffer.

Im Jahre 2001 sind in Deutschland knapp 2,4 Mill. Verkehrsunfälle von der Polizei bearbeitet worden, 11 200 oder 0,5 % mehr Unfälle als ein Jahr zuvor. Auch die hiesige Landespolizei war mit 0,5 % mehr Unfällen befasst als noch 2000, von insgesamt 60 271 Unfällen erhielt sie Kenntnis oder nahm eine Verkehrsunfallanzeige auf. Es ging die Zahl der Unfälle mit Personenschaden (- 3,2 %) zurück, jene der reinen Sachschadensunfälle (+ 1,7 %) nahm dagegen insgesamt leicht zu.

Die Unfälle ohne Verletzte, also solche mit nur reinem Sachschaden (46 321 Unfälle) stellten mehr als Dreiviertel aller Verkehrsunfälle im Jahr 2001. Von ihnen wurden nach Angaben der Polizei 3 533 als schwerwiegende Sachschadensunfälle eingestuft, darunter waren 2 845 Unfälle (ohne einen Verunglückten), bei denen ein Straftatbestand oder eine Ordnungswidrigkeit vorlag und bei denen gleichzeitig mindestens ein Kraftfahrzeug wegen des Unfallschadens von der Unfallstelle abgeschleppt werden musste.

Die folgenschwersten Unfälle sind jene, bei denen Menschen am eigenen Leib zu Schaden kommen. 13 950 solcher Unfälle mussten die Polizeibeamten und -beamtinnen des Landes 2001 nachgehen, das waren 456 oder 3,2 % weniger Unfälle mit Personenschaden als noch 2000.

Die Anzahl verunglückter Personen (Getötete, Schwer- und Leichtverletzte) ist normalerweise direkt gebunden an die Häufigkeit der Unfälle mit Personenschaden. So war es auch im Jahre 2001 in Schleswig-Holstein, wo – wie eben dargestellt – weniger Unfälle mit Personenschaden als im Vorjahr von der Polizei aufgenommen wurden. In ihrem Gefolge verunglückten 424 oder 2,2 % Verkehrsteilnehmer und -teilnehmerinnen weniger als noch im Vorjahr. Die Zahl der Leichtverletzten pendelte sich bei 15 488 Personen (- 1,8 %) ein. Die Zahl der Schwerverletzten, die stationär in einem Krankenhaus aufgenommen werden mussten, wurde mit 2 837 Personen (- 5,0 %) festgelegt.

Personenverkehr

Öffentlicher Straßenpersonenverkehr mit Kraftomnibussen

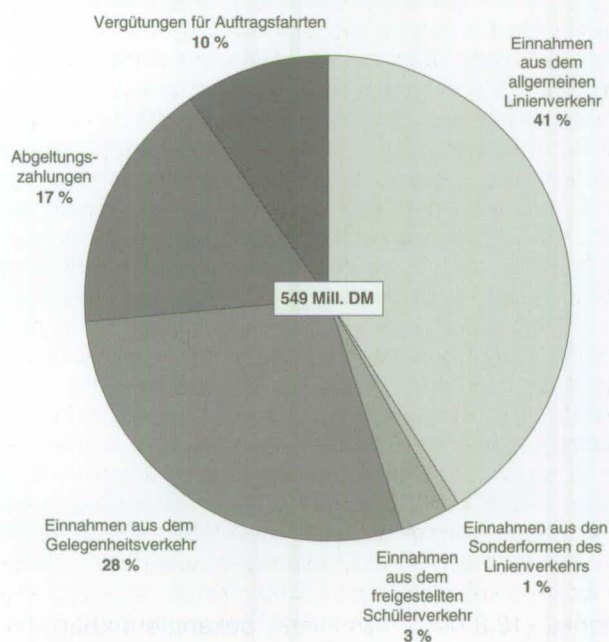
Im gewerbsmäßig betriebenen Personenverkehr auf Straße, Schiene oder in der Luft bindet der öffentliche Straßenpersonenverkehr mit Bussen, Oberleitungsbussen oder Straßenbahnen in Deutschland das Gros der Fahrgäste. In Schleswig-Holstein hatte es Ende September 2000 202 Unternehmen gegeben, die solchen genehmigungspflichtigen Verkehr mit Kraftomnibussen nach dem Personenbeförderungsgesetz betrieben. Zusätzlich gab es noch wenige Unternehmen, die ausschließlich Werks-Berufsverkehr durchführten, also ihre Arbeitnehmer mit eigenen oder angemieteten Omnibussen von oder zur Arbeitsstätte beförderten. Sie bleiben nachfolgend unberücksichtigt.

Die 202 Unternehmen aus Schleswig-Holstein, die öffentlichen Straßenpersonenverkehr betrieben, hatten 1999 – aktuellere Zahlen liegen zur Zeit noch nicht vor – insgesamt 281 Mill. EUR Umsatz aus dieser Tätigkeit erzielt. Sie setzten dazu ausschließlich Kraftomnibusse ein, da bekanntlich Oberleitungsbusse oder Straßenbahnen in Schleswig-Holstein nicht mehr verkehren. Den größten Anteil der Einnahmen aus dem Straßenpersonenverkehr stammen aus der Betätigung im allgemeinen Linienverkehr, bei dem bekanntlich zwischen bestimmten Ausgangs- und Endpunkten eine regelmäßige Verkehrsverbindung eingerichtet ist, auf der Fahrgäste an bestimmten Haltestellen ein- und aussteigen können. Die Sonderformen des Linienverkehrs, denen gleichfalls eine regelmäßige Beförderung gemein ist, fügen hingegen einen geringen Einnahmenanteil hinzu. Hier sind im Berufsverkehr die Beförderung von Berufstätigen zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zu nennen, auch Markt- und Theaterfahrten sowie Schülerfahrten zwischen Lehranstalt und Wohnung – soweit die Beförderung nicht unentgeltlich ist – werden den Sonderformen des Linienverkehrs zugerechnet. Im genannten Linienverkehr – also im allgemeinen Linienverkehr und seinen Sonderformen – wurden damit gut vier von 10 EUR erwirtschaftet. Werden im Auftrag des Schulträgers Schüler zum und vom Unterricht befördert, und ist die Beförderung für den Schüler selbst unentgeltlich, fließen weitere Einnahmen vom Schulträger an die Personenbeförderung betreibenden Unternehmen im Lande. Dieses Marktsegment, das ebenfalls dem Linienverkehr zugerechnet wird, ist mit einem Anteil von 3 % an allen Einnahmen aus dem öffentlichen Straßenpersonenverkehr jedoch vergleichsweise klein. Überdurchschnittlich ausgeprägt ist in Schleswig-Holstein der Gelegenheitsverkehr. Mit seiner Beförderungsleistung, die auf Ausflugsfahrten, Ferienziel-Reisen und auf Fahrten mit Mietomnibussen erbracht wird, erwirtschaftete

Verkehrsleistungen im öffentlichen Straßenpersonenverkehr mit Kraftomnibussen 2001
 – erbracht von Unternehmen aus Schleswig-Holstein mit 6 oder mehr Bussen –

Verkehrsart		2001	Veränderung gegenüber 2000 in %
Linienverkehr			
beförderte Personen	Mill.	201,5	+ 3,0
Wagenkilometer	Mill. km	101,4	+ 0,4
Personenkilometer	Mill. km	1 474,4	+ 5,1
darunter			
allgemeiner Linienverkehr			
beförderte Personen	Mill.	199,1	+ 3,1
Wagenkilometer	Mill. km	95,7	+ 1,1
Personenkilometer	Mill. km	1 407,3	+ 5,7
Gelegenheitsverkehr			
beförderte Personen	Mill.	2,9	- 17,9
Wagenkilometer	Mill. km	31,8	- 6,2
Personenkilometer	Mill. km	988,3	- 15,6
Insgesamt			
beförderte Personen	Mill.	204,4	+ 2,6
Wagenkilometer	Mill. km	133,1	- 1,2
Personenkilometer	Mill. km	2 462,6	- 4,3

Einnahmen aller Unternehmen Schleswig-Holsteins aus dem öffentlichen Straßenpersonenverkehr mit Kraftomnibussen 1999



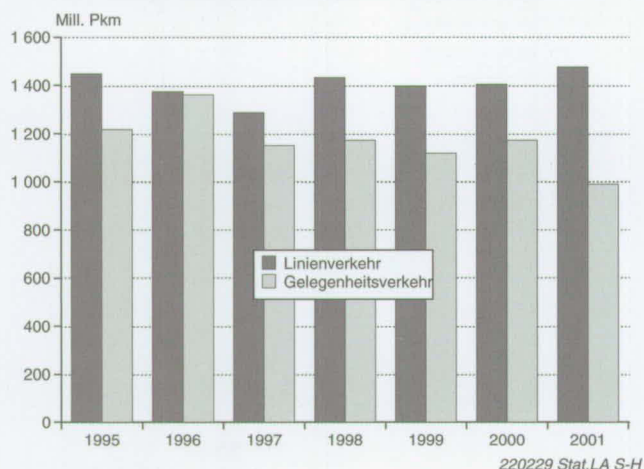
ten die Unternehmen in 1999 28 % der Einnahmen aus dem öffentlichen Straßenpersonenverkehr. Neben den Einnahmen aus der Beförderung von Fahrgästen in den eben skizzierten Verkehrsarten erzielten die Unternehmen weitere Einnahmen aus Abgeltungszahlungen (17 %) und Vergütungen für Auftragsfahrten, die durch andere Unternehmen des Straßenpersonenverkehrs veranlasst wurden (10 %). Abgeltungszahlungen sind hingegen Zahlungen der öffentlichen Hand, die an das Aufkommen der Fahrgäste direkt gebunden sind (Auszubildende, Schwerbehinderte, Rentner, unterlassene Tarifierhebungen).

Unter den Unternehmen, die in Schleswig-Holstein öffentlichen Personenverkehr mit Kraftomnibussen betreiben, verfügten Ende September 2000 82 Unternehmen über sechs oder mehr Busse. Diese größeren Unternehmen erwirtschafteten einen überragenden Anteil am landesweiten Umsatz aus dem öffentlichen Straßenpersonenverkehr mit Kraftomnibussen in Schleswig-Holstein. Im Jahre 2001 beförderten die Unternehmen 204,4 Mill. Personen, genauer gesagt, zählten sie Beförderungsfälle in dieser Größenordnung. Ihre Fahrzeuge mussten dafür eine Betriebsleistung von 133,1 Mill. Wagenkilometer zurücklegen. Das sind zurückgelegte Kilometer im Einsatz für den Straßenpersonenverkehr, unabhängig von der Fahrgastbesetzung der Fahrzeuge. Im Schnitt betrug dabei die mittlere Fahrzeugbesetzung knapp 19 Personen.

Die Verkehrs- oder Beförderungsleistung, also die Anzahl der beförderten Personen und deren zurückgelegte Weglängen, betrug im Jahre 2001 2,5 Mrd. Personenkilometer. Danach wurde im Schnitt jede Person per Bus 12,0 km weit transportiert. Die mittlere Reiseweite variiert allerdings je nach Verkehrsart erheblich. Sie betrug im allgemeinen Linienverkehr 7,1 km und im Gelegenheitsverkehr, das sind Ausflugsfahrten, Ferienzele-Reisen und der Verkehr mit Mietomnibussen, beträchtliche 338 km.

Gegenüber dem Vorjahr stiegen mehr Personen in die Busse ein (+ 2,6 %), dennoch nahm die Beförderungsleistung (Personenkilometer) um 4,3 % ab, bei einer um 1,2 % zurückgeführten Betriebsleistung (Wagenkilometer). Die Entwicklung der Beförderungsfälle war je nach Verkehrsart allerdings nicht einheitlich. Während im allgemeinen Linienverkehr, mit dem 97,4 % aller Fahrgäste befördert wurden, ein Gästezuwachs von 3,1 % verzeichnet wurde und auch bei den Schülerfahrten 17,1 % mehr Personen in den Bus einstiegen, meldeten die Unternehmen rückläufige Fahrgastzahlen im Gelegenheitsverkehr (- 17,9 %). Obwohl die Unternehmen die Reiseweite ausdehnten auf nunmehr durchschnittlich 338 km ging die Beförderungsleistung im Gelegenheitsverkehr um 15,6 % zurück. Im allgemeinen Linienverkehr fielen die Erlöse aus dem Fahrkartenverkauf für das Jahr 2001 um 3,1 % höher aus als noch 2000, sie sum-

Entwicklung der Verkehrsleistung im öffentlichen Straßenpersonenverkehr Schleswig-Holsteins in Personenkilometern (Pkm)



Fahrgäste und Passagiere im öffentlichen Personenverkehr auf Straße, Schiene, auf dem Wasser und in der Luft in Deutschland 2001

Art des Verkehrsträgers	Anzahl beförderte Personen in Mill.	Veränderung gegenüber 2000 in %
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr¹		
Linienverkehr	7 864	+ 1,0
Reiseverkehr (Gelegenheitsverkehr)	80	- 2,6
Eisenbahnverkehr		
Nahverkehr	1 866	+ 0,4
Fernverkehr	136	- 5,9
Luftverkehr		
Einsteiger im		
Inlandsverkehr	20	- 5,4
Auslandsverkehr	49	- 1,5
Aussteiger aus dem Ausland	49	- 1,2
Schiffverkehr²		
davon		
Einsteiger	16	+ 1,1
Aussteiger	16	+ 1,7

¹ erbracht von größeren inländischen Unternehmen, die über mindestens sechs Omnibusse verfügen oder Straßenbahnverkehr betreiben

² Angaben liegen erstmals für das Jahr 2000 bundesweit vor.

mierten sich auf insgesamt 146,1 Mill. EUR. Je beförderte Person (Beförderungsfall) nahmen die Unternehmen im allgemeinen Linienverkehr 0,73 EUR ein. Die beförderte Person zahlte damit durchschnittlich 0,10 EUR je Bus-Kilometer in Schleswig-Holstein.

Auch im Bundesgebiet nutzten in 2001 mehr Fahrgäste Bus und gegebenenfalls Straßenbahn (+ 1,0 %). Im Linienverkehr wurden 7,9 Mrd. eingestiegene Fahrgäste befördert, 1,0 % mehr Personen als noch 2000. Im weniger gewichtigen Gelegenheitsverkehr nahmen 80 Mill. Personen (- 2,6 %) das Omnibusangebot wahr.

Eisenbahnverkehr

Bundesweit ist ebenfalls das Beförderungsvolumen auf der Schiene vergleichend darstellbar, insbesondere auch wegen der geringen Anzahl und unterschiedlichen Größe der Eisenbahnpersonenverkehr betreibender Unternehmen und ihres netzorientierten Tätigkeitsfeldes. So beförderten die 66 im Eisenbahnpersonenverkehr tätigen Unternehmen im vergangenen Jahr 2,0 Mrd. Fahrgäste (- 0,1 %), von ihnen stiegen knapp 1,9 Mrd. in Züge des Nahverkehrs (+ 0,4 %) ein, und 136 Mill. Personen (- 5,9 %) nutzten Fernverkehrszüge. Trotz insgesamt leicht zurückgegangener Fahrgastzahlen erbrachten die Eisenbahnunternehmen im Jahre 2001 mit 75,4 Mrd. Personenkilometern eine größere Beförderungsleistung (+ 0,4 %). Sie nahmen dabei knapp 5,5 Mrd. EUR ein, das waren 2,9 % mehr als noch im Jahr 2000.

Luftverkehr

Erstmals seit 1991 starteten oder landeten im Jahre 2001 weniger Passagiere auf deutschen Flughäfen als im Vorjahr. Die Zahl der abgefertigten Passagiere (Inlands- und Auslandsfluggäste) unterschritt mit 117,5 Mill. das Vorjahresergebnis um 2,5 %. Der Verkehr im Inland mit jeweils 20,3 Mill. Ein- und Aussteigern ging vergleichsweise (- 5,4 %) stärker zurück als der grenzüberschreitende Luftverkehr (- 1,5 %), wo 97,1 Mill. Passagiere abgefertigt wurden.

Die konjunkturelle Schwäche hatte schon im Zeitraum Januar bis August 2001 nur ein unterdurchschnittlich wachsendes Passagieraufkommen zugelassen. Mit den Anschlägen vom 11. September brach die Entwicklung ein, so blieben von September bis Dezember 2001 die Passagierzahlen um 10,3 % unter den vergleichbaren Vorjahreszahlen.

Der im Jahre 2001 durchweg rückläufige Auslandsluftverkehr etwa mit europäischen Ländern (- 0,2 %), mit Asien (- 0,3 %) oder mit Afrika (- 5,4 %) brach mit Amerika (10,8 Mill. Passagiere) bekanntermaßen mit 8,7 % markant ein.

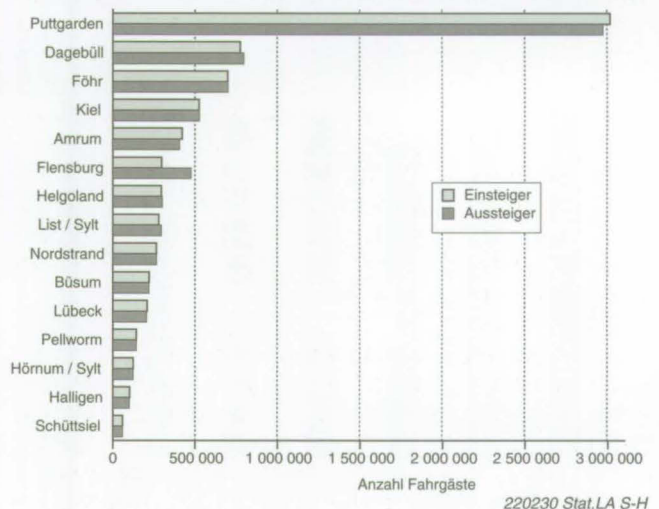
Schiffsverkehr

Häfen und Hafenwirtschaft erfüllen eine wichtige Schnittstellenfunktion in der Vernetzung von wasser- und landgebundenen Verkehrsträgern. Ihre Wertschöpfung leitet sich her aus dem gewichtigen Güterumschlag und ebenso aus der Personenbeförderung. In der gewerbsmäßigen Personenbeförderung per Schiff dominiert der Fährverkehr über die Ostsee, der seitens der Verkehrsdrehscheibe Schleswig-Holstein insbesondere von den großen Fährhäfen Puttgarden, Kiel und Lübeck aus bedient wird. Die kleineren Häfen des Landes zwischen den Meeren erlauben im Personenverkehr vorzugsweise an der Nordsee den Transfer der Bewohner und Gäste zu den Inseln und ermöglichen die Ausflugsschiffahrt. Die gewerbsmäßigen Verkehre werden überwiegend mit Seeschiffen durchgeführt. Der Personenverkehr mit Binnenschiffen besitzt, vom Tourismusverkehr, vom Fährverkehr im Binnenland oder vom hafeninternen Verkehr abgesehen, im Vergleich zu anderen Verkehrsmitteln eine geringe Bedeutung.

Im Personenverkehr mit Seeschiffen wurden im Jahr 2001 in den Häfen Schleswig-Holsteins 15,3 Mill. Fahrgäste gezählt. Davon stiegen in der Summation über ein Kalenderjahr je etwa ähnlich viele Fahrgäste (7,6 Mill. Personen) ein und (7,7 Mill. Personen) aus. Damit hat Schleswig-Holstein sein traditionell hohes Fahrgastaufkommen gefestigt. So sind in den Häfen des Landes nunmehr 48 % der Personen gezählt worden, die in einem deutschen Hafen von oder an Bord eines Seeschiffes gegangen sind. Das Fahrgastaufkommen ist 2001 bundesweit zum Vorjahr gewachsen (+ 1,4 %), in Schleswig-Holstein war der Zuwachs mit 4,0 % überdurchschnittlich.

Für den Personenverkehr von und nach Skandinavien ist die so genannte Vogelfluglinie die wichtigste Verbindung. Über ihren Fährhafen Puttgarden, der den bewegtesten Schiffsverkehr Deutschlands bewältigt, benutzten im Jahre 2001 knapp 6,0 Mill. Fahrgäste den Seeweg über die Ostsee – begleitet von Personenkraftwagen, Omnibussen und Personenzugwagons. Das Fahrgastaufkommen auf der Vogelfluglinie trug damit allein mit mehr als einem Drittel (39,0 %) zur Anzahl der Passagiere auf Seeschiffen bei, die in Häfen Schleswig-Holsteins ein- oder ausstiegen. Mit Abstand geringer sind Passagierzahlen, die aus den Häfen anderer großer Fährlinien gemeldet wurden. Deutschlands größter Fährhafen Lübeck-Travemünde, der den höchsten Güterumschlag über Fährschiffslinien akquirieren konnte, registrierte 415 000 Fahrgäste über See. Kiel, mit natürlichem verkehrsgeografischen Standortvorteil zum Fahrtgebiet Norwegen und Westschweden, zog 1,1 Mill. Fahrgäste zu einem seewärts gerichteten Transfer an oder ermöglichte umgekehrt von See kommend Weiterfahrt und Landgang. Im Jahr 2001 gingen 525 000 Personen in

Personenverkehr der Häfen in Schleswig-Holstein 2001



Kiel an Bord eines Seeschiffes, im gleichen Zeitraum verließen 526 000 Passagiere ein Schiff im Hafen der Landeshauptstadt. Anders als an der Ostseeküste, wo die Zielhäfen der großen Fährschiffe überwiegend in den Ostsee-Anrainerstaaten liegen, bilden die den kleineren Personenverkehr betreibenden Häfen an der Nordsee meist gleichzeitig Herkunft- und Zielhafen für einen Passagier in diesem Fahrtgebiet. Ein Urlauber etwa, der die Insel Amrum besucht, kann daher in Dagebüll und Wittdün auf Amrum bei seiner Anreise je als Ein- und Aussteiger zweimal in die Statistik für Schleswig-Holstein eingehen. Entsprechend wird verfahren, wenn er die Insel wieder verlässt. Insofern darf es nicht verwundern, wenn die Fahrgastzahlen in dem für den Urlaubs- und Ausflugsverkehr weitgehend geschlossenen Fahrtgebiet ein vergleichsweise hohes Aufkommen ausweisen. Im Jahre 2001 stiegen 6,8 Mill. Fahrgäste in einem Hafen an der Nordseeküste Schleswig-Holsteins mit seinen Inseln ein oder aus. Der Fährhafen Dagebüll, der auch einen Eisenbahnanschluss an das bundesdeutsche Netz besitzt, bedient die Inseln Föhr und Amrum. Er nimmt die Spitzenstellung in der Personenbeförderung an der Nordseeküste Schleswig-Holsteins ein. Nachrangig folgen ihm die Häfen Wyk auf Föhr und Wittdün auf Amrum, die den Linienverkehr mit Dagebüll komplettieren. Ausflugsverkehr sowie Linienverkehr betreiben auch die Häfen Büsum mit der Nordseeinsel Helgoland oder der nördlichste Hafen Deutschlands List auf Sylt mit der dänischen Insel Römö. In den vergangenen Jahren war der Passagierverkehr seewärts mit Häfen Schleswig-Holsteins in seiner Entwicklung eingeschränkt. Die Abschaffung des Duty-Free-Verkaufs Mitte 1999 und die Fertigstellung der Großen Beltbrücke, die Verkehre an sich gezogen hat, erzwangen Anpassungen der Fährkapazitäten.

Insolvenzen

Die schleswig-holsteinischen Amtsgerichte entschieden im Jahr 2001 über 1 737 Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Im Vergleich zum Vorjahr wurden damit 249 Anträge mehr gezählt (+ 17 %). Auch bei der geschätzten Summe der Forderungen ist mit 542 Mill. EUR ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen – sie hatte im Vorjahr noch 482 Mill. EUR betragen. Im Jahr 2001 setzte sich damit der seit Jahren zu beobachtende Trend steigender Insolvenzzahlen fort; seit 1992 hat sich etwa die Anzahl der Insolvenzen mehr als verdreifacht.

Eine Ursache für den starken Anstieg der Insolvenzzahlen in den letzten beiden Jahren ist die mit der geänderten Insolvenzordnung verbundene Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens. Dieses Verfahren bietet verschuldeten Privatpersonen seit Anfang 1999 die Möglichkeit der Entschuldung. Da ein Antrag auf Eröffnung des Verfahrens einen zeitaufwändigen außergerichtlichen Einigungsversuch voraussetzt, war die Bedeutung von Verbraucherinsolvenzen zunächst gering gewesen. Bereits im Jahr 2000 waren jedoch von den Amtsgerichten 394 Anträge mit Forderungen in Höhe von 51 Mill. EUR gemeldet worden und 2001 wurden 425 Verbraucherinsolvenzen mit einer Forderungshöhe von 73 Mill. EUR registriert. Dabei schwächte sich der in der ersten Jahreshälfte zu beobachtende hohe Zuwachs der Verbraucherinsolvenzzahlen in der zweiten Jahreshälfte deutlich ab. Ein Teil der Antragsteller dürfte hier die Gesetzesänderung abgewartet haben, die am 1. Dezember 2001 in Kraft trat, und für Verbraucher eine Verkürzung der Wohlverhaltensphase und die Möglichkeit der Stundung der Verfahrenskosten implizierte.

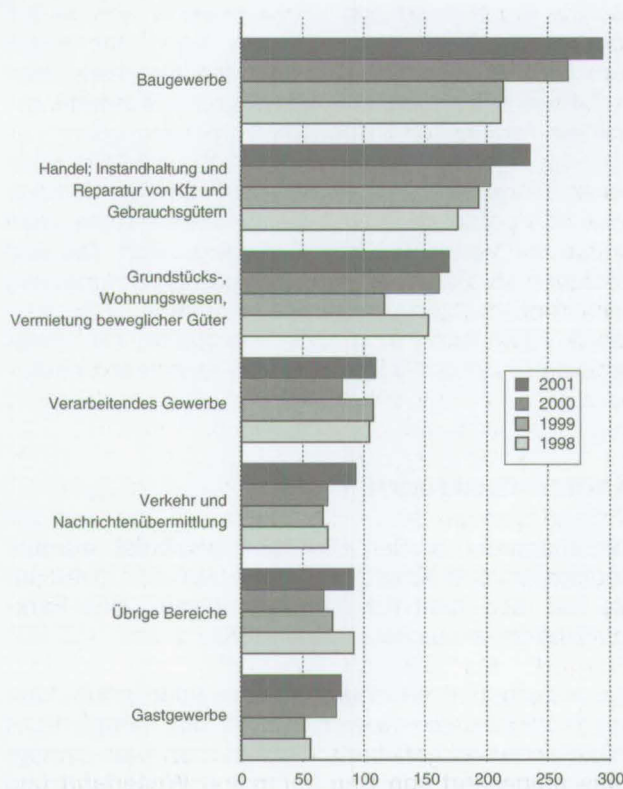
Auf Unternehmen (einschließlich Angehörige freier Berufe und Kleingewerbetreibende u. ä.) entfielen 1 072 Insolvenzverfahren; gegenüber 2000 entspricht dies einer Zunahme um 146 Fälle oder um 16 %. Etwa die Hälfte der Verfahren betraf die zwei Wirtschaftsbereiche „Baugewerbe“ und „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“. Während die 235 Insolvenzverfahren im zuletzt genannten Wirtschaftsbereich eine Steigerung gegenüber dem Vorjahresergebnis um 16 % bedeuten, erhöhte sich die Zahl insolventer Unternehmen im Bereich „Baugewerbe“ mit 294 Fällen gegenüber dem Vorjahr um ein Zehntel (+ 11 %). Die geschätzten Forderungen aller Wirtschaftsbereiche beliefen sich auf 430 Mill. EUR (+ 11 %).

Betrachtet man das Alter der insolventen Unternehmen (ohne Kleingewerbetreibende), zeigt sich, dass deutlich mehr jüngere Unternehmen Gegenstand eines Insolvenzverfahrens waren als ältere. So traten rund zwei Drittel aller Insolvenzen (64 %) bei Unternehmen auf, die vor weniger als acht Jahren gegrün-

Insolvenzen in Schleswig-Holstein 1950-2001

Jahr	Insolvenzen insgesamt	Insolvenzverfahren				
		eröffnet		mangels Masse abgewiesen		Schuldenbereinigungsplan angenommen
		Anzahl	darunter Vergleiche	Anzahl	in % von insgesamt	
1950	381	305	101	76	19,9	×
1960	96	61	10	35	36,5	×
1970	160	107	14	53	33,1	×
1980	435	138	3	297	68,3	×
1990	567	154	6	413	72,8	×
1997	959	330	–	629	65,6	×
1998	1 089	352	–	737	67,7	×
1999	1 064	442	×	607	57,0	15
2000	1 488	776	×	662	44,5	50
2001	1 737	1 064	×	628	36,2	45

Unternehmensinsolvenzen in Schleswig-Holstein 1998 bis 2002 nach Wirtschaftsbereichen



200202 Stat.LA S-H

det wurden. Ähnlich wie im Vorjahr betraf der größte Teil dieser Insolvenzfälle Unternehmen, die höchstens drei Jahre alt waren.

Von den Unternehmensinsolvenzen waren mindestens 4 102 Arbeitnehmer betroffen. Diese Zahl ist als unterste Grenze zu betrachten, weil hierzu in vielen Fällen keine Angaben vorliegen. Was die gesamtwirtschaftliche Bedeutung angeht, ist außerdem zu vermuten, dass zum Teil bereits vor dem Gang zum Insolvenzgericht Personal reduziert worden ist. Knapp zwei Drittel der 4 102 erfassten Arbeitnehmer gehörten drei Wirtschaftsbereichen an, nämlich dem „Baugewerbe“ (997 Personen; 24 %), dem „Verarbeitenden Gewerbe“ (946 Personen; 23 %) sowie dem Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ (724 Personen; 18 %).

Neben den 1 072 Unternehmensinsolvenzen ergaben sich bei privaten Personen und Nachlässen 665 Insolvenzverfahren; dies entspricht einem Anstieg um 18 %. Neben 425 Verbraucherinsolvenzen wurden 191 Gesellschafter- und 49 Nachlassinsolvenzen beantragt. Die Forderungen gegenüber privaten Personen und Nachlässen betrugen insgesamt 112 Mill. EUR – davon waren 28 Mill. EUR auf Gesellschafter- und 11 Mill. EUR auf Nachlassinsolvenzen zurückzuführen. Im Vorjahr war der Gesamtbetrag mit 96 Mill. EUR deutlich geringer gewesen.

Ein Ziel der Reform des Insolvenzrechts war die Erhöhung des Anteils der eröffneten Verfahren. Nachdem bereits im Jahr 2000 mehr als die Hälfte aller Verfahren (52 %) eröffnet und damit zumindest vorerst ein Totalverlust für die Gläubiger vermieden worden war, lag dieser Anteil im Jahr 2001 mit 61 % noch höher. Dagegen mussten die Gerichte 628 Anträge oder 36 % ablehnen, weil die Insolvenzmasse nicht einmal die Verfahrenskosten gedeckt hätte. Bei den restlichen 45 Verfahren (3 %) wurden die vorgelegten Schuldenbereinigungspläne angenommen. Zum Vergleich: 1999 waren rund 57 % aller Anträge abgewiesen worden, in den Vorjahren noch rund zwei Drittel.

Gemeindesteuern

Das Steueraufkommen der schleswig-holsteinischen Gemeinden und Kreise belief sich im Jahr 2001 auf 988 Mill. EUR und fiel damit um 18 Mill. EUR oder 1,8 % geringer aus als im Jahr 2000.

Zur Hauptsache ist diese Aufkommenseinbuße auf den Rückgang der Gewerbesteuer um 31 Mill. EUR (- 4,5 %) zurückzuführen. Obwohl bei den übrigen Realsteuern demgegenüber Aufkommenszuwächse zu verzeichnen waren, konnten die Verluste bei der

Gemeindesteuern in Schleswig-Holstein 2000 und 2001

Gemeindesteuer	2000	2001	Veränderung in %
	Mill. EUR		
Grundsteuer A	17	18	1,9
Grundsteuer B	256	272	5,7
Gewerbesteuer	689	658	- 4,5
Sonstige Steuern	43	41	- 5,0
Steueraufkommen vor der Verteilung	1 006	988	- 1,8
+ Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern	834	827	- 0,9
- Gewerbesteuerumlage	165	182	10,3
= Steuereinnahmen nach der Verteilung	1 675	1 633	- 2,5

Gewerbesteuer aber lediglich zur Hälfte ausgeglichen werden. Während sich die Steuer für land- und forstwirtschaftliche Grundstücke (Grundsteuer A) um knapp 0,3 Mill. EUR (+ 1,9 %) steigerte, lag das Aufkommen der Steuer für sonstige Grundstücke (Grundsteuer B) um 15 Mill. EUR (+ 5,9 %) über dem Vorjahresaufkommen.

Auch die anderen Steuern trugen zur Aufkommensminderung bei. So sank das Aufkommen aus der Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten (Automatensteuer) um drei Mill. EUR (- 18,3 %). Geringe Aufkommenszuwächse um jeweils 0,4 Mill. EUR waren bei der Hundesteuer (+ 5,6 %) und der Zweitwohnungssteuer (+ 2,2 %) festzustellen.

Der den Gemeinden im Rahmen der Gemeindefinanzreform zustehende Anteil von 15 % des örtlichen Aufkommens aus der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer sowie 12 % am Aufkommen aus dem Zinsabschlag, der so genannte Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, erbrachte mit 756 Mill. EUR (- 1,0 %) ein um 7 Mill. EUR geringeres Ergebnis als im Jahr zuvor. Im Gegensatz dazu konnte sich der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, der den Gemeinden ab 1998 als Ausgleich für den Wegfall der Gewerkekapi talsteuer zur Verfügung gestellt wird, geringfügig um 0,2 Mill. EUR (+ 0,3 %) verbessern. Trotz des stark gesunkenen Gewerbesteueraufkommens erhöhte sich die nach dem Gemeindefinanzreformgesetz von den Gemeinden an Land und Bund abzuführende Gewerbesteuerumlage um 17 Mill. EUR (+ 10,3 %), weil gegenüber dem vorherigen Jahr der Umlagesatz um acht Prozentpunkte auf nunmehr 91 % angehoben wurde.

In den Kassen der Kommunen verblieben nach der Verteilung des Steueraufkommens insgesamt 1 633 Mill. EUR (Vorjahr: 1 675 Mill. EUR). Damit blieben die Steuereinnahmen um 42 Mill. EUR oder 2,5 % unter dem Ergebnis des Jahres 2000.

Preisentwicklung

Das Ziel der Preisstatistik ist es, die Preisveränderungen im Zeitablauf zu beobachten. Daher stehen in der Regel nicht Durchschnittspreise im Mittelpunkt des Interesses, sondern Messzahlen und Preisindizes. Das System der Preisstatistik besteht aus einer Reihe einzelner Erhebungen, nämlich aus den Statistiken der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher, forstwirtschaftlicher und gewerblicher Produkte, aus der Statistik der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel, der Statistik der Bauleistungspreise, der Statistik der Kaufwerte für Bauland, der Statistik der Großhandelsverkaufspreise und aus der Statistik der Verbraucherpreise. Die Ergebnisse dieser Statistiken beruhen jeweils auf regelmäßigen Preiserhebungen bei einer repräsentativen Auswahl von Berichtsstellen. Die Preisindizes werden dabei für eine Vielzahl von Güter- und Dienstleistungsgruppen berechnet.

Zum Jahresbeginn sind die Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft auf die Basis des Jahres 1995 umgestellt worden. Inzwischen werden alle Preisindizes für Deutschland berechnet, nur beim Preisindex für die Lebenshaltung werden zusätzlich Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder mit Berlin (Ost) nachgewiesen.

Aus methodischen Gründen werden für Schleswig-Holstein keine Landesindizes berechnet. Daher bezieht sich die Darstellung auf die gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung in Deutschland.

Die zum Teil deutlichen Preiserhöhungen des Vorjahres setzten sich im Jahr 2001 bis zur Jahresmitte fort. Erst im zweiten Halbjahr stellte sich vor dem Hintergrund einer konjunkturellen Eintrübung eine Beruhigung des Preisklimas ein, die letztlich nicht verhindern konnte, dass die jahresdurchschnittlichen Veränderungsraten der Preisindizes vergleichsweise hoch ausfielen. So verzeichnete der für Deutschland berechnete Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für 2001 mit 2,5 % im Jahresdurchschnitt einen höheren Anstieg als im Vorjahr. Ursächlich für die Preissteigerungen in den nachgelagerten Wirtschaftsstufen war in erster Linie der Anstieg der Importpreise für Erdöl und Mineralölzeugnisse aus dem Vorjahr. Die drastischen Verteuerungen des Vorjahres setzten sich bei diesen Erzeugnissen 2001 fort. Die BSE-Krise sowie die Maul- und Klauenseuche lösten Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln aus.

Veränderung ausgewählter Preisindizes in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2001 gegenüber 2000 in %

Einfuhrpreise	0,6
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	3,0
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	5,9
Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte ¹	- 5,1
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	3,0
Ausfuhrpreise	1,0
Wohngebäude in konventioneller Bauart	- 0,2
Großhandelsverkaufspreise	1,7
Einzelhandelspreise	1,6
Lebenshaltungspreise aller privaten Haushalte	2,5

¹ Forstwirtschaftsjahr

Die Ein- und Verkaufspreise auf der Erzeugerstufe wiesen wie im Vorjahr Preissteigerungen auf. Eine Ausnahme bildeten lediglich die Preise für forstwirtschaftliche Produkte, die im Jahresdurchschnitt um 5,1 % zurückgingen.

Der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte erhöhte sich nach vorläufigen Ergebnissen im Jahresdurchschnitt 2001 im Vergleich zu 2000 um 5,9 %. Die Erzeugerpreise für pflanzliche Produkte stiegen im Jahresdurchschnitt mit 6,2 % stärker an als diejenigen für tierische Produkte, die sich um 5,7 % verteuerten. Der Preisanstieg für Schlachtvieh setzte sich zunächst auch in 2001 fort. Ab Juni 2001 gingen die Preise für Schlachtvieh dann allerdings zurück. Im November 2001 erreichte diese Entwicklung mit einem Rückgang von 9,9 % im Vergleich zum Vorjahresmonat ihren Höhepunkt. Allerdings verlief die Entwicklung für die beiden wichtigsten Produkte Schweine und Rinder sehr heterogen. Die Schweinemäster konnten zum Jahresbeginn wegen der BSE-Krise zunächst höhere Preise durchsetzen. Diese Entwicklung wurde im Mai durch die ansteigende Nachfrage nach Rindfleisch und vor allem durch die Maul- und Klauenseuche jäh gestoppt. Die Preise für Rinder waren im November 2000 infolge der BSE-Krise zusammengebrochen und konnten sich im Verlauf des Jahres 2001 nur teilweise davon erholen. Jahresdurchschnittlich erhöhten sich die Preise für Milch um 9,4 % und für Eier um 5,4 %. Die Preise für pflanzliche Produkte entwickelten sich im Jahr 2001 unterschiedlich. Während die Getreidepreise jahresdurchschnittlich um 3,6 % zurückgingen, wurden Hackfrüchte um 18,3 % teurer. Insbesondere die Preise für Kartoffeln zogen kräftig an. Im Dezember 2001 kosteten Speisekartoffeln rund 130 % mehr als im Vorjahresmonat. Allerdings lagen im Vorjahr für dieses Produkt sehr niedrige Erzeugerpreise vor.

Der Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ist im Jahresdurchschnitt 2001 um 3,0 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Der Preisauftrieb des Vorjahres setzte sich im Berichtsjahr bis zum Herbst fort. Im November 2001 kam es dann zu einem leichten Preistrückgang. Wie im Vorjahr sorgten Dünge- und Futtermittel sowie Brenn- und Treibstoffe zunächst für einen Preisauftrieb, der im Herbst deutlich nachließ. Weitgehend stabil blieben auch in diesem Jahr die Preise für die landwirtschaftlichen Investitionsgüter. Die Teuerung für die Anschaffung neuer Maschinen fiel dabei leicht höher aus als für den Neubau landwirtschaftlicher Betriebsgebäude. Da die Preise auf der Outputseite etwas stärker gestiegen sind als auf der Inputseite, haben sich die Terms of Trade in der Landwirtschaft – berechnet als Quotient aus dem Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und dem Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel – zugunsten der Landwirte leicht erhöht. Dies ist bemerkenswert, weil die Terms of Trade in der Landwirtschaft in den Vorjahren einen Rückgang verzeichneten.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) ist im Jahresdurchschnitt 2001 um 3,0 % gegenüber 2000 gestiegen, nachdem im Vorjahr ein Anstieg um 3,4 % zu beobachten war. Der Preisanstieg des Vorjahres setzte sich im Berichtsjahr zunächst fort und erreichte im April 2001 mit 5,0 % die höchste Jahresteuerrate seit mehreren Jahren. Diese Entwicklung schwächte sich jedoch im Jahresverlauf erheblich ab. Im Dezember 2001 lag der Erzeugerpreisindex für gewerbliche Produkte nur noch um 0,1 % über dem Wert des Vorjahresmonats. Die Indexentwicklung wurde in diesem Jahr wesentlich beeinflusst durch die Preisschwankungen für Energie. Die Energiepreise erreichten im April 2001 mit 16,6 % die höchste Jahresteuerrate. Im Jahresverlauf bildeten sich dann die Preise zurück.

Im Dezember 2001 lagen die Preise um 1,1 % unter dem Vorjahresstand. Diese Preisentwicklung für Energie wurde hauptsächlich durch die Preise für Mineralölzeugnisse beeinflusst. Für die einzelnen Güterbereiche fiel die Verteuerung recht unterschiedlich aus. Während die Preise für Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes als Auswirkung der Tierseuchen anstiegen, mussten die Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten Preiszugeständnisse machen. Die Konsumgüterproduzenten konnten im Berichtsjahr deutlichere Preiserhöhungen durchsetzen als die Investitionsgüterproduzenten.

Auch 2001 setzte sich die konjunkturelle Talfahrt der Bauwirtschaft fort. Vor diesem Hintergrund war kein Spielraum für Preiserhöhungen. Der Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden in konventioneller Bauart ging im Jahresdurchschnitt 2001 leicht um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr zurück.

Veränderung der harmonisierten Verbraucherpreisindizes in der Europäischen Union (EU) im Jahresdurchschnitt 2001 gegenüber 2000 in %

EU, VPI-EWU ¹	p 2,6
Belgien	2,4
Deutschland	2,4
Spanien	3,7
Frankreich	p 1,8
Irland	4,0
Italien	2,7
Luxemburg	p 2,4
Niederlande	p 5,1
Österreich	2,3
Portugal	4,4
Finnland	2,7
Griechenland	3,7
EU, EVPI ²	p 2,4
Dänemark	2,3
Schweden	2,7
Vereinigtes Königreich	1,2

¹ Verbraucherpreisindex der Europäischen Währungsunion (bis Dezember 2000 ohne Griechenland)

² Verbraucherpreisindex der 15 EU-Mitgliedsstaaten

Der Großhandel besitzt eine wichtige Vermittlerfunktion, denn er versorgt u. a. die Landwirtschaft und das Produzierende Gewerbe mit Vorleistungs- und Investitionsgütern und den Einzelhandel mit Konsumgütern. Somit liefert der Index der Großhandelsverkaufspreise wichtige Vorlaufinformationen für die Preisentwicklung in den Wirtschaftssektoren, die ihre Inputgüter überwiegend über den Großhandel beziehen. Der Preisindex der Großhandelsverkaufspreise lag im Jahresdurchschnitt 2001 um 1,7 % über dem Vorjahresniveau. Der Preisanstieg des Vorjahres setzte sich im Berichtsjahr bis zum Sommer fort. Der Preisindex der Großhandelsverkaufspreise ging dann ab September 2001 zurück und lag im Dezember 2001 um 1,5 % unter dem Wert des Vorjahresmonats. Maßgeblicher Einfluss für diese Entwicklung ging vom Großhandel mit Mineralölzeugnissen aus. Die Preisentwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen des Großhandels fiel zwar unterschiedlich aus, aber es ist eine gemeinsame Grundtendenz erkennbar: ab dem Sommer 2001 nahm die Jahresteuerrate ab. In einigen Wirtschaftszweigen des Großhandels kam es sogar zu einem Preistrückgang. Jahresdurchschnittlich wies der Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren mit 3,8 % die höchste Preissteigerung auf. Der Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör verzeichnete im Jahresdurchschnitt dagegen einen leichten Preistrückgang.

Der Index der Einfuhrpreise stieg im Jahresdurchschnitt 2001 nur um 0,6 % gegenüber dem Vorjahr,

nachdem er 2000 noch um 11,2 % gestiegen war. Der Preisanstieg des Vorjahres setzte sich im Berichtsjahr bis zum Sommer fort, ab August 2001 ging der Index der Einkaufspreise zurück. Im Dezember 2001 verbilligten sich die Einkaufspreise um 4,7 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Eine preisdämpfende Wirkung auf der Einfuhrseite ging in der zweiten Jahreshälfte von den Preisen für Rohstoffe sowie für Halbwaren und für Energie aus. Insbesondere Erdöl und Mineralölzeugnisse verbilligten sich in der zweiten Jahreshälfte erheblich.

Der Index der Ausfuhrpreise stieg im Jahresdurchschnitt 2001 um 1,0 % gegenüber dem Vorjahr. Die deutsche Exportwirtschaft konnte nur in der ersten Jahreshälfte leichte Preiserhöhungen durchsetzen. Der konjunkturelle Abschwung und die leichte Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar zwangen die Exporteure in der zweiten Jahreshälfte zu Preiszugeständnissen. Ähnlich wie auf der Einfuhrseite gingen in der zweiten Jahreshälfte auch auf der Ausfuhrseite die Preise für Rohstoffe sowie für Halbwaren und für Energie deutlich zurück. Fertigwaren machen den Großteil des deutschen Warenexports – im Preisbasisjahr 1995 waren dies 87,9 % – aus. Im Dezember 2001 konnten Fertigwaren nur zu unveränderten Preisen abgesetzt werden.

Die Terms of Trade, berechnet als Verhältnis von Ausfuhr- und Einfuhrpreisindex, haben sich zwar in der ersten Jahreshälfte für Deutschland verschlechtert. In der zweiten Jahreshälfte entwickelten sich die Terms of Trade jedoch für Deutschland positiv, weil die Einfuhrpreise stärker zurückgingen als die Ausfuhrpreise. Im Jahresdurchschnitt 2001 lagen die Terms of Trade um 0,3 % über dem Vorjahresniveau, im Dezember 2001 um 4,2 % über dem Vorjahresmonat.

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland stieg im Jahre 2001 gegenüber dem Vorjahr um 2,5 %, dies ist der höchste jahresdurchschnittliche Anstieg seit vier Jahren. Der Preisauftrieb des Vorjahres setzte sich zunächst auch im Berichtsjahr fort, bis im Mai 2001 mit einer Jahresteuerrate von 3,5 % der Höhepunkt erreicht wurde. Im Dezember 2001 lag die Veränderung schließlich bei 1,7 % im Vergleich zum Dezember 2000. Im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen leichtes Heizöl und Kraftstoffe sich deutlich verteuerten, wirkten diese Güter im Berichtsjahr dämpfend auf den Preisindex. Der Preisindex für die Lebenshaltung wäre ohne leichtes Heizöl und Kraftstoffe jahresdurchschnittlich um 2,6 % gestiegen. Die Energiepreise insgesamt haben sich allerdings stark verteuert. Jahresdurchschnittlich stiegen die Energiepreise um 10,0 %. Insbesondere die Gaspreise (+ 21,4 %) und der Preis für Fernwärme (+ 23,4 %) erhöhten sich auch 2001 drastisch, nachdem bereits im Vorjahr für diese Güter deutlich mehr bezahlt werden musste.

Auch für Nahrungsmittel – dieser Teilindex erhöhte sich jahresdurchschnittlich um 5,2 % – hatten die privaten Haushalte mehr auszugeben. Infolge von BSE-Krise sowie Maul- und Klauenseuche erhöhten sich jahresdurchschnittlich die Preise von Fleisch und Fleischwaren um 7,9 % und von Molkereiprodukten sowie Eiern um 5,3 %. Witterungsbedingt musste auch für Obst (+ 8,3 %) und Gemüse (+ 5,3 %) mehr ausgegeben werden als im Jahr 2000. Fisch und Fischwaren wurden im Berichtsjahr um 5,1 % teurer. Dies wirkt sich auch im Index der Einzelhandelspreise aus, der im Jahresdurchschnitt um 1,6 % im Vergleich zu 2000 gestiegen ist. Für Dienstleistungen und Wohnungsmieten bezahlten die privaten Haushalte nur vergleichsweise wenig mehr als im Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt 2001 stiegen die Kosten für Dienstleistungen um 2,1 % im Vergleich zum Vorjahr, für Wohnungsmieten (incl. Wohnungsnebenkosten) musste 1,3 % mehr ausgegeben werden.

Ab Januar 1997 wurden für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) harmonisierte Verbraucherpreisindizes bereitgestellt, wobei auch eine Rückrechnung für die Jahre 1995 und 1996 durchgeführt wurde. Internationale Inflationsvergleiche waren bislang nur schwer möglich, da die nationalen Verbraucherpreisindizes sowohl mit unterschiedlichen Erfassungsbereichen als auch mit unterschiedlichen Berechnungsverfahren erstellt werden. Mit der Einführung der harmonisierten Verbraucherpreisindizes wurde der Erfassungsbereich und methodische Aspekte vereinheitlicht, sodass Analysen zu den Ursachen von Preisveränderungen auf einer vergleichbaren Basis ermöglicht werden. Im Zuge der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wurden die harmonisierten Verbraucherpreisindizes für die Messung des Kriteriums „Preisstabilität“ aus dem Vertrag von Maastricht eingesetzt. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex stieg im Jahresdurchschnitt 2001 in Deutschland um 2,4 % gegenüber dem Vorjahr. Dieser Wert entspricht etwa dem Durchschnitt der 15 EU-Mitgliedstaaten. Nur in Frankreich und im Vereinigten Königreich wurden deutlich niedrigere Teuerungsraten als in Deutschland ermittelt.

Näherungsweise kann man mit Hilfe der Jahresdurchschnitte der Messzahlen für einzelne Güter und Dienstleistungen des Warenkorb für den Preisindex der Lebenshaltung auch Aussagen über die Preisentwicklung auf der Verbraucherebene in Schleswig-Holstein gewinnen. Im Bereich der Nahrungs- und Genussmittel verlief die Entwicklung der Verbraucherpreise 2001 unterschiedlich. Deutlich verteuert im Vergleich zum Vorjahr haben sich Porree (+ 34,2 %), Eisbergsalat (+ 31,4 %), Schweinebraten (+ 26,0 %), Apfelsinen (+ 23,6 %), Mohrrüben (+ 20,5 %) und Zwiebeln (+ 20,5 %). Dagegen sind die Preise für folgende Produkte zurückgegangen: Stangenspargel (- 9,1 %), Tomaten (- 6,3 %) und Salatgurken (- 5,6 %).

Wie schon in den Vorjahren hielt in Schleswig-Holstein der Trend zu Preisrückgängen im Bereich der Unterhaltungselektronik weiterhin an: brennbare CD-Rohlinge (- 18,7 %), Video-Bänder (- 5,8 %), CD-Player (- 4,9 %) und Tonbandkassetten (- 4,5 %). Während Heizöl sich um 6,0 % verbilligte, mussten die privaten Haushalte für Gas rund 30 % und für Fernwärme gut 20 % mehr ausgeben. Taxifahrten wurden um 11,4 % teurer. Auch für Fahrunterricht erhöhten sich die Preise. Die Grundgebühr für den theoretischen Fahrunterricht stieg um 18,7 %, die Fahrstunde verteuerte sich um 9,2 %.

Verdienste

Mit den laufenden Verdiensterhebungen im produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe werden aktuelle Ergebnisse zu den Verdiensten und Arbeitszeiten für Arbeiter und Angestellte bereitgestellt. Die Verdiensterhebung wird als Stichprobe durchgeführt, die im früheren Bundesgebiet zurzeit etwa 10 % der zur Auswahlmasse zählenden Betriebe erfasst. In die Erhebung werden keine Angaben für einzelne Personen einbezogen, sondern Summenangaben für Leistungsgruppen und deren Kopfzahl. Dabei sind alle Arbeiter und Angestellten der Stichprobenbetriebe einzubeziehen, mit Ausnahme der Teilzeitbeschäftigten, Auszubildenden, mithelfenden Familienangehörigen sowie der Personen, die wegen Krankheit, Einstellung oder Entlassung nicht für den ganzen Erhebungsmonat entlohnt wurden.

Bei den Angestellten werden die leitenden Angestellten und die Angestellten mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis in den laufenden Verdiensterhebungen nicht erfasst (Leistungsgruppe I). Die Arbeiter und Angestellten gehören zu Leistungsgruppen, die über die Qualitätsanforderungen ihrer Tätigkeiten gebildet werden. Häufig umfasst eine Leistungsgruppe mehrere tarifliche Lohn- und Gehaltsgruppen.

Übersicht der statistischen Leistungsgruppen für Arbeiter und Angestellte in den Verdiensterhebungen

Leistungsgruppen der Arbeiter

Leistungsgruppe 1:

Arbeiter, die ihre Befähigung durch eine abgeschlossene Lehre im ausgeübten Beruf oder langjährige Berufserfahrung erworben haben. Häufige Bezeichnung in den Tarifen: Facharbeiter.

Leistungsgruppe 2:

Arbeiter, die über keine abgeschlossene Lehre im ausgeübten Beruf verfügen, aber ihre Fähigkeiten im

Rahmen einer längeren Anlernzeit erworben haben. Häufige Bezeichnung in den Tarifen: Angelernte Arbeiter.

Leistungsgruppe 3:

Arbeiter, die einfache Tätigkeiten ausführen, für die eine fachliche Ausbildung nicht erforderlich ist. Häufige Bezeichnung in den Tarifen: Ungelernte Arbeiter oder Hilfsarbeiter.

Leistungsgruppen der Angestellten

Leistungsgruppe II:

Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbstständigen Leistungen, die verantwortliche Tätigkeiten mit eingeschränkter Dispositions- und Aufsichtsbe-
fugnis ausüben.

Leistungsgruppe III:

Angestellte mit abgeschlossener Berufsausbildung, die über mehrjährige Berufserfahrung oder besondere Fachkenntnisse und Fähigkeiten verfügen und selbstständig arbeiten.

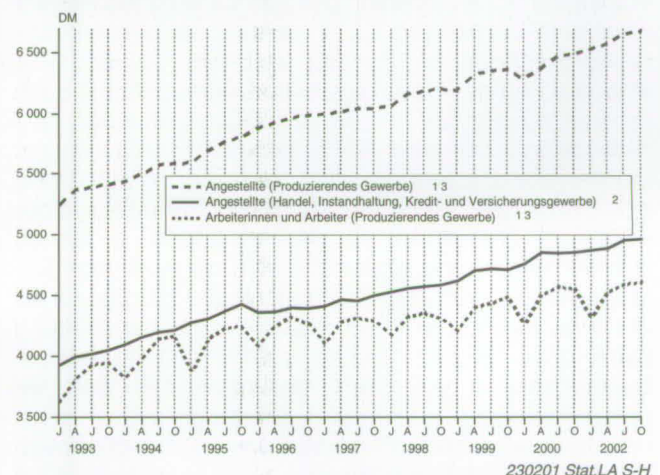
Leistungsgruppe IV:

Angestellte mit abgeschlossener Berufsausbildung oder langjähriger Berufserfahrung, die ohne eigene Entscheidungsbefugnis einfache Tätigkeiten ausüben.

Leistungsgruppe V:

Angestellte, die einfache, schematische oder mechanische Tätigkeiten ausführen, die keine Berufsausbildung erfordern.

Bruttomonatslöhne und -gehälter (DM) in Schleswig-Holstein 1993 bis 2001



- ¹ vor Okt. 1995 Industrie (einschl. Hoch- u. Tiefbau mit Handwerk)
² vor Okt. 1995 Handel, Banken, Versicherungen
³ neuer Berichtskreis im Produzierenden Gewerbe ab Oktober 1999

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Arbeiter und Angestellten im Produzierenden Gewerbe in Schleswig-Holstein im Oktober 2001 nach Leistungsgruppe und Geschlecht

Leistungsgruppe	Männer	Frauen	Insgesamt
	EUR		
	Arbeiter		
1	2 610	2 201	2 600
2	2 219	1 874	2 146
3	2 083	1 673	1 905
Zusammen	2 451	1 805	2 356
Veränderung gegenüber Oktober 2000 in %	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,2
	Angestellte ¹		
II	4 465	3 710	4 373
III	3 330	2 761	3 171
IV	2 569	2 193	2 351
V	2 077	1 845	1 900
Zusammen	3 721	2 654	3 415
Veränderung gegenüber Oktober 2000 in %	+ 2,5	+ 4,5	+ 3,0

¹ Leistungsgruppe I wird nicht erfasst.

Arbeiter und Angestellte im Produzierenden Gewerbe in Schleswig-Holstein im Oktober 2001 nach Leistungsgruppe und Geschlecht

Leistungsgruppe	Männer	Frauen	Insgesamt
	%		
	Arbeiter		
1	63,1	9,6	55,2
2	25,9	40,7	28,1
3	11,1	49,8	16,7
Zusammen	100	100	100
	Angestellte ¹		
II	42,2	14,5	34,2
III	46,7	45,0	46,2
IV	10,6	36,0	17,9
V	0,5	4,4	1,7
Zusammen	100	100	100

¹ Leistungsgruppe I wird nicht erfasst.

In der laufenden Verdiensterhebung umfasst der Bruttoverdienst alle Beträge, die vom Arbeitgeber in jeder Abrechnungsperiode gezahlt werden. Nicht zum Bruttoverdienst zählen alle einmaligen oder unregelmäßigen Zahlungen, wie zum Beispiel 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld und Prämien, es sei denn, derartige Sonderzahlungen werden in monatlichen Teilbeträgen laufend gezahlt. Da diese Sonderzahlungen in einigen Wirtschaftszweigen den regelmäßig gezahlten Verdienst erheblich erhöhen können, geben die ermittelten Durchschnittsverdienste somit nur einen groben Anhaltspunkt für das absolute Verdienstniveau. Die Ermittlung der einmaligen oder unregelmäßigen Verdienstbestandteile geschieht mit Hilfe der Jahresverdiensterhebung.

Um in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) vergleichbare Verdienstangaben bereitzustellen, wurde über eine EU-Verordnung eine einheitliche Wirtschaftszweigklassifikation angeordnet. In Deutschland wurde die Verdiensterhebung ab dem Berichtsmonat Januar 1996 auf die Fassung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93), umgestellt. Durch die Umstellung erweiterte sich auch der Erfassungsbereich, indem das Verlagsgewerbe und das Recycling im Verarbeitenden Gewerbe sowie das Reparaturgewerbe, der Kraftfahrzeughandel und die Tankstellen im Handel in die Verdiensterhebung einbezogen wurden. Gleichzeitig änderten sich auch die Bezeichnungen einzelner Wirtschaftsbereiche, nämlich „Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)“ in „Produzierendes Gewerbe“ und „Verarbeitende Industrie (ohne Bauindustrie)“ in „Verarbeitendes Gewerbe“.

Im Oktober 1999 erfolgte ein Austausch der zur laufenden Verdiensterhebung meldenden Stichprobenbetriebe des Produzierenden Gewerbes. Mit derartigen Berichtskreiswechseln verfolgt man zwei Ziele. Zum einen soll die Stichprobe an die aktuelle Wirtschaftsstruktur angepasst werden, zum anderen ist beabsichtigt, die Belastung der Auskunftserteilung auf alle Betriebe des erfassten Wirtschaftsbereichs gleichmäßig zu verteilen.

Berichtskreiswechsel beeinträchtigen allerdings den zeitlichen Vergleich, da die Ergebnisse von Stichprobenerhebungen mit Fehlern behaftet sind, die bei unterschiedlichen Stichproben voneinander abweichen können. Außerdem verändert auch die Anpassung an die aktuelle Wirtschaftsstruktur, insbesondere im Falle von Neugründungen, die Ergebnisse.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter im Produzierenden Gewerbe erzielten im Oktober 2001 einen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst in Höhe von 2 356 EUR. Damit ist der Verdienst gegenüber dem Oktober 2000 um 1,2 % gestiegen. Im Oktober 2001 betrug die durchschnittliche bezahlte Wochenarbeits-

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten¹ im Handel und in der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Schleswig-Holstein im Oktober 2001 nach Leistungsgruppe und Geschlecht

Leistungsgruppe	Männer	Frauen	Insgesamt
	EUR		
	Handel und Instandhaltung		
II	3 681	2 999	3 533
III	2 606	2 081	2 393
IV	2 058	1 746	1 859
V	1 579	1 465	1 511
Zusammen	2 658	1 944	2 322
Veränderung gegenüber Oktober 2000 in %	- 0,2	+ 1,6	+ 0,9
	Kredit- und Versicherungsgewerbe		
II	4 173	3 616	4 070
III	2 848	2 640	2 732
IV	2 295	2 159	2 215
V	1 905	1 926	1 917
Zusammen	3 338	2 641	3 018
Veränderung gegenüber Oktober 2000 in %	+ 3,8	+ 4,0	+ 3,8

¹ Leistungsgruppe I wird nicht erfasst.

zeit 38,1 Stunden einschließlich der bezahlten Mehrarbeitsstunden, die damit um 0,3 % niedriger war als im Vorjahr. Die Frauen verdienten durchschnittlich 1 805 EUR im Oktober 2001 und damit 1,6 % mehr als im Vorjahresmonat. Die Männer erreichten mit einem Durchschnittsverdienst von 2 451 EUR ein Plus von 1,3 % im Vergleich zum Oktober 2000. Damit erhielten die Arbeiterinnen 73,6 % des Durchschnittslohnes ihrer männlichen Kollegen. Die kaufmännischen und technischen Angestellten im Produzierenden Gewerbe erreichten im Oktober 2001 mit einem durchschnittlichen Bruttomonatsgehalt von 3 415 EUR einen Zuwachs von 3,0 % gegenüber dem Oktober 2000. Die weiblichen Angestellten verdienten im Durchschnitt 2 654 EUR (+ 4,5 %), die männlichen Angestellten 3 721 EUR (+ 2,5 %). Das Durchschnittsgehalt der Frauen betrug damit 71,3 % des Gehalts der männlichen Kollegen.

Die Bruttomonatsgehälter der Angestellten in den Wirtschaftsbereichen Handel und Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern

sind im Oktober 2001 um 0,9 % im Vergleich zum Vorjahresmonat auf 2 322 EUR gestiegen. Das Gehalt der Frauen erhöhte sich um 1,6 % auf 1 944 EUR, das Gehalt der Männer ging um 0,2 % auf 2 658 EUR zurück. Die weiblichen Angestellten erzielten damit 73,1 % des Durchschnittsgehalts der männlichen Angestellten.

Im Kredit- und Versicherungsgewerbe erhielten die Angestellten im Oktober 2001 ein durchschnittliches Bruttomonatsgehalt von 3 018 EUR. Dies entspricht einem Zuwachs von 3,8 % gegenüber dem Oktober 2000. Das Monatsgehalt der Frauen stieg im gleichen Zeitraum um 4,0 % auf 2 641 EUR, das der Männer um 3,8 % auf 3 338 EUR. Das Durchschnittsgehalt der Frauen belief sich damit auf 79,1 % des Durchschnittsgehalts der männlichen Kollegen.

Die Unterschiede in den Durchschnittsverdiensten zwischen Männern und Frauen sind zum Teil durch die Struktur der einzelnen Leistungsgruppen begründet. Die Anforderungen in den Leistungsgruppen 3 bei Arbeitern und IV/V bei Angestellten sind verhältnismäßig gering. Damit umfassen diese Leistungsgruppen auch Arbeitnehmer mit einer eher niedrigen Qualifikation. In diesen Gruppen wurden die geringsten Durchschnittsverdienste festgestellt. Die Besetzungszahlen in den einzelnen Leistungsgruppen im Produzierenden Gewerbe zeigen, dass in den Gruppen 3 bei Arbeitern und IV/V bei Angestellten überproportional viele Frauen vertreten sind. Dies führt somit zwangsläufig zu einem niedrigeren Durchschnittsverdienst für Frauen insgesamt. Wenn man den Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen getrennt je Leistungsgruppe für das Produzierende Gewerbe betrachtet, fallen die Unterschiede deutlich geringer aus als im Gesamtdurchschnitt über alle Gruppen.

Bei einem differenzierten Vergleich je Leistungsgruppe belief sich im Oktober 2001 der Verdienst der weiblichen Angestellten auf 82,9 % bis 88,8 % sowie bei den Arbeiterinnen auf 80,3 % bis 84,5 % dessen, was ihre männlichen Kollegen erhielten. Weitergehende Analysen der geschlechterspezifischen Verdienstunterschiede sind mit dieser Erhebung nicht möglich, da hierzu weitere Einflussfaktoren auf die Verdiensthöhe einbezogen werden müssten, zum Beispiel die Dauer der Betriebszugehörigkeit, Berufserfahrung, Qualifikation, ausgeübte Tätigkeit und der Wirtschaftszweig.

Bruttoinlandsprodukt

Das schleswig-holsteinische Bruttoinlandsprodukt, die Summe der hierzulande erzeugten Güter und Dienste, ist 2001 gegenüber dem Vorjahr nominal um 1,6 % und real, d. h. nach Ausschaltung der Preisverände-

rungen gemessen, um 0,2 % gestiegen. Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts für Deutschland betrug nominal 1,9 % und real 0,6 %. Für die alten Bundesländer (ohne Berlin) waren es nominal 1,9 % und real 0,7 %

Dafür, dass das Wirtschaftswachstum 2001 nur gering ausfiel, ist die in Bund und Land etwa gleichermaßen krisenhafte Situation im Baugewerbe eine wesentliche Ursache. Im Monatsdurchschnitt Januar bis Dezember 2001 beschäftigte das schleswig-holsteinische Baugewerbe 5,5 % und das deutsche Baugewerbe sogar 6,5 % weniger Personen als im selben Zeitraum des Jahres zuvor. Entsprechend ging auch die reale Bruttowertschöpfung 2001 gegenüber dem Vorjahr im Baugewerbe Schleswig-Holsteins um 4,4 % und auf Bundesebene um 6,6 % zurück.

Das Wachstum der schleswig-holsteinischen Wirtschaft fällt insbesondere deshalb etwas geringer aus als im Bundesdurchschnitt, weil im Zeitraum Januar bis Dezember 2001 die reale Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes 2001 in Schleswig-Holstein um 0,2 % gesunken ist, während sie in

Deutschland um 0,1 % anstieg. Auch der deutliche Rückgang der realen Bruttowertschöpfung um 9,3 % in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei des Landes, dem ein leichter Anstieg um 1,2 % für das gesamte Bundesgebiet gegenübersteht, sorgte in Schleswig-Holstein dafür, dass das Wirtschaftswachstum nicht über die oben erwähnten 0,2 % hinaus geht.

Der nur geringe Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts geht einher mit einem Verlust an Arbeitsplätzen. Die Zahl der Erwerbstätigen im Lande ist 2001 nach ebenfalls noch vorläufigen Zahlen gegenüber dem Vorjahr um 0,3 % gesunken (Deutschland + 0,2 %). Im Jahresmittel 2001 waren in schleswig-holsteinischen Arbeitsstätten 1 229 000 Menschen erwerbstätig.

Mit der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts 2001 wurden auch Ergebnisse für frühere Jahre aktualisiert. Danach hatte die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2000 gegenüber 1999 in Schleswig-Holstein 0,5 % und in Deutschland insgesamt 2,6 % betragen.

Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätige am Arbeitsort in den Bundesländern 2001

– Veränderung 2001 gegenüber 2000 in % –

Land	Bruttoinlandsprodukt		Erwerbstätige am Arbeitsort
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1995	
Baden-Württemberg	2,0	0,8	1,3
Bayern	2,1	0,9	0,9
Berlin	1,0	- 0,1	- 0,4
Brandenburg	1,2	- 0,8	- 2,2
Bremen	2,3	1,0	0,4
Hamburg	2,3	1,3	0,5
Hessen	2,1	1,5	1,0
Mecklenburg-Vorp.	1,0	- 0,8	- 2,8
Niedersachsen	2,0	0,4	- 0,1
Nordrhein-Westfalen	1,5	0,2	0,3
Rheinland-Pfalz	1,7	0,4	0,6
Saarland	2,3	1,1	- 0,1

Land	Bruttoinlandsprodukt		Erwerbstätige am Arbeitsort
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1995	
Sachsen	2,7	0,9	- 1,5
Sachsen-Anhalt	1,5	- 0,5	- 2,3
Schleswig-Holstein	1,6	0,2	- 0,3
Thüringen	1,5	- 0,3	- 1,9
Deutschland	1,9	0,6	0,2
Darunter nachrichtlich:			
Alte Bundesländer			
ohne Berlin	1,9	0,7	0,6
einschl. Berlin	1,9	0,6	0,6
Neue Bundesländer			
ohne Berlin	1,8	- 0,1	- 2,0
einschl. Berlin	1,6	- 0,1	- 1,7

Vorläufige Werte

Ergebnisse des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Ergebnisse des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“

Beteiligte Autorinnen und Autoren:

Erwin Beyermann, Bernd Grocholski-Plescher, Dr. Hans-Siegfried Grunwaldt, Dr. Margarete Haberhauer, Kirsten Otto, Thorsten Quiel, Bernd Reuter, Gerd Scheel, Dietmar Schrödter, Bernd Struck, Gerhard Winck

Land und Bund im Vergleich

Hier werden die wichtigsten, in den Textbeiträgen auch kommentierten Merkmale der Landesentwicklung den entsprechenden Daten für Deutschland gegenübergestellt. Aus Gründen unterschiedlichen Redaktionsschlusses sind, wenn in die Tabelle aktuellere Ergebnisse noch eingebaut werden konnten, Abweichungen möglich.

Deutschland und Schleswig-Holstein im Zahlenvergleich 2001

Merkmal	Dimension	Deutschland		Schleswig-Holstein		Anteil des Landes am Bundeswert in %
		absolut	Veränderung zum Vorjahr in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr in %	
Natürliche Bevölkerungsbewegung						
Geborene	1 000
Gestorbene	1 000
mehr gestorben als geboren	1 000
Schüler/-innen an allgemein bildenden Schulen¹	1 000	9 870	- 0,9	335	1,0	3,4
Studenten/Studentinnen (Jahresende)²	1 000	1 861	3,4	42	2,6	2,3
Straßenverkehrsunfälle²	1 000	2 350	0,5	60	0,5	2,6
dabei Verunglückte	1 000	501	- 2,0	19	- 2,2	3,7
darunter Getötete	Anzahl	6 949	- 7,4	226	1,3	3,3
Landwirtschaft						
Getreideernte	Mill. t	49,7	9,8	3,0	5,6	6,0
Milchproduktion	Mill. t	28,2	- 0,5	2,3	- 0,8	8,3
Schlachtmenge ³	1 000 t	5 467	2,9	243,3	- 7,6	4,5
Stromerzeugung^{1 4}	Mrd. KWh					
Verarbeitendes Gewerbe⁵						
Beschäftigte (Jahresdurchschnitt)	1 000	6 390	0,2	139	- 1,2	2,2
Lohn- und Gehaltssumme	Mrd. EUR	226	2,4	5	0,1	2,1
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mrd. EUR	1 344	2,8	28	- 0,7	2,1
Bauhauptgewerbe¹						
Beschäftigte (Jahresdurchschnitt)	1 000	954	- 9,1	32	- 9,1	3,3
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	1 124	- 11,9	36	- 13,2	3,2
Baugewerbl. Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mrd. EUR	91	- 7,4	3	- 7,1	2,9
Baugenehmigungen						
Wohnungen im Wohnbau ⁶	1 000	257	- 15,6	10	- 13,3	3,9
Großhandel² (ohne Kfz-Handel)	Messziffer					
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	1995 \pm 100	106,7	- 2,2	116,7	- 2,3	x
Einzelhandel² (ohne Kfz-Handel, Tankstellen)	Messziffer					
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	1995 \pm 100	105,8	2,7	105,2	1,0	x
Gastgewerbe²	Messziffer					
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	1995 \pm 100	98,0	0,7	98,4	- 0,4	x
Fremdenverkehr⁷						
Ankünfte	Mill.	107	- 0,8	4	0,1	4,1
Übernachtungen	Mill.	327	0,1	21	0,2	6,4
Arbeitsmarkt						
Arbeitslose (Jahresdurchschnitt) ⁸	1 000	3 852	- 0,1	116	1,6	3,0
Insolvenzen	Anzahl	49 326	16,7	1 737	16,7	3,5

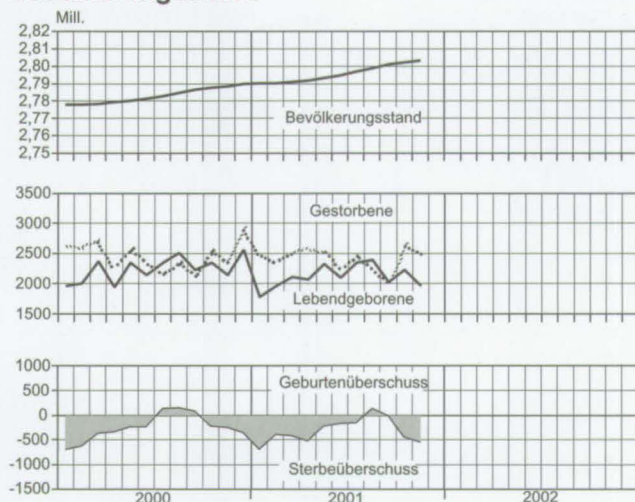
¹ Bundeswerte vorläufig ² vorläufige Werte ³ Gewerbliche und Hausschlachtungen (Hausschlachtungen ohne Schweine) ⁴ brutto

⁵ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Zahlen vorläufig, einschl. der in der Handwerkszählung 1995 neu gefundenen Einheiten ⁶ nur Errichtung neuer Gebäude, vorläufige Werte

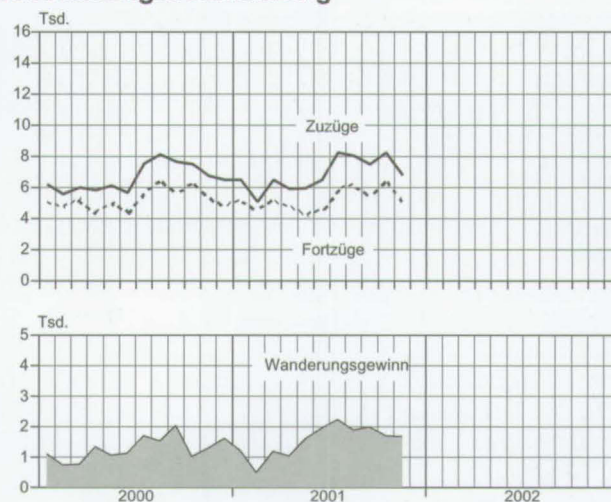
⁷ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschl. Jugendherbergen; ohne Campingplätze), vorläufige Werte

⁸ Bundesanstalt für Arbeit

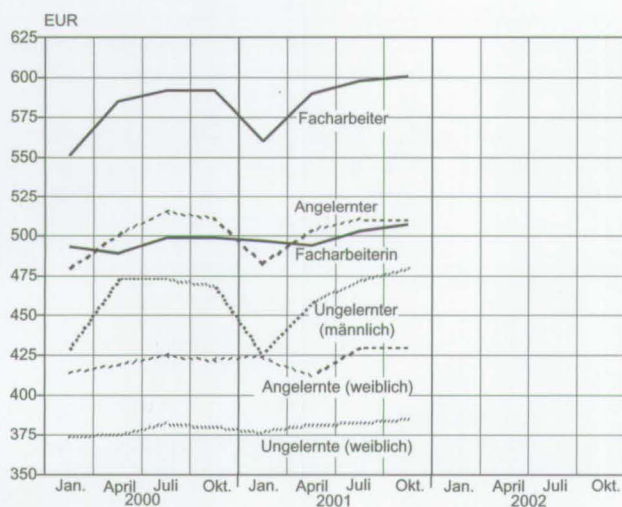
Bevölkerungsstand



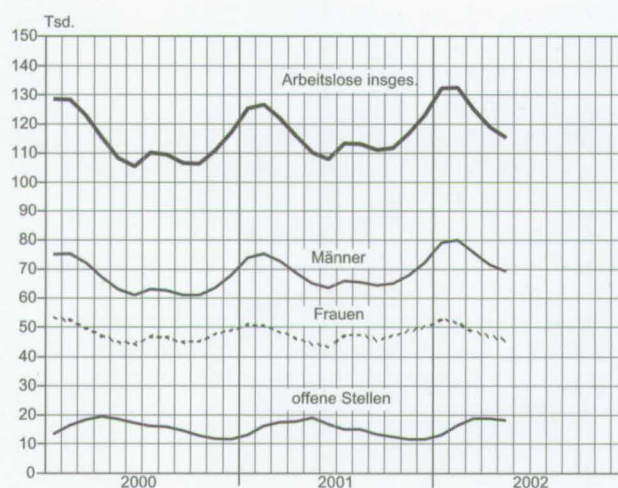
Bevölkerungsveränderung



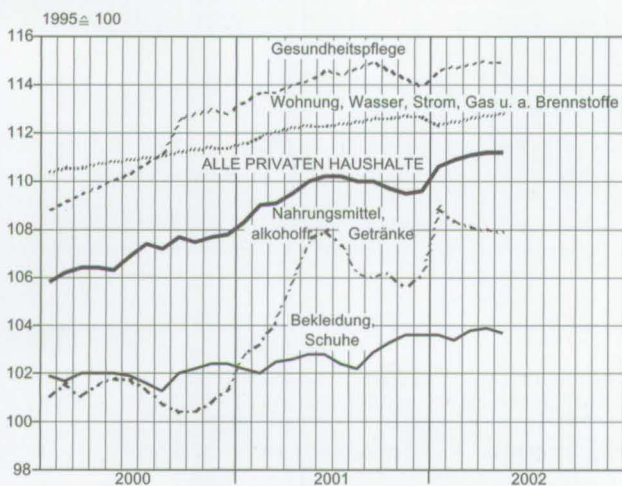
Bruttowochenverdienste



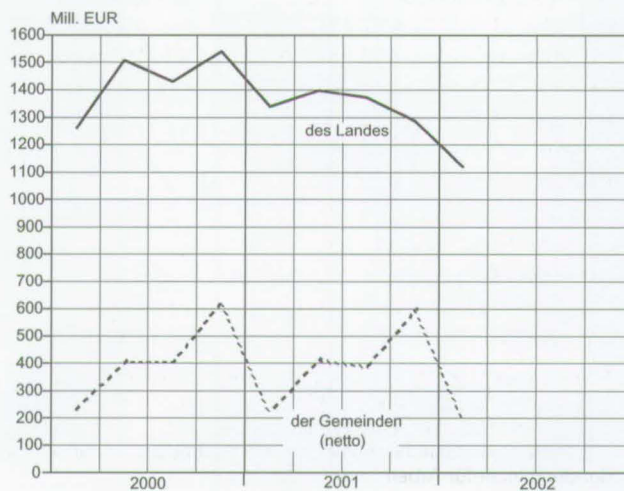
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

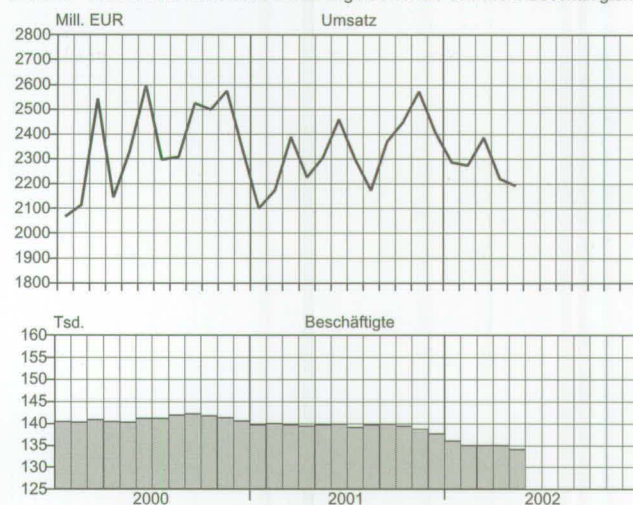


Steuereinnahmen



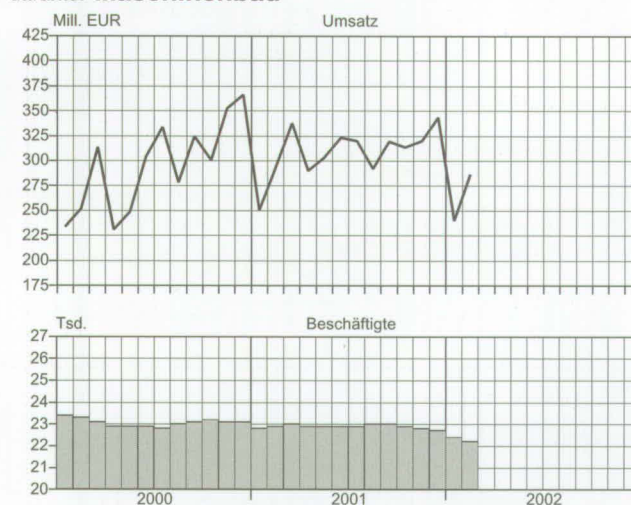
Verarbeitendes Gewerbe

Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

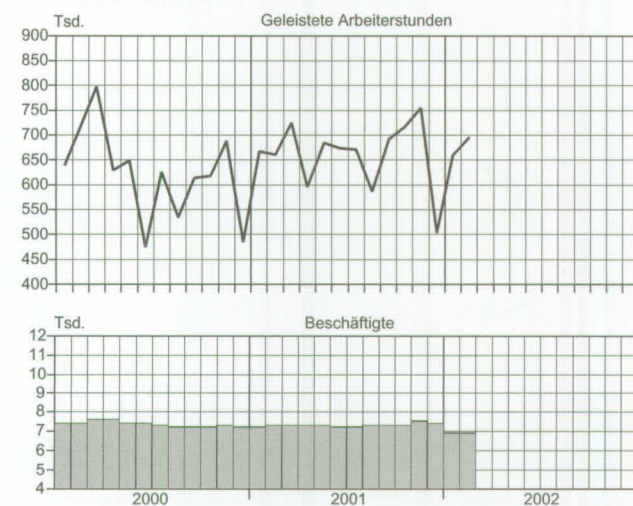


darunter Maschinenbau

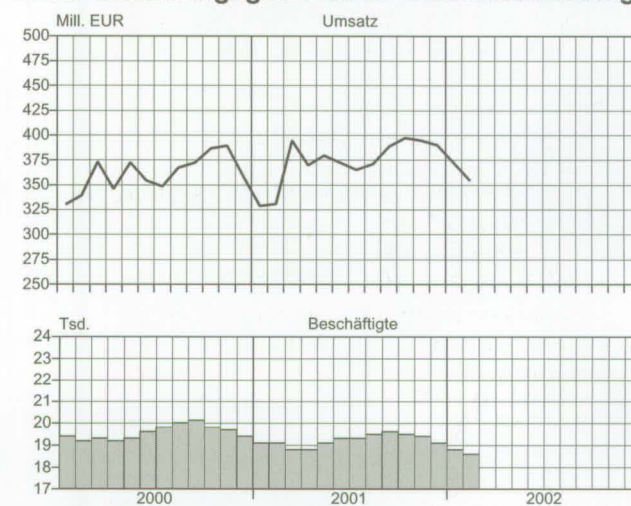
130202 Stat.LA S-H



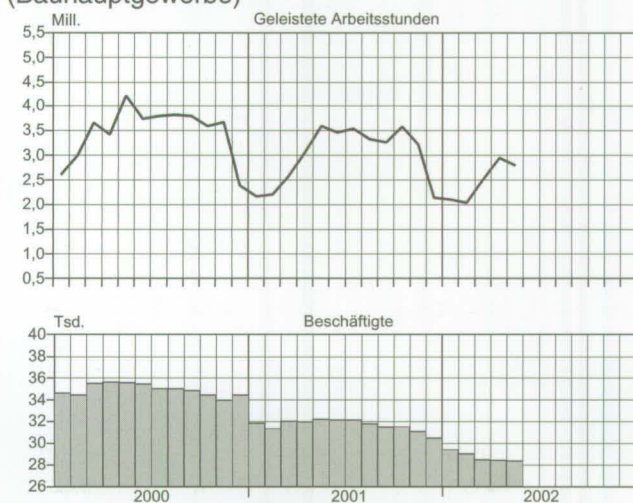
darunter Schiffbau



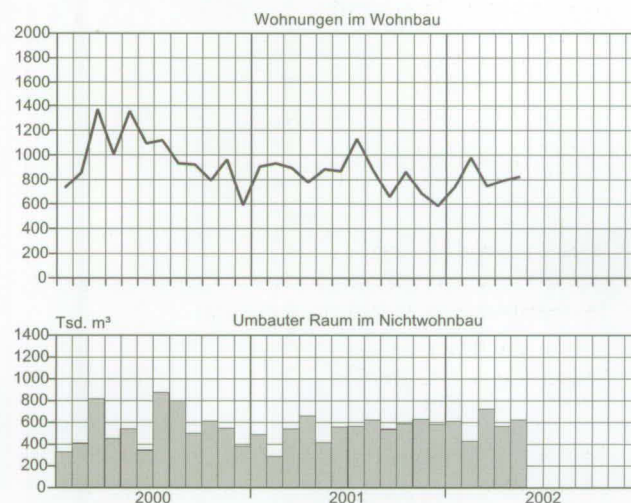
darunter Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung



Vorbereit. Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe)



Baugenehmigungen



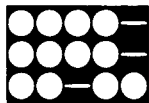
Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein im April und Mai 2002

Sachgebiet Kurztitel	Kenn- ziffer	Periodi- zität	R	Preis in EUR
Publikationen				
Querschnittsveröffentlichungen				
Statistisches Monatsheft Februar 2002	MONATH	m	K	2,05
Daten zur Konjunktur in Schleswig-Holstein – im Januar 2002 – im Februar 2002	DZK	m	L	–
Verzeichnisse				
Bildung				
Verzeichnis der berufsbildenden Schulen (Schuljahr 2001/2002)	SCHUVB	j	G	4,70
Statistische Berichte				
Gebiet und Bevölkerung				
Bevölkerungsentwicklung – im 2. Vierteljahr 2001 – im 3. Vierteljahr 2001	A I 1	vj	K	0,77
Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im 2. Vierteljahr 2001	A II 1	vj	K	0,77
Wanderungen – im 2. Vierteljahr 2001 – im 3. Vierteljahr 2001	A III 1	vj	K	0,77
Wanderungen 2000	A III 1/A III 2	j	K	1,53
Bildung				
Lehrerinnen und Lehrer in allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2001/2002	B I 2	j	K	2,05
Berufsbildende Schulen, Teil 1: Mehrjährige Übersichten bis Schuljahr 2001/2002	B II 1	j	K	1,53
Berufsbildende Schulen, Teil 2: Schuljahr 1999/2000	B II 1	j	K	2,66
Lehrerinnen und Lehrer in berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2001/2002	B II 2	j	K	1,79
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei				
Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland Mitte April 2002	C II 1	m	L	0,77
Schlachtungen – im Februar 2002 – im März 2002	C III 2	m	K	0,77
Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe im April 2001 – einschließlich Gartenbaubetriebe –	C IV 1	2-jährl.	L	1,53
Produzierendes Gewerbe				
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Dezember 2001	E I 1	m	K	1,79
Handwerk im 3. Quartal 2001	E V 1	vj	L	0,77
Baugewerbe – im Januar 2002 – im Februar 2002	E II 1/E III 1	m	K	1,53
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Baugenehmigungen – im Januar 2002 – im Februar 2002 – im März 2002	F II 1	m	K	0,77
Baugenehmigungen 2001	F II 1	j	K	1,53
Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen am 31.12.2001	F II 4	j	K	0,77
Baufertigstellungen und Bauüberhang 2001	F II 2/F II 3	j	K	1,28
Handel und Gastgewerbe				
Entwicklung im Einzelhandel – im Januar 2002 – im Februar 2002	G I 1	m	L	0,77
Ausfuhr im Dezember 2001	G III 1	m	L	1,28
Ausfuhr 2000	G III 1	j	L	5,52
Einfuhr 2000	G III 3	j	L	1,28

Sachgebiet Kurztitel	Kenn- ziffer	Periodi- zität	R	Preis in EUR
noch: Handel und Gastgewerbe				
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr – im Dezember 2001 – im Januar 2002 – im Februar 2002	G IV 1	m	G	0,77
Entwicklung im Gastgewerbe – im Januar 2002 – im Februar 2002	G IV 3	m	L	0,77
Finanzen und Steuern				
Öffentliche Haushaltsrechnungen 1998 (Staatsfinanzen)	L I 3	j	L	1,53
Preise				
Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet – im März 2002 – im April 2002	M I 2/S	m	B	0,77
Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im 1. Vierteljahr 2002	M I 4/S	vj	B	0,77
Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 2001 (vorläufiges Ergebnis)	M I 7	j	K	0,77
Elektronische Medien				
Standarddaten und Verzeichnisse				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei				
Ergebnisse der Viehzählung auf Gemeindeebene (03.05.2001)	VIEHG	2-jährl.	G	40,90
Großvieheinheiten auf Gemeindeebene (03.05.2001)	GVIEHG	2-jährl.	G	40,90
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Wohngebäude und Wohnungen in den Gemeinden am 31.12. 2001	WOFO	j	G	40,90

R: kleinste ausgewiesene regionale Gliederung:
B = Bundesgebiet; L = Land; K = Kreise/Kreisfreie Städte;
G = Gemeinde; S = sonstige Regionalebene
Abkürzungen: m = monatlich; vj = vierteljährlich; hj = halbjährlich;
j = jährlich; 2j = zweijährlich; x = unregelmäßig; ein = einmalig
Über alle lieferbaren Publikationen (auch in elektronischer Form)
informiert unser Veröffentlichungsverzeichnis (im Internet oder als
kostenlose Broschüre).

Einzelbestellungen (zzgl. Versandkosten)
oder Abonnementswünsche bitte an:
Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein
– Vertrieb –
Post: Postfach 71 30, 24171 Kiel
Telefon: (04 31) 68 95 - 2 80
Telefax: (04 31) 68 95 - 4 98
E-Mail: vertrieb@statistik-sh.de



Zahlenbeilage

Daten zur Konjunktur	2
Jahreszahlen	4
Zahlenspiegel	6
Kreiszahlen	11
Erweiterte Kreiszahlen	12
Zahlen für Bundesländer	16

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

54. Jahrgang

Heft 4/5

April/Mai 2002

zu

1226/2

H. 4/5

2. EX

Daten zur Konjunktur Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Energiewirtschaft		März 2001		Januar bis März 2001	
Stromerzeugung (brutto)	Gwh
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Betriebe	Anzahl	1 460	- 1,3	1 461	- 1,6
Beschäftigte	1 000	135	- 3,4	135	- 3,1
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. h	11	- 8,6	11	- 5,3
Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	374	- 0,9	373	- 1,0
darunter Bruttolohnsumme	Mill. EUR	185	- 1,7	184	- 0,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	2 387	- 0,1	2 316	+ 4,3
Inlandsumsatz	Mill. EUR	1 532	- 4,0	1 473	- 1,1
Auslandsumsatz	Mill. EUR	855	+ 7,9	842	+ 15,3
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige			- 4,2		+ 0,6
aus dem Inland			- 7,3		- 5,7
aus dem Ausland			+ 0,7		+ 11,5
Baugewerbe (Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)²					
Beschäftigte	1 000	28	- 11,0	29	- 8,7
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. h	3	- 3,1	2	- 4,4
Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	51	- 5,4	51	- 5,9
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	163	- 11,3	144	- 4,7
Auftragseingang ³	Mill. EUR	86	- 33,9	78	- 21,1
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	751	- 16,3	822	- 9,9
Nichtwohnbau	1 000 m² umbauter Raum	720	+ 33,6	585	+ 34,0
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)					
Beschäftigte	Messziffer 1995 = 100	94,2	- 0,2	93,9	- 0,2
Umsatz	Messziffer 1995 = 100	107,7	+ 3,4	94,1	- 1,0
Gastgewerbe					
Beschäftigte	Messziffer 1995 = 100	88,6	+ 2,2	82,2	- 0,5
Umsatz	Messziffer 1995 = 100	86,6	+ 9,4	72,8	+ 4,3
Tourismus⁵					
Gästeankünfte	1 000	284	+ 14,9	200	+ 3,1
Gästeübernachtungen	1 000	1 122	+ 21,5	751	+ 5,2
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	124 922	+ 2,4	129 583	+ 4,7
Gemeldete Stellen	Anzahl	18 993	+ 7,4	14 990	+ 2,2
Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	6 060	+ 3,1	6 271	+ 13,6
Insolvenzen					
Beantragte Insolvenzen	Anzahl	298	+ 129,2	278	+ 103,7

¹ einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II/1/E III 1

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl, () = eingeschränkte Aussagefähigkeit

**Daten zur Konjunktur
Schleswig-Holstein**

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 2001	April 2001	Mai. 2001	Juni. 2001	Juli 2001	August 2001	Sept. 2001	Okt. 2001	Nov. 2001	Dez. 2001	Jan. 2002	Febr. 2002	März 2002
Verarbeitendes Gewerbe¹														
Betriebe	Land	-1,0	-0,8	-0,3	-0,8	-0,7	-0,9	-1,0	-1,1	-1,1	-0,9	r-1,8	-1,8	-1,3
	Bund	+0,4	+0,4	+0,5	+0,4	+0,4	+0,4	+0,6	+0,4	+0,4	+0,4	-1,3	-1,3	-1,4
Beschäftigte	Land	-1,2	-0,7	-0,5	-0,9	-1,5	-1,5	-1,5	-1,6	-1,8	-2,1	-2,5	-3,3	-3,4
	Bund	+0,3	+0,9	+0,7	+0,5	+0,3	+0,1	-0,1	-0,4	-0,7	-0,9	-1,6	-2,2	-2,4
Geleistete Arbeiterstunden	Land	-2,4	-2,3	-4,9	-3,0	+0,6	-1,1	-3,8	+0,4	-2,5	-5,4	-4,1	-3,1	-8,6
	Bund	-1,7	+1,4	-4,4	-0,2	+0,4	-1,0	-4,3	+0,4	-4,3	-6,9	-4,7	-4,6	-11,0
Bruttolohn- und Brutto Gehaltssumme	Land	+1,0	+4,6	+1,7	+1,2	+0,6	+0,6	+0,1	+1,0	-1,0	-0,2	-1,4	-0,5	-0,9
	Bund	+2,4	+4,3	+2,5	+2,2	+2,9	+2,0	+0,9	+2,0	+0,3	+0,5	-1,2	-0,6	-2,2
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	-0,7	+10,5	-1,1	-5,3	+4,9	-6,1	-6,1	-1,9	-2,3	+3,2	r+8,9	+4,6	-0,1
	Bund	+2,9	+9,8	+0,6	+4,1	+5,3	+2,1	r-2,0	+3,2	-3,0	-7,7	-2,9	-3,9	-9,2
Inlandsumsatz	Land	-0,8	+9,8	-3,4	-1,9	-3,7	-1,2	-7,6	± 0,0	-0,2	+0,7	r+1,5	-0,5	-4,0
	Bund	+1,7	+7,3	-0,4	+3,6	+4,1	+1,4	-3,2	+4,1	-3,3	-7,7	-4,0	-4,9	-9,4
Auslandsumsatz	Land	-0,5	+12,1	+4,1	-11,3	+27,7	-16,2	-2,7	-6,1	-6,9	+9,0	r+25,0	+14,5	+7,9
	Bund	+5,0	+14,2	+2,5	+5,0	+7,5	+3,5	+0,1	+1,6	-2,5	-7,6	-1,0	-2,2	-8,8
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	-13,2	-20,5	-1,7	r+18,0	-15,9	-1,9	-7,2	+2,4	-1,9	-44,1	-1,5	+8,7	-4,2
	Bund	-1,9	+1,5	-2,2	-1,1	-0,6	-3,8	-9,6	-5,6	-8,6	-10,0	-4,3	-5,9	-9,2
aus dem Inland	Land	+0,5	-0,2	-1,9	r+18,0	+6,2	+4,0	-7,5	-2,7	-4,6	-20,3	-8,1	-1,0	-7,3
	Bund	-2,6	+0,3	-6,0	-5,1	-1,3	-2,5	-8,0	-3,5	-8,4	-8,4	-5,0	-7,7	-14,1
aus dem Ausland	Land	-29,0	-41,4	-1,4	+3,5	-37,6	-11,1	-6,6	+9,9	+2,8	-60,4	+10,9	+24,6	+0,7
	Bund	-1,2	+3,0	+2,6	+3,9	+0,3	-5,2	-11,5	-7,9	-8,7	-11,6	-3,5	-3,7	-3,0
					2. Quartal			3. Quartal			4. Quartal			1. Quartal
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	+0,4	-	-	+7,3	-	-	+2,4	-	-	-8,1	-	-	...
	Bund	-3,1	-	-	-2,5	-	-	-5,4	-	-	-4,3	-	-	...
Baugewerbe (Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Bau- stellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)²														
Beschäftigte	Land	-9,1	-10,4	-9,5	-9,3	-8,3	-9,4	-9,6	-8,6	-8,6	-7,8	-7,7	-7,4	-11,0
	Bund	-9,1	-9,5	-9,6	-9,4	-9,1	-9,0	-9,0	-9,0	-8,9	-9,0	-9,1	-8,7	-10,7
Geleistete Arbeitsstunden	Land	-13,2	-10,7	-14,6	-7,2	-6,4	-12,8	-13,7	-0,1	-12,0	-10,3	-2,8	-7,6	-3,1
	Bund	-11,9	-11,3	-15,6	-8,8	-6,5	-10,2	-13,6	-3,3	-12,6	-16,7	-13,3	-9,5	-13,9
Bruttolohn- und Brutto Gehaltssumme	Land	-10,2	-8,0	-8,4	-12,3	-5,4	-11,6	-13,1	-5,3	-9,2	-9,1	-5,3	-7,1	-5,4
	Bund	-8,3	-7,3	-8,3	-10,3	-5,2	-8,0	-10,2	-5,1	-8,2	-8,4	-8,3	-6,9	-7,9
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	-7,1	-13,7	-3,3	-4,9	+5,3	-2,4	-2,9	+1,7	-7,5	-14,8	-1,3	+0,9	-11,3
	Bund	-7,4	-10,1	-12,5	-5,1	-1,5	-5,3	-9,0	-2,5	-5,8	-7,6	-6,7	-6,5	-10,8
Auftragseingang ³	Land	-10,9	-5,5	-11,9	-27,0	+6,8	-16,7	-14,5	+5,9	-7,1	-12,6	-12,8	-8,8	-33,9
	Bund	-5,5	-3,6	-4,2	+3,3	-5,6	+2,0	-8,7	-4,1	-3,2	-13,9	-8,1	-2,9	+2,0
Baugenehmigungen⁴														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	-13,3	-22,4	-34,8	-11,2'	+1,1	-5,5	-28,6	+8,9	-29,1	-1,0	-18,7	+4,8	-16,3
	Bund	p-15,6	-10,0	-11,3	-10,0	-7,5	-15,1	-19,2	-3,3	-16,7	-21,4
Nichtwohnbau (umbauter Raum)	Land	-2,1	+45,9	-22,9	+62,8	-36,0	-22,3	+7,2	-4,1	+15,0	+53,3	+24,9	+50,4	+33,6
	Bund	p+1,6	+16,5	-4,4	-1,3	+14,7	-6,1	-16,4	+19,2	+0,3	-6,2
Einzelhandel insgesamt														
Beschäftigte	Land	r-2,6	-3,2	-3,1	-3,3	-2,2	-3,0	-2,7	-2,1	-2,4	r-0,5	r-0,3	r-0,2	-0,2
	Bund	r+0,4	r+0,0	r+0,0	r+0,4	r+0,3	r+0,4	r+0,1	r+0,6	r+1,0	r+1,4	r+0,4	r+0,4	...
Umsatz	Land	r+1,0	r+0,7	r-0,9	r+2,8	r+3,7	r+1,3	-4,1	r+3,9	r+1,5	r-2,7	r-3,3	-3,9	+3,4
	Bund	r+2,7	r+2,8	r+1,6	r+6,0	r+4,2	r+3,6	r-0,9	r+3,4	r+3,6	r+1,2	r-2,4	r-1,5	...
Gastgewerbe														
Beschäftigte	Land	r-0,1	+0,5	-0,3	+3,4	-0,7	-1,8	r-0,8	r-0,6	r-1,0	r+0,9	r-2,0	r-1,9	+2,2
	Bund	r+2,4	r+1,5	r+1,1	r+1,9	r+2,4	r+2,3	r+2,0	r+3,7	r+3,5	r+3,3	r-1,7	r-1,1	...
Umsatz	Land	-0,3	+1,3	+1,3	+3,1	+0,8	r-0,4	-4,2	+0,2	r+1,6	r+0,5	r-1,2	r+3,6	+9,4
	Bund	r+3,3	r+1,7	r+2,8	r+2,0	r+3,8	r+4,0	r-0,4	r+4,5	r+6,5	r+3,2	r-1,5	-3,0	...
Tourismus⁵														
Gästeankünfte	Land	+0,1	-1,1	+4,5	-1,0	+1,3	+0,8	-5,9	+4,8	+2,2	-6,3	p-7,7	p-4,7	p+14,9
	Bund	-0,8	+1,2	+1,7	-1,2	-2,4	-1,5	-7,9	-2,6	+1,5	-2,3	p-1,7	p-0,3	p-3,7
Gästeübernachtungen	Land	+0,2	+0,2	+6,5	-2,9	+2,2	-1,5	-2,6	+3,5	+0,5	-4,9	p-10,6	p-7,0	p+21,5
	Bund	+0,1	+2,6	+2,9	-2,5	+0,5	-2,0	-4,6	-0,1	+0,5	-1,5	p-4,3	p-2,2	p-0,3
Arbeitsmarkt														
Arbeitslose	Land	+1,6	+0,6	+1,6	+2,2	+2,9	+3,2	+4,1	+4,9	+5,6	+5,1	+5,7	+4,7	+2,4
	Bund	-1,0	-3,0	-1,8	-0,8	-0,1	+0,2	+1,6	+3,2	+3,9	+4,1	+4,8	+4,5	+3,9
Gemeldete Stellen	Land	-3,4	-8,9	+2,7	-2,6	-7,0	-6,0	-8,1	-2,2	-0,9	-0,7	+0,4	+1,8	+7,4
	Bund	-1,5	+3,6	-1,4	-3,2	-5,7	-6,6	-7,6	-9,9	-12,9	-14,3	-12,8	-10,6	-8,8
Kurzarbeiter/-innen	Land	+45,2	+48,2	+75,5	+29,2	+72,3	+63,0	+50,0	+59,4	+80,2	+42,5	+17,4	+21,1	+3,1
	Bund	+42,9	+11,3	+14,9	+33,4	+55,4	+48,4	+73,1	+112,6	+140,5	+152,0	+129,9	+102,8	+98,9
Insolvenzen														
Beantragte Insolvenzen	Land	+16,7	+20,6	+55,8	+17,7	-8,8	-18,8	+57,1	+27,1	+2,1	+13,7	+105,0	+81,8	+129,2
	Bund	+16,7	+21,8	+12,5	+24,1	+14,6	+11,9	+7,8	+14,3	+5,1	+1,1

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis mit vergleichbaren Veränderungsdaten zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 - E III 1

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl, () = eingeschränkte Aussagefähigkeit

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuss (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
	1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner			1 000		1 000				
1997	2 750	6,5	10,5	11,0	- 1	15	1 230	38	319	335	538
1998	2 761	6,6	10,0	10,9	- 2	12	1 231	39	298	330	563
1999	2 771	6,6	9,9	10,9	- 3	14	1 236	39	309	327	560
2000	2 782	6,4	9,6	10,7	- 3	15	1 238	42	299	327	570
2001	1 245	42	301	328	574

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen								
	Schülerinnen/Schüler im September in der Schulart					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten			
	Grund- oder Haupt- schule	Sonder- schule	Real- schule	Gym- nasium	Gesamt- schule	weniger als Haupt- schul- abschluss	Haupt- schul- abschluss	mittleren Abschluss	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife
1997	160	12	53	62	14	11	36	32	22
1998	163	12	54	64	15	11	36	32	22
1999	164	12	56	65	15	10	35	32	23
2000	165	12	59	66	16	11	34	32	23
2001	164	12	61	68	16	11	35	31	23

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand ²				Schlachtungen ⁵		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ³									
1997	1 336 ^a	402 ^a	1 308 ^a	3 080 ^a	433	1 268	2 347	5 697	2 586	193	796
1998	1 342 ^a	395 ^a	1 348 ^a	3 080 ^a	401	1 455	2 342	5 878	2 419	187	724
1999	1 337 ^b	377 ^b	1 365 ^b	3 080 ^b	416	1 571	2 358	6 066	2 479	220	790
2000	1 297 ^a	354 ^a	1 367 ^a	3 080 ^a	399	1 480	2 352	6 210	2 801	212	753
2001	1 320 ^b	362 ^b	1 384 ^b	2 784 ^b	385	1 288	2 333	6 338	2 958	218	715

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁶										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		geleistete Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas	Strom ⁷	
	1 000		Mill.	Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE ⁸				Beschäftigte am 30.06. in 1 000
1997	146	91	145	4 706	4 394	50 047	14 872	172	835	5 334	3 893	41
								1 000 t		Mill. kwh		
1998	143	88	141	4 584	4 367	50 679	15 083	158	873	5 219	3 877	39
1999	140	86	139	4 587	4 411	53 261	16 641	149	750	5 223	3 872	37
2000	141	87	139	4 702	4 566	55 000	17 457	-	873	5 780	3 557	35
2001	139	85	136	4 688	4 670	54 632	17 378	-	901	5 886	3 566	32

¹ Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen im April des jeweiligen Jahres

² bis 1997 am 03.12., 1998 am 03.11., ab 1999 am 03.05.

³ ohne Ammen- und Mutterkühe

⁴ ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

⁵ gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

⁶ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; bis 1994 nach alter Wirtschaftszweigsystematik (SYPRO), ab 1995 nach neuer Wirtschaftszweigklassifikation (WZ'93), ab 1997

einschl. der Betriebe, die durch die „Handwerkszählung 1995“ ermittelt wurden

⁷ ohne Eigenerzeugung

⁸ 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) \approx 29 308 MJ

^a repräsentative Viehzählung

^b allgemeine Viehzählung

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr ²			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹	fertiggestellte Wohnungen ¹		insgesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	Bestand an Wohnungen					insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslands-gästen
1 000			Mill. DM				1 000				
1997	19	19	1 269	17 051	8 967	1 033	15 334	4 057	337	20 776	685
1998	18	19	1 289	17 774	10 104	1 006	16 117	4 097	362	20 483	716
1999	17	17	1 307	20 220	10 958	1 109	18 333	4 208	357	20 538	729
2000	12	14	1 321	r 20 959	r 11 614	1 147	r 18 580	4 342	405	20 860	799
2001	10	11	1 332	p 20 910	p 11 524	p 1 394	p 18 792	4 344	405	20 893	829

Jahr	Kfz-Bestand ³ am 01.01.				Straßenverkehrsunfälle ⁵ mit Personenschaden			Spar- einlagen ⁶ am 31.12.	Sozialhilfe ⁷			Kriegsopfer- fürsorge
	insgesamt	Krafträder	Pkw ⁴	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		
								1 000				Mill DM
1997	1 684	87	1 419	76	14 549	282	19 223	30 768	1 991,0	964,6	124,5	53,4
1998	1 711	96	1 432	82	14 376	245	19 047	31 189	2 054,1	1 004,7	126,0	43,9
1999	1 735	105	1 443	85	14 897	263	19 706	16 204 ^a	2 040,6	966,0	123,2	40,3
2000	1 765	112	1 462	88	14 406	223	18 742	15 271	1 996,1	897,2	119,4	35,9
2001	1 827	120	1 508	93	13 950	226	18 325	15 149

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver- brauch- steuern	Gewerbe- steuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁹	
	des Bundes	des Landes ⁸	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommen- steuer				insgesamt	Kredit- markt- mittel
	Mill. DM											
1997	...	9 924	3 223	5 493 ^b	10 233	7 734	775	...	1 430	28 991	5 318	4 184
1998	...	10 440	3 315	5 868 ^b	10 752	8 061	756	...	1 492	29 797	5 413	4 248
1999	...	10 813	3 376	6 395	11 142	8 343	1 107	...	1 387	30 460	5 415	4 448
2000	...	11 226	3 275	6 134	11 030	8 297	1 108	...	1 347	31 294	5 413	4 429
2000	...	10 549	3 193	6 461	10 717	8 020	1 022	...	1 286	32 563	5 445	4 478

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet (1995 ± 100)					Löhne und Gehälter ¹¹						
	Erzeugerpreise ¹⁰		für Wohn- gebäude	Lebenshaltung aller privaten Haushalte		Industriearbeiter ¹²		Angestellte in Industrie ¹² und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst	
						Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt			Bruttomonatsgehalt ¹³	
	gewerblicher Produkte	land- wirt- schaftlicher Produkte		insgesamt	darunter Nahrungs- mittel und alkoholfreie Getränke	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte		technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
								Männer	Frauen	Männer		
								DM				
1997	99,9	100,5	99,1	103,3	102,0	1 024 c	746 c	5 514 ^c	3 962 ^c	6 240 ^c	4 628	3 438
1998	99,5	95,6	98,7	104,3	103,0	1 033 ^b	760 ^b	5 634 ^b	4 065 ^b	6 411 ^b	4 697	3 490
1999	98,5	89,9	98,4	104,9	101,7	1 056 ^d	776 ^d	5 790 ^d	4 167 ^d	6 584 ^d	4 833	3 591
2000	101,8	95,1	98,7	106,9	101,2	1 076	796	5 934	4 282	6 787	4 833 ^e	3 663
2001	104,9	101,0	98,5	109,6	105,8	1 086	806	6 046	4 441	6 996	4 939	3 751

¹ Errichtung neuer Gebäude

² nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen

³ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; ab 1994 nur ohne Post und Bundeswehr

⁴ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁵ 1999 vorläufige Zahlen

⁶ ohne Postspareinlagen

⁷ Die Angaben ab 1994 sind nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar, weil seit 01.11.1993 die Angaben für Asylbewerber gesondert ausgewiesen werden.

⁸ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen

⁹ einschließlich ihrer Krankenhäuser bis 1997, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände

¹⁰ ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer

¹¹ Durchschnitt aus den 4 Berichtsquartalen

¹² einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

¹³ Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind (ab 1997 ohne Kindergeld), ohne Stellenzulage

^a ab 1999 in Euro ^b ohne Einfuhrumsatzsteuer

^c Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen zurückliegender Berichtsjahre möglich (vgl. Seite 10, Zahlenspiegel)

^d neuer Berichtskreis im produzierenden Gewerbe ab Oktober 1999

^e Im Jahre 2000 erfolgte keine prozentuale Besoldungserhöhung

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

			2000	2001	2001			2001/2002			
			Monatsdurchschnitt		Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März
BEVÖLKERUNG											
* Bevölkerung am Monatsende	1 000		2 782	r 2 797	2 790	2 790	2 791
Natürliche Bevölkerungsbewegungen											
* Eheschließungen	Anzahl		1 487	r 1 343	429	607	853
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,4	r 5,8	1,8	2,8	3,6
* Lebendgeborene	Anzahl		2 243	r 2 119	1 779	1 965	2 108
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,7	r 9,1	7,5	9,2	8,9
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl		2 485	r 2 428	2 472	2 361	2 526
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		10,7	r 10,4	10,4	11,0	10,7
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl		9	9	8	7	9
	je 1 000 Lebendgeborene		4,0	4,2	4,5	3,6	4,3
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl		- 242	r - 309	- 693	- 396	- 418
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 1,0	r - 1,3	- 2,9	- 1,8	- 1,8
Wanderungen											
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl		6 618	p 6 752	6 485	5 068	6 480	5 815
* darunter aus dem Ausland	Anzahl		1 424	p 1 487	1 361	965	1 553	1 169
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl		5 336	p 5 213	5 263	4 579	5 282	4 361
* darunter in das Ausland	Anzahl		1 130	p 1 019	973	904	1 155	844
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl		+ 1 282	p + 1 539	+ 1 222	+ 489	+ 1 198	+ 1 454
* Innerhalb des Landes Umgezogene ¹	Anzahl		10 871	p 10 571	10 916	8 859	10 342	10 615
* Wanderungsfälle	Anzahl		22 825	p 22 536	22 664	18 506	22 104	20 791
			1999	2000	2000			2001			
			30.06.		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
ERWERBSTÄTIGKEIT											
Beschäftigte											
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ²	1 000		808	820	...	833	814	808	819	831	...
* Frauen	1 000		371	377
* Ausländer/-innen	1 000		32	33
* Teilzeitbeschäftigte	1 000		129	136
* darunter Frauen	1 000		115	119
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen											
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000		16	16
* Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000		174	173
* Baugewerbe	1 000		69	68
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000		224	230
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000		97	102
* öffentliche und private Dienstleister	1 000		227	230
			2000	2001	2001			2001/2002			
			Monatsdurchschnitt		Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März
Arbeitsmarkt											
* Arbeitslose	1 000		114,3	116,1	125,3	126,6	122,0	123,0	132,4	132,4	124,9
* darunter Frauen	1 000		48,1	47,9	51,3	51,2	49,1	50,6	53,4	52,6	49,2
* Arbeitslosenquote ³											
* insgesamt	%		9,5	9,4	10,3	10,4	10,0	9,9	10,7	10,7	10,1
* Frauen	%		8,6	8,2	9,0	8,9	8,6	8,6	9,1	8,9	8,4
* Männer	%		10,3	10,5	11,4	11,6	11,2	11,1	12,1	12,3	11,7
* Ausländer/-innen	%		21,9	22,4	22,9	23,0	22,4	25,1	26,4	26,6	25,2
* Jüngere unter 25 Jahren	%		9,9	9,8	10,7	11,2	10,6	9,7	10,7	11,2	10,6
* Kurzarbeiter/-innen	1 000		3,2	4,7	5,0	5,7	5,9	4,8	5,8	6,9	6,1
* Gemeldete Stellen	1 000		15,6	15,0	13,1	16,2	17,7	11,5	13,2	16,5	19,0
BAUTÄTIGKEIT											
Baugenehmigungen											
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl		718	613	673	675	627	393	518	622	568
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl		688	587	646	655	606	372	497	593	548
* umbauter Raum	1 000 m³		549	466	489	488	494	320	414	505	441
* Wohnfläche	1 000 m²		107	92	98	99	97	64	78	99	87
* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 EUR		110 875	96 413	102 199	99 091	100 229	67 168	86 892	105 431	93 426
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl		111	96	69	82	93	70	78	86	87
* umbauter Raum	1 000 m³		548	537	486	284	539	581	607	427	720
* Nutzfläche	1 000 m²		88	88	80	50	90	80	89	69	104
* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 EUR		48 976	48 960	27 171	25 407	46 879	42 533	58 664	44 483	51 285
* Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl		1 080	928	1 022	1 065	984	590	786	1 066	807
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl		5 391	4 613	4 989	5 095	4 810	3 073	3 955	4 880	4 077

¹ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

² insgesamt: einschließlich Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung

³ Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		2000	2001	2001			2001/2002			
		Monatsdurchschnitt		Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 297 ^a	1 320 ^a
darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	354 ^a	362 ^a
Schweine	1 000	1 367 ^a	1 384 ^a
darunter Zuchtsauen	1 000	119 ^a	124 ^a
darunter trächtig	1 000	88 ^a	91 ^a
Schlachtungen										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	33	32	23	24	31	29	40	31	32
Kälber	1 000 St.	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Schweine	1 000 St.	123	107	121	100	112	99	111	101	103
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Schlachtmenge ¹ (ohne Geflügel)	1 000 t	21,9	20,2	18,6	17,1	20,2	18,4	22,9	19,3	19,8
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,4	10,3	7,5	7,9	9,9	9,2	12,6	9,9	10,3
Kälber	1 000 t	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Schweine	1 000 t	11,1	9,7	10,9	9,0	10,1	8,9	10,1	9,2	9,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	314	322	325	327	322	319	319	321	318
Kälber	kg	138	142	149	140	141	140	141	141	139
Schweine	kg	90	90	90	90	90	90	91	91	91
Geflügel										
Geflügelfleisch ²	1 000 kg	85	96
Eiererzeugung ³	1 000	28 168	26 723	23 862	20 088	28 633	25 210	23 238	23 652	25 155
Milcherzeugung ⁴	1 000 t	196	194	205	184	202	-	-	-	-
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	96	97	97	96	96	-	-	-	-
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	17,0	17,4	18,0	17,9	17,7	-	-	-	-
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁵										
Betriebe	Anzahl	1 494	1 479	1 489	1 487	1 479	1 470	1 462	1 460	1 460
Beschäftigte ⁶	1 000	141	139	140	140	140	138	136	135	135
darunter Arbeiter/-innen ⁷	1 000	87	85	86	86	85	84	83	82	82
Geleistete Arbeiterstunden	1 000 h	11 600	11 319	11 611	11 174	11 971	9 985	11 132	10 830	10 944
Bruttolohnsumme	Mill. EUR	200	200	189	181	188	195	188	181	185
Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	195	199	196	186	190	203	192	185	190
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	2 343	2 328	2 101	2 173	2 389	2 409	2 275	2 272	2 387
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. EUR	919	902	884	854	977	747	836	823	888
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	782	775	599	702	704	1 046	810	853	838
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	66	65	66	69	68	62	64	67	74
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	576	586	552	549	640	555	577	529	588
darunter Auslandsumsatz	Mill. EUR	744	740	661	740	792	757	825	847	855
Stromverbrauch	Mill. kWh	337	338	345	334	353	324	340	346	342
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	41	41	42	41	40	46	41	39	43
Energie- und Wasserversorgung										
Betriebe ⁵	Anzahl	126	128	128	128	128	128	129	128	129
Beschäftigte ⁵	1 000	9	9	9	9	9	9	9	9	9
darunter Arbeiter/-innen ⁷	1 000	5	4	4	4	4	4	4	4	4
Geleistete Arbeiterstunden ⁵	1 000 h	584	554	582	570	586	508	1 119	1 125	1 111
Bruttolohnsumme ⁵	Mill. EUR	12	12	10	10	10	10	10	10	10
Bruttogehaltssumme ⁵	Mill. DM	16	16	14	14	14	16	14	14	14
Stromerzeugung (brutto) in Energieversorgungsunternehmen	Mill. kWh	2 639	...	3 083	2 841	3 068
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 088
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁸										
Beschäftigte ⁶	Anzahl	34 797	31 644	31 839	31 327	31 991	30 474	29 372	29 019	28 458
Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 473	3 014	2 160	2 206	2 588	2 140	2 100	2 039	2 509
davon										
Wohnungsbau	1 000 h	1 774	1 479	1 107	1 065	1 277	999	1 062	1 013	1 254
gewerblicher Bau	1 000 h	829	754	593	651	685	593	584	551	616
öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	869	781	460	490	626	548	454	475	639
Bruttolohnsumme	Mill. EUR	55,8	49,3	43,9	37,3	39,5	44,8	40,9	33,6	37,6
Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	15,6	14,9	14,4	13,5	14,3	14,4	14,2	13,6	13,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	239,3	222,3	132,2	136,9	184,3	213,0	130,5	138,2	163,5
davon										
Wohnungsbau	Mill. EUR	112,3	95,3	60,1	62,7	84,9	90,7	60,8	63,0	73,5
gewerblicher Bau	Mill. EUR	61,3	61,5	41,5	46,5	54,1	62,6	42,2	42,6	45,1
öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	65,7	65,4	30,6	27,8	45,3	59,7	27,5	32,7	44,9
Auftragseingang ⁹	Mill. EUR	118,4	105,5	93,3	72,0	130,1	79,0	81,3	65,7	86,0

¹ aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien

² Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

³ erzeugte Eier in Betrieben bzw. in Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickiern

⁴ ab Januar 2000 nur noch Monatsmeldungen rückwirkend für das Vorjahr

⁵ Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Stat. Bericht E 1. Ab Januar 1997 einschließlich ca. 90 neu in der Handwerkszählung gefundener Betriebe.

⁶ einschließlich der tätigen Inhaber ⁷ einschließlich der gewerblich Auszubildenden ⁸ nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse

⁹ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

^a Mai

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		2000	2001	2000/2001			2001/2002				
		Vierteljahresdurchschnitt		3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	
noch: PRODUZIERENDES GEWERBE											
Ausbaugewerbe/Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe ¹											
• Beschäftigte ^{2 3}	Anzahl	10 581	9 861	10 804	10 611	9 837	9 851	9 945	9 810	9 360	
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 507	3 164	3 587	3 513	3 119	3 109	3 237	3 191	2 884	
• Bruttolohnsumme	Mill. EUR	49,4	47,5	50,0	51,9	43,9	47,2	47,5	51,3	42,0	
• Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	17,6	19,1	16,4	21,4	17,3	19,1	19,0	21,0	18,1	
• Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	199,5	202,4	204,4	245,4	152,2	185,2	200,5	271,5	149,2	
		2000	2001	2000/2001			2001/2002				
		Monatsdurchschnitt		Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
HANDEL											
Großhandel											
• Beschäftigte	1995 ± 100	98,8	96,9	97,2	97,0	97,3	95,8	95,0	95,5	---	
• Umsatz nominal	1995 ± 100	118,8	r 115,9	99,8	108,5	118,1	104,7	99,4	101,5	---	
• Umsatz real	1995 ± 100	115,2	r 134,9	116,5	125,6	136,0	123,7	116,1	118,0	---	
Einzelhandel einschließlich Kfz-Handel und Tankstellen											
• Beschäftigte	1995 ± 100	100,2	97,6	96,4	96,2	96,5	97,8	96,1	96,1	96,3	
• Umsatz nominal	1995 ± 100	108,1	r 108,9	94,6	93,3	110,6	119,6	93,1	91,0	111,6	
• Umsatz real	1995 ± 100	104,3	r 103,3	90,8	89,2	105,4	113,7	87,9	85,8	104,8	
GASTGEWERBE											
• Beschäftigte	1995 ± 100	91,9	r 91,8	80,9	80,2	86,7	85,5	79,3	78,7	88,6	
• Umsatz nominal	1995 ± 100	98,8	r 98,5	66,1	64,3	79,1	87,0	65,3	66,6	86,6	
• Umsatz real	1995 ± 100	93,4	r 91,5	62,8	61,1	74,9	81,0	59,8	60,8	79,2	
TOURISMUS ⁴											
• Gästeankünfte	1 000	362	362	149	184	247	196	138	176	284	
• darunter von Auslandsgästen	1 000	34	34	15	20	23	27	13	17	28	
• Gästeübernachtungen	1 000	1 738	1 741	565	653	924	669	505	607	1 122	
• darunter von Auslandsgästen	1 000	67	69	30	45	50	57	29	38	58	
VERKEHR											
Straßenverkehrsunfälle											
• Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 520	1 457	1 189	1 100	1 257	1 398	1 209	p 1 312	p 1 244	
• darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 201	1 163	927	809	950	1 009	927	p 986	p 1 003	
• getötete Personen	Anzahl	19	19	20	18	13	20	17	p 21	p 13	
• verletzte Personen	Anzahl	1 562	1 527	1 208	1 046	1 245	1 340	1 239	p 1 315	p 1 305	
Kraftfahrzeuge											
• Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	9 866	9 974	9 270	8 257	11 907	8 796	---	---	---	
• darunter Kraftträder	Anzahl	673	600	156	348	884	73	---	---	---	
• Personenkraftwagen ⁶	Anzahl	8 135	8 376	8 272	6 953	9 594	7 899	---	---	---	
• Lastkraftwagen	Anzahl	715	666	597	590	827	569	---	---	---	
Seeschifffahrt ⁷											
• Gütereingang	1 000 t	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
• Güterversand	1 000 t	---	---	---	---	---	---	---	---	---	
Binnenschifffahrt											
• Gütereingang	1 000 t	158	157	177	125	168	162	---	---	---	
• Güterversand	1 000 t	190	215	148	178	229	213	---	---	---	
AUßENHANDEL ⁸											
Ausfuhr (Spezialhandel)											
• Ausfuhr	Mill. EUR	893,0	890,9	737,7	944,1	867,3	818,2	946,7	926,8	1 060,8	
• davon											
• Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	101,4	90,2	58,6	79,7	105,7	91,5	94,3	97,6	114,0	
• Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	791,7	800,7	679,2	864,4	761,5	726,6	852,4	829,2	946,8	
• davon											
• Rohstoffe	Mill. EUR	16,3	15,6	13,0	9,8	17,5	10,0	7,6	8,9	8,5	
• Halbwaren	Mill. EUR	56,7	52,8	60,0	51,5	52,5	38,5	34,5	61,3	51,3	
• Fertigwaren	Mill. EUR	718,6	732,3	606,2	803,0	691,5	678,2	810,2	759,1	887,0	
• davon											
• Vorerzeugnisse	Mill. EUR	99,2	93,8	90,2	108,7	96,6	88,8	87,3	98,2	88,5	
• Enderzeugnisse	Mill. EUR	619,4	638,4	516,0	694,4	594,9	589,4	722,9	660,9	798,5	
• davon nach											
• Europa	Mill. EUR	635,0	646,2	527,3	718,6	617,6	572,2	690,2	692,6	773,8	
• darunter in EU-Länder	Mill. EUR	494,9	491,0	397,8	588,2	467,2	440,3	553,5	582,7	642,2	
• darunter Vereinigtes Königreich	Mill. EUR	73,7	66,1	51,9	80,1	75,7	58,8	43,1	46,1	149,0	
• Niederlande	Mill. EUR	67,6	61,0	60,3	64,8	63,3	53,2	44,1	57,7	62,2	
• Italien	Mill. EUR	67,0	61,0	54,4	72,0	68,1	52,0	52,3	59,4	82,9	
• Frankreich	Mill. EUR	65,2	67,5	54,8	70,8	64,7	53,2	61,1	82,7	89,5	
• Afrika	Mill. EUR	22,8	28,7	17,6	24,3	34,9	22,7	37,6	26,2	48,9	
• Amerika	Mill. EUR	87,3	80,8	71,8	73,9	84,5	63,4	70,1	64,4	80,3	
• Asien	Mill. EUR	140,2	128,7	114,9	121,9	122,7	152,6	143,3	138,2	151,9	
• Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. EUR	6,9	5,6	5,0	4,7	6,8	5,7	4,5	4,0	4,6	

¹ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten ² einschließlich der tätigen Inhaber ³ am Ende des Berichtsvierteljahres

⁴ Betriebe ab 9 Betten ⁵ schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung

⁶ Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz ⁷ ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge ⁸ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

• Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

			2000	2001	2001			2001/2002			
			Monatsdurchschnitt		Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März
noch: AUßENHANDEL¹											
Einfuhr (Generalhandel)											
• Einfuhr	Mill. EUR		1 023,7	933,7	962,5	841,4	876,5	750,5	955,3	940,0	803,3
davon											
• Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR		110,0	100,4	92,1	98,7	84,6	94,4	107,9	98,4	96,9
• Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR		913,7	833,2	870,3	742,7	791,9	656,1	847,4	841,6	706,4
davon											
• Rohstoffe	Mill. EUR		74,9	70,7	69,5	74,2	71,6	35,3	58,7	220,4	44,4
• Halbwaren	Mill. EUR		128,0	111,1	116,9	72,7	120,1	56,4	114,4	60,4	51,4
• Fertigwaren	Mill. EUR		710,8	651,4	684,0	595,8	600,2	564,4	674,3	560,8	610,6
davon											
• Vorerzeugnisse	Mill. EUR		118,7	120,0	130,8	134,3	123,9	119,6	92,7	82,5	89,1
• Enderzeugnisse	Mill. EUR		592,1	531,5	553,2	461,5	476,3	444,8	581,6	478,3	521,5
davon aus											
• Europa	Mill. EUR		735,2	648,1	658,2	613,2	665,4	480,3	677,4	624,5	531,2
darunter aus EU-Ländern											
• darunter Dänemark	Mill. EUR		628,3	529,7	568,4	518,7	545,8	397,6	578,0	429,6	437,8
• Vereinigtes Königreich	Mill. EUR		119,7	98,4	94,7	83,6	89,3	89,5	81,2	76,6	87,1
• Niederlande	Mill. EUR		118,6	74,1	94,1	90,8	79,1	41,9	67,4	63,7	52,9
• Schweden	Mill. EUR		110,8	91,0	114,4	70,7	104,6	45,0	102,4	46,1	45,6
• Afrika	Mill. EUR		89,8	83,9	106,2	73,2	95,5	54,0	97,4	91,6	89,4
• Amerika	Mill. EUR		6,0	7,2	4,6	8,6	5,6	7,1	6,6	45,9	4,5
• Asien	Mill. EUR		68,7	73,6	67,7	60,6	70,0	61,0	69,3	61,7	63,1
• Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR		210,0	199,7	230,0	152,4	133,3	198,8	197,7	200,4	192,6
			3,7	5,1	1,9	6,6	2,2	3,3	4,2	7,5	11,8
GEWERBEANZEIGEN²											
• Gewerbeanmeldungen	Anzahl		2 335	2 255	2 607	2 205	2 600	1 884	2 669	2 242	...
• Gewerbeabmeldungen	Anzahl		1 994	1 974	2 670	1 978	2 064	2 755	2 536	1 822	...
INSOLVENZEN											
• Beantragte Insolvenzen	Anzahl		124	145	120	159	130	166	246	289	298
davon											
• Unternehmen einschließlich Kleingewerbe	Anzahl		77	89	63	100	76	103	151	179	194
natürliche Personen											
• als Gesellschafter u. Ä., Nachlässe	Anzahl		14	20	27	20	21	35	54	50	58
• Verbraucher	Anzahl		33	35	30	39	33	28	41	60	46
• Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR		40	45	30	52	47	36	63	78	65
			2000	2001	2000/2001			2001/2002			
			Vierteljahresdurchschnitt		3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal
HANDWERK											
• Beschäftigte	30.09.1998 = 100		92,9	89,4	93,2	91,0	88,8	88,4	91,0	87,9	...
• Umsatz	30.09.1998 = 100		99,6	97,7	102,1	106,2	84,9	97,8	102,8	105,3	...
			2000	2001	2001			2001/2002			
			Monatsdurchschnitt		Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März
PREISE											
Preisindexziffern im Bundesgebiet			1995 = 100								
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte			106,9	109,6	108,3	109,0	109,1	109,6	110,6	110,9	111,1
darunter für											
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke			101,2	105,8	102,9	103,3	104,3	106,2	108,9	108,4	108,2
Alkoholische Getränke und Tabakwaren			107,5	109,4	108,3	109,3	109,4	109,6	113,1	112,9	113,0
Bekleidung und Schuhe			102,0	102,7	102,2	102,0	102,5	103,6	103,6	103,4	103,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe			110,9	114,2	113,3	113,7	113,7	114,0	114,6	114,7	114,9
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.			102,1	103,0	102,3	102,4	102,7	103,6	103,9	104,0	104,1
Gesundheitspflege			111,0	112,3	111,6	111,9	112,1	112,7	112,4	112,5	112,6
Verkehr			113,6	117,2	115,1	117,1	117,2	115,6	116,9	117,7	119,0
Nachrichtenübermittlung			84,5	82,3	83,6	83,6	82,4	82,0	82,2	82,1	81,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur			104,5	106,2	105,4	107,3	106,5	106,4	106,4	108,2	107,8
Bildungswesen			119,3	121,1	120,6	120,8	120,8	121,6	123,2	123,7	123,8
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen			106,2	108,0	106,0	106,6	106,4	108,0	109,9	110,4	110,3
Andere Waren und Dienstleistungen			106,8	109,6	108,5	108,9	109,1	110,5	111,7	111,8	111,9
Einzelhandelspreise			103,0	104,6	103,4	103,7	104,0	104,8	105,3	105,4	105,6
Preisindex für Wohngebäude ³			98,7	98,5	...	98,6	98,4	...
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁴			101,8	104,9	104,4	104,7	104,9	103,7	104,3	104,4	104,7
Einfuhrpreise ⁴			111,4	112,1	112,9	113,6	113,3	108,5	109,1	109,6	110,5
Ausfuhrpreise ⁴			104,4	105,4	105,3	105,4	105,6	104,8	104,9	104,9	105,2
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁴			r 95,4	p 101,0	96,2	98,5	102,7	p 100,4	p 98,1	p 99,4	...
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁴			106,7	109,9	109,7	110,0	109,9	108,9	109,6	p 109,8	...

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausführergebnisse nicht vertretbar.

² ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe ³ Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk ⁴ ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		2000	2001	2000/2001			2001/2002			
		Monatsdurchschnitt		November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
VERDIENSTE¹										
•	Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im Produzierenden Gewerbe	EUR	2 304	2 323	2 210	2 356
•	männlich	EUR	2 391	2 412	2 283	2 451
•	darunter Facharbeiter	EUR	2 538	2 570	2 434	2 610
•	weiblich	EUR	1 768	1 790	1 775	1 805
•	darunter Hilfsarbeiter	EUR	1 646	1 662	1 642	1 673
•	Bruttostundenverdienste der Arbeiter im Produzierenden Gewerbe	EUR	13,99	14,19	14,02	14,25
•	männlich	EUR	14,50	14,72	14,55	14,79
•	darunter Facharbeiter	EUR	15,49	15,76	15,59	15,87
•	weiblich	EUR	10,86	11,00	10,95	11,05
•	darunter Hilfsarbeiter	EUR	10,03	10,15	10,08	10,18
	bezahlte Wochenarbeitszeit									
	männlich	h	38,0	37,7	36,1	38,1
	weiblich	h	37,5	37,5	37,3	37,6
•	Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe	EUR	3 286	3 388	3 339	3 415
•	männlich	EUR	3 593	3 691	3 642	3 721
•	weiblich	EUR	2 524	2 630	2 580	2 654
•	kaufmännische Angestellte	EUR	3 071	3 186	3 151	3 212
•	technische Angestellte	EUR	3 477	3 575	3 511	3 605
•	Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 472	2 520	2 490	2 536
•	männlich	EUR	2 830	2 856	2 822	2 870
•	weiblich	EUR	2 073	2 135	2 113	2 154
•	kaufmännische Angestellte	EUR	2 458	2 507	2 479	2 525
•	Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 805	2 888	2 848	2 912
	männlich	EUR	3 198	3 271	3 228	3 296
	weiblich	EUR	2 206	2 289	2 257	2 311

		2000	2001	2000/2001			2001/2002			
		Vierteljahresdurchschnitt		3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal
STEUERN										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
Gemeinschaftsteuern ²	Mill. EUR	2 236	2 240	2 245	2 565	1 959	2 171	2 266	2 566	1 885
Lohnsteuer	Mill. EUR	1 060	1 025	1 032	1 287	943	938	991	1 228	954
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	142	131	177	217	- 106	205	182	242	- 145
nicht veranlagte Ertragsteuer	Mill. EUR	42	65	59	44	56	66	88	48	49
Zinsabschlagsteuer	Mill. EUR	30	39	23	32	64	28	29	35	65
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	136	110	93	126	189	126	64	62	127
Umsatzsteuer	Mill. EUR	784	826	813	784	804	769	860	871	829
Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	42	45	47	76	8	39	51	81	6
Landessteuern	Mill. EUR	159	176	153	143	184	173	185	160	156
Vermögensteuer	Mill. EUR	3	3	3	3	3	3	2	4	3
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	53	51	53	46	54	52	49	48	43
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	63	76	62	50	83	81	75	65	71
Gemeindesteuern	Mill. EUR	252	...	242	250	226	275	246
Grundsteuer A	Mill. EUR	4	...	4	4	5	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	64	...	69	58	68	67	77
Gewerbesteuer	Mill. EUR	172	...	155	178	145	193	151
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaft										
Bundesanteil an den Gemeinschaftssteuern ²	Mill. EUR	1 031	1 037	1 034	1 163	927	1 005	1 048	1 169	888
Lohnsteuer	Mill. EUR	451	436	438	547	401	398	421	522	405
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	60	56	76	92	- 45	87	77	103	- 62
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	68	55	46	63	95	63	32	31	64
Umsatzsteuer	Mill. EUR	408	429	423	407	418	400	447	453	426
Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	10	12	11	17	2	10	13	21	1
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	77	75	73	90	71	74	71	84	68
Bundesanteil und Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	1 107	1 112	1 106	1 253	998	1 078	1 119	1 253	956
Steuereinnahmen des Landes ³	Mill. EUR	1 435	1 348	1 430	1 542	1 338	1 397	1 372	1 286	1 118
Landesanteil an den Gemeinschaftssteuern	Mill. EUR	1 130	1 103	1 112	1 218	1 056	1 088	1 093	1 178	907
Lohnsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. EUR	479	462	470	540	473	418	454	503	461
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	58	53	72	92	- 48	82	74	102	- 62
Körperschaftsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. EUR	77	55	44	72	101	69	15	35	31
Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	443	445	449	415	460	431	456	433	414
Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	33	33	36	58	6	13	38	60	4
Steuereinnahmen der Gemeinden/ Gemeindeverbände (netto) ⁴	Mill. EUR	460	...	454	699	235	451	397
Gewerbesteuer ⁴	Mill. EUR	131	...	108	107	132	154	100
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	191	...	194	413	9	159	186

¹ Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsgeldschädigungen, Auslösungen usw.

² ohne Einfuhrumsatzsteuer ³ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen ⁴ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Kreiszahlen Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30.09.2001			Bevölkerungsveränderung im September 2001			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Januar 2002		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuss der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Bevölkerungs- zunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat ¹						
		%							
FLENSBURG	84 427	- 0,0	+ 0,2	+ 4	- 10	- 6	30	1	41
KIEL	232 180	+ 0,0	- 0,2	- 10	+ 126	+ 116	97	1	123
LÜBECK	213 569	+ 0,1	+ 0,0	- 21	+ 234	+ 213	82	1	119
NEUMÜNSTER	79 558	- 0,0	- 0,7	+ 24	- 48	- 24	33	-	43
Dithmarschen	137 537	+ 0,1	+ 0,2	+ 20	+ 163	+ 183	42	1	54
Herzogtum Lauenburg	181 028	+ 0,1	+ 1,0	- 16	+ 243	+ 227	66	-	92
Nordfriesland	165 090	+ 0,0	+ 0,4	+ 8	+ 19	+ 27	55	2	71
Ostholstein	203 237	+ 0,1	+ 0,5	- 26	+ 207	+ 181	52	1	75
Pinneberg	293 247	+ 0,1	+ 0,8	+ 19	+ 241	+ 260	89	1	117
Plön	133 490	+ 0,1	+ 0,6	- 8	+ 75	+ 67	39	1	55
Rendsburg-Eckernförde	271 377	+ 0,0	+ 0,6	- 19	+ 70	+ 51	93	4	110
Schleswig-Flensburg	198 242	+ 0,0	+ 0,4	- 25	+ 44	+ 19	49	1	72
Segeberg	252 027	+ 0,1	+ 1,1	+ 46	+ 293	+ 339	77	-	103
Steinburg	136 501	+ 0,0	+ 0,4	- 12	+ 80	+ 68	39	-	56
Stormarn	219 460	+ 0,1	+ 1,1	+ 12	+ 273	+ 285	84	3	108
Schleswig-Holstein	2 800 970	+ 0,1	+ 0,5	- 4	+ 2 010	+ 2 006	927	17	1 239

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³			Kraftfahrzeugbestand ⁵ am 01.01.2002		
	Betriebe am 31.01.2002	Beschäftigte am 31.01.2002	Umsatz ⁴ im Jan. 2002 Mill. EUR	ins- gesamt	Pkw ⁶	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷
FLENSBURG	51	8 763	251	46 998	40 049	474
KIEL	106	14 206	208	122 390	104 182	448
LÜBECK	107	13 835	210	112 729	96 169	450
NEUMÜNSTER	60	5 950	62	48 900	40 921	514
Dithmarschen	64	6 268	251	96 656	75 488	549
Herzogtum Lauenburg	95	7 843	86	123 413	102 997	568
Nordfriesland	63	3 474	89	120 176	95 225	577
Ostholstein	84	5 707	72	136 111	112 629	554
Pinneberg	185	16 444	252	190 890	160 234	546
Plön	43	2 245	35	87 237	70 972	532
Rendsburg-Eckernförde	113	7 564	116	191 493	155 864	574
Schleswig-Flensburg	79	4 112	68	140 897	111 360	562
Segeberg	184	15 742	249	190 810	158 291	627
Steinburg	65	6 752	114	93 502	74 887	549
Stormarn	163	17 200	211	157 070	132 585	604
Schleswig-Holstein	1 462	136 105	2 275	1 859 272	1 531 853	547

¹ nach dem Gebietsstand vom 31.07.1997

² einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

³ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ab Januar 1995 neue Berichtskreisabgrenzung aufgrund neuer Systematik; Vergleich mit davorliegenden Zeiträumen nicht gegeben.

⁴ ohne Umsatzsteuer

⁵ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁶ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁷ Bevölkerungsstand: Oktober 2001

⁸ Die Summe enthält Meldungen die keinem Kreis zuzuordnen sind.

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Erweiterte Kreiszahlen Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Fläche am 31.12.2001 in km ²	Gemeinden am 31.12.2001	Fremdenverkehr 01.01. bis 31.12.2001								
			in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten ¹							auf Campingplätzen	
			verfügbare Betten zum 01.07.2001	Gäste		Übernachtungen		Übernachtungen	Gäste	Über- nachtungen	
				insgesamt	darunter Ausländer	insgesamt	darunter Ausländer				
											1 000
FLENSBURG	56,46	1	1 158	85	26	147	39	1,7	127,3	—	—
KIEL	118,39	1	2 809	225	52	423	89	1,9	150,7	—	—
LÜBECK	214,14	1	6 609	418	123	874	206	2,1	132,2	41	139
NEUMÜNSTER	71,57	1	906	48	7	104	13	2,2	114,9	—	—
Dithmarschen	1 428,63	117	12 185	219	3	1 307	7	6,0	107,2	83	372
Herzogtum Lauenburg	1 263,00	133 ^a	4 310	153	8	534	16	3,5	124,0	185	744
Nordfriesland	2 046,98	137	53 740	886	14	6 640	51	7,5	123,6	142	741
Ostholstein	1 391,49	39	51 780	985	55	5 773	146	5,9	111,5	999	4 619
Pinneberg	664,11	49	4 012	186	15	449	30	2,4	111,9	—	—
Plön	1 082,71	86	9 590	181	4	976	16	5,4	101,7	356	1 579
Rendsburg-Eckernförde	2 185,48	166	11 395	280	15	1 563	38	5,6	137,2	315	1 377
Schleswig-Flensburg	2 071,59	136	9 960	275	39	960	85	3,5	96,4	162	698
Segeberg	1 344,39	96 ^b	4 501	223	28	766	61	3,4	170,3	88	351
Steinburg	1 056,14	114	984	41	3	96	6	2,3	97,3	—	—
Stormarn	766,27	55	2 089	140	15	281	26	2,0	134,5	17	68
Schleswig-Holstein	15 761,36	1 132	176 028	4 344	405	20 893	829	4,8	118,7	2 411	10 769

KREISFREIE STADT Kreis	Schüler/-innen in allgemeinbildenden Schulen im September 2001					
	ins- gesamt	darunter in				
		Grund- und Hauptschulen	Sonderschulen ²	Realschulen ³	Gymnasien ⁴	Gesamtschulen
FLENSBURG	13 655	4 762	642	1 671	3 543	2 146
KIEL	25 796	10 615	1 192	3 578	7 041	2 120
LÜBECK	23 084	11 005	1 017	3 401	4 805	1 835
NEUMÜNSTER	12 020	5 078	491	1 517	2 671	1 819
Dithmarschen	17 561	9 164	689	4 137	3 485	-
Herzogtum Lauenburg	21 373	11 767	808	4 244	3 723	759
Nordfriesland	20 893	11 558	781	4 833	3 678	-
Ostholstein	23 128	11 546	963	5 111	5 055	100
Pinneberg	34 744	15 874	1 026	6 311	8 433	2 506
Plön	14 669	7 963	700	3 048	2 875	-
Rendsburg-Eckernförde	32 247	17 283	1 193	6 230	5 508	921
Schleswig-Flensburg	23 520	14 448	958	4 866	3 226	-
Segeberg	30 098	15 304	766	6 118	6 363	1 072
Steinburg	17 082	9 500	655	3 665	2 851	-
Stormarn	25 341	11 540	645	3 714	6 336	2 977
Schleswig-Holstein	335 211	167 407	12 526	62 444	69 593	16 255

¹ einschließlich Jugendherbergen

² einschließlich Sonderschulklassen an Grund- und Hauptschulen

³ ohne Abendrealschulen

⁴ ohne Abendgymnasien und Institute zur Erlangung der Hochschulreife

^a einschließlich Forstgutsbezirk Sachsenwald

^b einschließlich Forstgutsbezirk Buchholz

^c darunter Schüler in Schulkindergärten 1 356, Abendschulen 1 175, Freie Waldorfschule 4 455

**Erweiterte Kreiszahlen
Schleswig-Holstein**

KREISFREIE STADT Kreis	Gewerbliche Schlachtungen 2001 (In- und Auslandtiere)					Milcherzeugung 2001		Jahres- milch- leistung: 2001 in kg je Kuh
	Rinder zusammen	Schweine	Kälber	Schafe	Pferde	1 000 t	darunter an Molkereien und Händler geliefert in %	
	Anzahl							
FLensburg	-	-	-	-	-	a	a	a
KIEL	-	-	-	-	-	b	b	b
LÜBECK	266	643 632	2	617	3	c	c	c
NEUMÜNSTER	93	5 004	1	25	-	b	b	b
Dithmarschen	1 532	4 868	31	309	95	210	96,3	5 883
Herzogtum Lauenburg	1 405	17 560	25	9 921	199	68	96,5	6 688
Nordfriesland	113 234	43 811	95	49 050	-	410	96,6	6 509
Ostholstein	1 893	31 935	14	1 287	6	78	96,9	6 992
Pinneberg	9 654	43 225	13	7 400	95	95	96,5	6 177
Plön	1 591	13 083	41	3 917	129	138	97,0	6 817
Rendsburg-Eckernförde	2 995	34 518	72	2 527	36	395	96,4	6 116
Schleswig-Flensburg	48 233	43 396	3 614	16 093	580	446	96,7	6 537
Segeberg	151 545	11 539	134	5 205	219	170	96,6	6 505
Steinburg	47 634	379 512	4	10 694	101	248	96,2	5 838
Stormarn	2 630	12 201	7	17 054	97	76	96,9	6 800
Schleswig-Holstein	382 705	1 284 284	4 053	124 099	1 560	2 333	96,5	6 338

KREISFREIE STADT Kreis	Betriebsgrößenstruktur der Landwirtschaft einschließlich Gartenbau 2001							Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe ¹ am 30.09.2001	
	landwirtschaftliche Betriebe (HPR) mit 2 und mehr ha landw. genutzter Fläche (LF)								
	ins- gesamt	davon mit ... bis unter ... ha LF						Anzahl	je 1 000 Einwohner
2 - 5		5 - 10	10 - 20	20 - 30	30 - 50	50 und mehr			
FLensburg	19	6	2	4	3	1	3	9 136	108
KIEL	70	30	19	6	1	1	13	15 408	66
LÜBECK	130	40	12	14	12	6	46	14 384	67
NEUMÜNSTER	64	20	13	9	2	5	15	6 583	83
Dithmarschen	1 984	343	229	201	113	244	854	6 666	48
Herzogtum Lauenburg	1 102	206	108	95	70	121	502	8 756	48
Nordfriesland	2 860	429	310	324	180	400	1 217	3 834	23
Ostholstein	1 325	234	153	126	81	138	593	6 439	32
Pinneberg	1 229	274	226	205	110	164	250	18 421	63
Plön	1 064	181	133	102	85	116	447	2 763	21
Rendsburg-Eckernförde	2 661	456	306	288	186	333	1 092	8 802	32
Schleswig-Flensburg	2 671	391	286	248	131	338	1 277	4 688	24
Segeberg	1 684	344	203	181	128	233	595	17 671	70
Steinburg	1 436	198	127	138	90	226	657	7 552	55
Stormarn	942	205	131	108	58	98	342	19 026	87
Schleswig-Holstein	19 241	3 357	2 258	2 049	1 250	2 424	7 903	150 129	54

¹ Industriebetriebe jeder Größe sowie Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten
^a Angaben im Kreis Schleswig-Flensburg enthalten
^b Angaben im Kreis Plön enthalten
^c Angaben im Kreis Ostholstein enthalten

Erweiterte Kreiszahlen Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2001 ^a				Straßenverkehrsunfälle 2001			
	insgesamt in ha	davon in %			Unfälle mit Personen- schaden	Verunglückte Personen	darunter	
		Ackerfläche	Dauergrünland	sonstige Fläche ¹			Getötete	Schwer- verletzte
FLENSBURG	504	65,1	33,5	1,5	402	499	2	33
KIEL	1 965	62,4	37,0	0,6	1 218	1 526	9	166
LÜBECK	6 330	75,7	23,4	1,0	1 228	1 515	6	142
NEUMÜNSTER	2 135	60,6	38,4	1,0	481	612	5	62
Dithmarschen	103 986	49,2	50,6	0,2	710	988	17	213
Herzogtum Lauenburg	68 182	81,3	18,1	0,5	856	1 161	19	252
Nordfriesland	147 091	40,0	59,9	0,1	886	1 230	13	249
Ostholstein	93 370	86,1	13,3	0,6	1 046	1 409	24	235
Pinneberg	37 532	37,8	49,7	12,5	1 436	1 857	17	216
Plön	68 782	77,5	21,9	0,6	601	797	14	142
Rendsburg-Eckernförde	143 678	59,4	40,0	0,6	1 220	1 666	18	335
Schleswig-Flensburg	147 815	61,5	38,3	0,2	858	1 219	30	207
Segeberg	80 474	65,5	33,8	0,7	1 414	1 876	15	241
Steinburg	70 376	41,6	57,5	0,9	566	765	15	125
Stormarn	49 333	76,3	23,2	0,5	1 028	1 431	22	219
Schleswig-Holstein	1 021 552	60,4	38,7	0,9	13 950	18 551	226	2 837

KREISFREIE STADT Kreis	Fertiggestellte Wohnungen ² 2001						Fertig- gestellte Wohnräume ² 2001 insgesamt mit 6 oder mehr m ² einschl. Küchen	Bauüberhang am 31.12.2001	
	insgesamt	darunter in Wohngebäuden mit 1 und 2 Wohnungen ³	von den Wohnungen insgesamt hatten ... Wohnräume mit 6 oder mehr m ² einschl. Küchen					darunter	
			1 und 2.	3	4	5 und mehr		im Bau ⁴	noch nicht begonnen
FLENSBURG	324	171	15	34	44	231	1 625	251	171
KIEL	229	161	149	96	92	190	1 418	561	230
LÜBECK	318	128	66	93	147	144	1 561	420	447
NEUMÜNSTER	328	206	31	31	55	211	1 589	190	157
Dithmarschen	555	422	43	66	69	377	2 797	288	268
Herzogtum Lauenburg	770	567	2	98	147	523	3 839	849	522
Nordfriesland	982	618	95	154	169	564	4 624	560	878
Ostholstein	668	365	57	94	165	352	3 052	364	736
Pinneberg	1 248	718	53	164	288	743	5 917	917	923
Plön	637	304	65	134	139	299	2 826	324	331
Rendsburg-Eckernförde	1 112	950	1	73	178	862	5 855	485	505
Schleswig-Flensburg	1 011	879	6	59	148	798	5 492	359	346
Segeberg	1 012	710	39	93	179	701	5 127	1 244	1 296
Steinburg	757	505	174	21	81	481	3 413	236	210
Stormarn	1 463	971	53	153	239	1 018	7 311	928	443
Schleswig-Holstein	11 414	7 675	417	1 363	2 140	7 494	56 446	7 976	7 463

¹ Baumschulflächen, Obstanlagen, Korbweidenanlagen, Weihnachtsbaumkulturen, Haus- und Nutzgärten der Betriebe

² in Wohn- und Nichtwohngebäuden

³ Errichtung neuer Gebäude

⁴ unter Dach und noch nicht unter Dach

^a Kreisdaten liegen für 2000 nicht vor

**Erweiterte Kreiszahlen
Schleswig-Holstein**

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe 2001 ¹								
	Betriebe	Beschäftigte			geleistete Arbeiterstunden in 1 000	Löhne und Gehälter (brutto)		Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	
		ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter Löhne	ins- gesamt	darunter Auslandsumsatz
			Angestellte ²	Arbeiter					
	Monatsdurchschnitt					1 000 DM			
FLENSBURG	51	8 950	2 733	6 217	8 998	587 809	352 057	4 887 774	3 166 855
KIEL	109	14 567	7 095	7 472	12 047	1 076 979	422 639	4 548 151	2 475 224
LÜBECK	108	13 639	5 400	8 240	13 443	914 211	433 274	4 488 521	1 260 574
NEUMÜNSTER	61	6 203	2 112	4 092	6 406	391 894	217 289	1 893 957	716 020
Dithmarschen	60	6 405	2 248	4 157	6 752	467 578	264 557	6 231 517	1 499 503
Herzogtum Lauenburg	100	7 972	2 875	5 097	8 025	507 843	276 932	2 270 110	698 425
Nordfriesland	65	3 404	1 126	2 278	3 705	193 066	118 814	2 012 518	266 896
Ostholstein	89	5 897	2 183	3 715	6 045	333 140	167 539	1 819 900	345 435
Pinneberg	180	16 552	8 044	8 508	14 080	1 162 655	455 652	6 429 042	1 506 504
Plön	45	2 373	640	1 733	2 891	138 895	89 130	663 717	224 803
Rendsburg-Eckernförde	115	7 867	2 311	5 556	8 517	477 746	287 883	2 881 250	904 909
Schleswig-Flensburg	81	4 281	1 026	3 254	5 208	218 950	151 473	1 705 813	229 683
Segeberg	184	15 963	6 104	9 859	16 235	1 095 836	556 274	6 227 744	1 879 600
Steinburg	69	7 010	2 391	4 619	7 251	466 879	261 270	2 875 017	691 785
Stormarn	163	18 259	7 592	10 666	16 228	1 324 303	632 891	5 696 618	1 512 239
Schleswig-Holstein	1 479	139 341	53 880	85 462	135 831	9 357 783	4 687 673	54 631 649	17 378 456

KREISFREIE STADT Kreis	Noch: Verarbeitendes Gewerbe 2001 ¹					Fertiggestellte Wohngebäude 2001	
	Kohleverbrauch in t	Heizölverbrauch		Gas- verbrauch in 1 000 kWh	Strom- verbrauch in 1 000 kWh	insgesamt	darunter Gebäude mit 1 und 2 Wohnungen
		insgesamt	darunter mittelschwer, schwer				
FLENSBURG	—				158 134	173	163
KIEL	—	3 584		146 760	166 499	171	158
LÜBECK	—	4 133	—	359 066	207 496	138	124
NEUMÜNSTER	—	542		96 421	182 427	202	197
Dithmarschen	—	208 641		2 357 816	984 773	396	385
Herzogtum Lauenburg	—	6 348	1 969	114 367	156 024	560	536
Nordfriesland	—	1 306	—	21 802	50 834	606	564
Ostholstein	—	1 025	—	60 236	96 198	369	340
Pinneberg	—	4 199		718 651	338 706	710	668
Plön	—	379	—	29 296	33 967	296	275
Rendsburg-Eckernförde	—	3 695	199	170 487	124 715	906	883
Schleswig-Flensburg			8 326	531 145	127 306	849	836
Segeberg	—	3 664		514 277	288 181	673	647
Steinburg		645 878			852 610	489	482
Stormarn			193	259 574	285 117	954	927
Schleswig-Holstein		900 844	861 668	5 886 076	4 052 987	7 492	7 185

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ³		
	Einwohner am 30.09.2001		Arbeitslose Ende April 2002			Kurzarbeiter Mitte April 2002	offene Stellen Ende April 2002	Be- schäftigte am 31.01.2002	Umsatz ⁴ im Jan. 2002	
	1 000	Veränderung ¹	1 000	Veränderung ¹	Arbeitslosen- quote ²				EUR	Export- quote ⁵
		%		%	1 000	1 000				
Baden-Württemberg	10 587	+ 0,7	287,9	+ 10,5	5,9	46,9	80,3	1 254	18 042	44
Bayern	12 310	+ 0,8	372,0	+ 14,1	6,7	42,7	94,4	1 198	19 854	43
Berlin	3 387	+ 0,1	287,9	+ 5,7	18,9	6,2	9,8	111	2 438	27
Brandenburg	2 594	- 0,3	238,7	- 0,4	19,2	5,9	10,5	89	1 241	18
Bremen	660	- 0,1	40,4	+ 0,8	13,7	1,5	5,5	63	1 593	59
Hamburg	1 725	+ 0,7	77,3	+ 8,3	10,2	1,4	9,7	100	5 180	19
Hessen	6 076	+ 0,2	211,8	+ 5,5	7,7	24,6	37,9	449	6 254	39
Mecklenburg-Vorpommern	1 763	- 0,9	170,2	- 1,7	19,9	2,7	11,3	48	537	14
Niedersachsen	7 950	+ 0,3	356,5	+ 1,9	10,1	17,8	52,1	548	10 737	42
Nordrhein-Westfalen	18 041	+ 0,2	795,8	+ 4,3	9,9	48,1	103,6	1 408	23 124	35
Rheinland-Pfalz	4 046	+ 0,3	142,2	+ 5,9	7,9	9,8	38,1	298	4 748	43
Saarland	1 067	- 0,2	45,2	- 0,7	9,8	2,9	6,7	103	1 583	43
Sachsen	4 393	- 0,9	412,9	+ 2,2	19,7	13,3	23,9	224	2 639	29
Sachsen-Anhalt	2 589	- 1,4	263,2	- 3,9	20,9	6,6	14,2	106	1 608	20
Schleswig-Holstein	2 801	+ 0,5	118,7	+ 2,4	9,6	5,9	18,9	136	2 287	36
Thüringen	2 415	- 0,8	203,3	+ 3,0	17,3	8,9	16,3	137	1 517	24
Bundesrepublik Deutschland	82 403	+ 0,2	4 024,1	+ 4,0	10,8	245,1	537,2	6 272	103 384	38
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	65 262 ^a	+ 0,4 ^a	2 602,8	+ 5,2	8,6	205,4	456,7	5 649	95 606	39
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	13 754 ^a	- 0,9 ^a	1 421,3	+ 1,9	19,6	39,7	80,5	623	7 778	24

Bundesland	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁶ im November 2001			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁷ im Januar 2002				
	Beschäftigte am 30.11.2001	Baugewerblicher Umsatz ⁴ im November 2001		Zahl der genehmigten Wohnungen im November 2001	Ankünfte	Übernachtungen		Unfälle		Verunglückte		
		1 000	Mill. DM			Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	je 100 Unfälle
						%						
Baden-Württemberg	109	2 062	- 0,6	2 591	974 062	2 604 808	- 1,1	2 502	- 18,1	3 489	139	
Bayern	169	3 460	- 3,8	3 932	1 516 007	4 133 598	+ 1,2	3 379	- 17,9	4 850	144	
Berlin	27	544	- 17,0	380	414 802	845 727	- 2,5	849	- 6,6	1 035	122	
Brandenburg	50	780	- 17,7	973	203 495	536 293	+ 5,6	785	- 2,7	1 024	130	
Bremen	6	134	- 35,0	135	62 569	106 727	+ 4,6	225	+ 2,7	266	118	
Hamburg	12	445	24,1	351	586	- 13,7	757	129	
Hessen	58	1 259	1,3	1 770	782 321	1 881 687	- 3,1	1 634	- 19,6	2 249	138	
Mecklenburg-Vorpommern	27	502	- 5,5	589	236 986	839 345	+ 11,6	546	- 18,0	700	128	
Niedersachsen	89	1 679	- 6,6	2 495	676 195	1 796 497	+ 1,0	2 495	- 8,8	3 342	134	
Nordrhein-Westfalen	145	2 731	- 8,9	3 677	1 295 581	3 020 688	+ 3,4	4 259	- 19,4	5 497	129	
Rheinland-Pfalz	45	811	+ 3,0	1 102	476 850	1 185 718	- 6,3	1 080	- 20,4	1 464	136	
Saarland	11	184	- 7,1	130	51 950	170 170	+ 0,0	305	- 23,6	401	132	
Sachsen	78	1 359	- 5,5	759	391 493	980 411	+ 0,6	861	- 31,7	1 145	133	
Sachsen-Anhalt	48	731	- 12,5	541	176 251	401 154	+ 9,6	679	- 24,6	859	127	
Schleswig-Holstein	31	499	- 7,5	851	235 664	818 767	+ 0,2	869	- 6,3	1 180	136	
Thüringen	43	668	- 8,5	524	212 280	570 658	+ 3,9	590	- 23,0	817	139	
Bundesrepublik Deutschland	948	17 846	- 5,8	20 800	7 935 640	20 306 434	+ 0,9	22 907	- 12,9	30 954	135	
Nachrichtlich:												
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	691	13 615	- 4,2	17 095	6 561 288	16 672 186	+ 0,1	-	-	-	-	
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	257	4 232	- 10,3	3 705	1 374 352	3 634 248	+ 4,9	-	-	-	-	

¹ gegenüber Vorjahresmonat

² bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen

³ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

⁴ ohne Umsatzsteuer

⁵ Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

⁶ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

⁷ vorläufige Zahlen

^a nicht mehr mit Berlin ausgewiesen

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

– = nichts vorhanden

0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit

· = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten

... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor

r = berichtigte Zahl

p = vorläufige Zahl

s = geschätzte Zahl

x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

/ = Zahlenwert nicht sicher genug

() = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit

≐ = entspricht

